

# ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Die ersten fünf Jahre

Mit der Ausgabe Nr. 60 wird der 6. „RotFuchs“-Jahrgang eingeläutet. In diesem Zusammenhang fällt mir eine kuriose Begebenheit ein. Als ich in der Redaktion der Zeitung „Neues Deutschland“ arbeitete, kam Ende der 60er Jahre eines Tages ein Brief aus fernen Landen auf meinen Tisch. Die sonderbare Adresse hatte den Postboten nicht davon abhalten können, ihn korrekt zuzustellen: „Neues Deutschland, Berlin, Jahrgang Nr. 6“ stand auf dem Umschlag. Das vom Absender für eine Straße gehaltene fremde Wort genügte, das Kuvert richtigen Ortes abzuliefern. Immerhin, das ND war damals eine Weltzeitung. Um so bemerkenswerter schien uns deshalb diese Anschrift: „RotFuchs“, Teterower Ring 37. Der Brief ohne Stadtnamen wurde erst unlängst auf den Weg gebracht. Auch er kam an. Gut, wenn man gewissermaßen von amtswegen bekannt ist.

Die ersten fünf „RotFuchs“-Jahre, in denen wir allein mehr als 1500 Leserbriefe veröffentlichten, zwingen zur Bilanz. Waren wir uns Ende Januar 1998, als wir angesichts kompakter Irreführung eines ganzen Volkes durch die Medien der Bourgeoisie, tiefer Resignation vieler vormals Kämpfender und überwiegender Orientierungslosigkeit selbst auf der Linken unserer Fähnchen aufpflanzen, eigentlich des ganzen Maßes der Verantwortung bewußt, das schon bald auf uns ruhen würde? Nein, selbst in unseren kühnsten Träumen konnten wir uns nicht ausmalen, nur wenige Jahre später die Tausende und Aber-tausende Gleichgesinnter zusammenführende Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland zu sein. Überwiegend frühere DDR-Bürger, gingen wir davon aus, daß es im Osten neben Weggelau-fenen und Angekommenen mit Gewißheit auch Hunderttausende durch den Sozialismus geprägte Ältere und gegen die ungerechten neuen Zustände aufbegehrende Jüngere gibt, die weltanschaulich auf unserem Boden geblieben sind oder an unserer Seite stehen. Wenigstens einen Teil von ihnen zu erreichen, marxistisch zu bilden, zu motivieren und Schritt für Schritt zu ihnen – das war und ist unser Anliegen. Zugleich wandten wir uns an Linke in den alten Bundesländern, die entweder bereits Genossen oder entschlossen waren, sich von den Spielregeln vermeintlicher Klassenharmonie zu lösen. Inzwischen ist übrigens fast ein Drittel der ständigen Leser und ein Teil unserer Autoren aus dem Westen.

In diesen fünf Jahren hat die Zeitung kräftig zugelegt: Ihre ursprüngliche Auflage konnte mehr als verzwanzigfach werden. Monat für Monat erhöht sich die Zahl der gedruckten Exemplare beträchtlich. Wo liegt die Erklärung für dieses Wachstum?

Wir haben uns nie gescheut, die Dinge beim Namen zu nennen. Vor allem erhoben wir unsere Stimme gegen den Deutschland längst einbeziehenden imperialistischen Krieg. Auch wir sind der Meinung: Schröder und seinesgleichen müssen nach § 80 StGB vor Gericht, wie es der PDS-Politiker Wolfgang Gehrcke per Strafanzeige gefordert hat. Wir machen keinen Bogen um die klare Benennung des Gegners, der rechts und im eigenen Land steht, wenn auch der internationale Hauptfeind von Frieden und Freiheit derzeit nicht an der Spree, sondern am Potomac zu suchen ist.

Ohne Abstriche bekennen wir uns zu unserer DDR-Vergangenheit, die wir weder vergolden noch verklären, aber mit unserem Herzblut verteidigen. Prägnantester Ausdruck der Absicht, die 1989/90 verlorengegangenen sozialen Errungenschaften der DDR breiten Bevölkerungsschichten wieder ins Bewußtsein zu heben, war die Präsentation der „11 Programmatischen Forderungen für Ostdeutschland“ durch den „RotFuchs“.

Angesichts wachsender faschistischer Gefahr stehen wir fester denn je zur Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialisten und linken Sozialdemokraten, zum Bündnis mit allen Antifaschisten, darunter jenen, die aus religiöser Ethik handeln. Man sollte nicht jede politische Verschwommenheit durch das Vergrößerungsglas betrachten. Bei der Bestimmung von Weg und Ziel des Kampfes marxistischer Kräfte, in programmatischen Fragen, aber bedarf es mikroskopischer Schärfe.

Ist der „RotFuchs“, dessen wachsender Förderverein unterdessen viele hundert Mitglieder zählt, gar eine Partei oder will er es werden?, fragen manche ein wenig erschrocken, andere nicht ohne Hoffnung. Gemach, liebe Freunde! Wir sind weder eine Partei noch eine Ersatzpartei. Aber wir bieten allen mit uns Übereinstimmenden eine politische Heimat. Wir wollen, daß kein einziger, der sich hier oder dort enttäuscht zurückzieht, dem Kampf für die gemeinsame Sache verlorengeliegt. In diesem Sinne möchten wir Halt und Orientierung geben, sind wir ein Licht in der Finsternis. Objektiv bedürfte es in diesem imperialistischen Deutschland einer großen, festgefügt und einheitlichen kommunistisch-sozialistischen Partei mit wirklichem Masseneinfluß. Einer zutiefst revolutionären Partei an der Spitze einer sie annehmenden revolutionären Klasse. Doch davon sind wir meilenweit entfernt. Vorerst bringen wir das Heu in kleinen Fudern ein. Jeder an seinem Platz und auf seine Weise. Der „RotFuchs“ wird niemanden dabei im Stich lassen. **Klaus Steiniger**



### INHALT

Waffeninspektoren ins Weiße Haus!	S. 2
Zu den „Überflugrechten“ der USA	S. 2
Wohin marschiert die NATO?	S. 3
Friedensverrat:	
Wie ist die Rechtslage?	S. 3
11 RF-Forderungen sind aktuell	S. 4
Pharma-Gangster	S. 4
„Senioren“ mit DDR-Biographien:	
Alles Strafrechtner	S. 4
Die Mär von der	
„innerdeutschen Grenze“	S. 5
Krause – ein Krimineller	S. 5
Als Bauer in der DDR (2)	S. 6
Nur „Blockflöten“?	S. 7
Ein Strafrecht neuen Charakters	S. 8
Wandlungen in Weißenfels	S. 9
Das Prager Manifest der SPD	S.10
Hatte Anton Ackermann recht?	S.11
Die „Dienstbuch-Affäre“ von 1989	S.12
Gregor Gysi im B I L D E	S.12
Die „originäre“ Nachahmung	S.13
Veteran oder nicht?	S.14
Interview mit einem Aal	S.14
Opportunistische Schimäre	S.15
In Hamburg zu Besuch	S.16
Eine Reise nach London	S.16
Vorgestellt: Klaus Parche	S.17
Ära und Aura eines Papstes	S.18
Was gewisse Stiftungen anstiften	S.19
Der Handelsreisende	S.20
Wladimir und Olga	S.20
Zwischen Kremldauer und	
Schuschenskoje	S.21
Linkserfolg in Lettland	S.21
China: Soziale Prioritäten	S.22
Hände weg von Chávez!	S.23
Israels „Rote Fahne“	S.23
Respekt vor SODI	S.23
Bantustans für Palästina	S.24
Südafrika: Ja zu Dreierallianz	S.25
Vor dem 32. FKP-Parteitag	S.26
Italien: Bertinottis Konzept	S.26
KP der Türkei weiter legal	S.27
USA: Sensationelle Briefmarke	S.27
¡Presente!	S.28
Leserbriefe	S.29
Termine & Anzeigen	S.32

## Raub des irakischen Öls ist ohne Aggression nicht möglich

# Waffeninspektoren in das Weiße Haus!

Während das Rudel der als UNO-Waffeninspektoren verkleideten CIA-Agenten und anderen Spione mit seinen unangemeldeten „Besuchen“ in von Bushs Geheimdienstzentrale Langley ausgewählten Objekten Iraks herumschnüffelt und die Würde eines Mitgliedstaats der Vereinten Nationen zertritt, trifft der texanische Öl-Multimillionär an der Spitze der USA-Administration letzte Vorbereitungen für seinen angekündigten „Präventivkrieg“ zum Raub der irakischen Ölfelder. Eine der größten Ungeheuerlichkeiten der modernen Geschichte mit unabsehbaren Folgen für den Weltfrieden soll Ende Januar ihren verhängnisvollen Lauf nehmen: der verbrecherische zweite Golfkrieg. Die von Bush erpreßte und durch die UNO vollstreckte „Waffeninspektion“ hat eine völlig neue internationale Situation ge-

schaffen: Die Hauptprinzipien des Völkerrechts – staatliche Souveränität und territoriale Unantastbarkeit – sind in bezug auf Irak keinen Pfifferling mehr wert. Das Aggressionsverbot wurde ausgehebelt. Gemessen an dem, was mit Bagdad geschieht, war die 1938 in München zwischen Hitler und dem Westen „ausgehandelte“ Preisgabe des Sudetenlandes und dann der restlichen Tschechoslowakei geradezu ein Kavaliersdelikt! Ob die Inspektoren in Irak „fündig“ werden oder nicht, spielt überhaupt keine Rolle. Sie könnten heute abgezogen werden. Die Würfel waren schon vor ihrer Entsendung längst gefallen. Wie sich die CIA sofort in den Besitz des irakischen Berichts an UN-Generalsekretär Kofi Annan brachte – die übrigen Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates wurden der Form halber mitbedacht –, war ein

klassischer Akt imperialistischer Piraterie und Dreistigkeit. Bevor sich die UNO auch nur äußern konnte, wurde Bagdads Report bereits vom Herrenmenschen Bush als „unvollständig“ moniert und zurückgewiesen. Der aus Schweden stammende Chefinspektor Blix – eine USA-Mariette – stieß dann, Welch Wunder, ins selbe Horn.

Die Nachfolger jener, die die Massenmorde von Hiroshima und Nagasaki, in Korea und Vietnam auf dem Gewissen haben, schwingen sich dazu auf, Kontrolleure in Sachen Massenvernichtungsmittel sein und andere Mores lehren zu wollen.

Wenn schon Waffeninspektoren – dann nicht in die Paläste Bagdads, sondern direkten Weges ins Weiße Haus! **S. R.**

## Wie ist das mit der bundesdeutschen Souveränität im Kriegsfall?

# Zu den „Überflugrechten“ der USA

Im Zusammenhang mit dem drohenden Krieg gegen Irak ist seit Wochen ständig von „Überflugrechten“ der U. S. Air Force sowie der Nutzung von Stützpunkten in der BRD, deutschen Häfen und anderer Logistik die Rede. Die Bundesregierung, so fordert die Friedensbewegung, soll den US-Militärs solche „Rechte“ verweigern. Die Anführungszeichen stehen um diesen Begriff, weil sich die Frage nach den Machtverhältnissen stellt, welche Rechtsverhältnisse begründen.

Von Gegnern des Irak-Krieges wird der Nahostkrieg von 1973 gern als Beispiel genannt. Was geschah in den Oktobertagen jenes Jahres?

Nachdem der Nachschubbedarf der israelischen Streitkräfte deren Kapazitäten schnell überstiegen hatte, beschlossen die Amerikaner einzuspringen. Auf den US-Basen in der BRD begannen hektische Aktivitäten: Panzer, Kanonen, Geschütze und Sturmgeschütze, Haubitzen und Militärfahrzeuge erhielten eiligst Wüstentarnanstrich; auf den Flugplätzen der Luftwaffe nahmen Starts und Landungen schwerer US-Transportmaschinen sprunghaft zu.

Mehr noch: Während Bonns Botschafter in Kairo dem ägyptischen Außenministerium beteuerte, die BRD sei strikt neutral, und von ihrem Territorium würden keine Waffen mehr an Israel geliefert, belud man am Kai der USA-Flottenkräfte im Bremerhavener Nordhafen den israelischen Frachter „Galila“ mit Panzerhaubitzen M 108 und 109 sowie Militärfahrzeugen. Nachdem das Schiff voller Kriegsmaterial ausgelaufen war, folgte MS „Narziss“, ebenfalls Heimathafen Haifa, und nahm Panzerartillerie sowie anderes schweres Militärgerät an Bord. Die hebräischen Namen des modernen RoRo-Frach-



Grafik:  
Karl-Heinz  
Effenberger

ters waren übermalt, und US-Militärpolizei hinderte Presseleute am Fotografieren der Ladearbeiten. Das Bonner auswärtige Amt wurde darüber von Herbert Wessels, einem Redakteur der Bremerhavener „Nordsee-Zeitung“, informiert. Ein Staatssekretär machte sich auf zum Protest in der USA-Botschaft, denn schließlich befürchtete die Regierung Willy Brandts einen arabischen Ölboykott, wie er schon gegen die USA und die Niederlande verhängt worden war. Die „Narziss“ jedoch lud weiter Geschütze und dampfte in Richtung Israel ab.

Doch am folgenden Tag machte US-Botschafter Hillenbrand unmißverständlich klar, daß „die deutsche Souveränität Grenzen hat“. Die USA, so ließ er das AA wissen, „behalten sich vor, auch künftig alles zu tun, was ihnen richtig und opportun erscheint“. Ein Außenamtsmitarbeiter kommentierte dies sowie folgende Drohungen Außenminister Kissingers und Kriegsminister Schlesingers mit dem Satz: „Wir sind eben doch nur ein halbkoloniales Land.“

Nach seinem Rücktritt äußerte sich Willy Brandt 1976 selbst zu diesen Vorgängen:

„Man gab unseren Beamten sogar zu verstehen, aus amerikanischer Sicht verfüge die Bundesrepublik nur über beschränkte Souveränität.“ Es gibt eine Reihe politische Beobachter, die den tieferen Grund für Brandts Sturz nach der Enttarnung und Verhaftung des DDR-Kundschafters Günther Guillaume Anfang 1974 bei seinem erstmaligen Aufmucken im Herbst des Vorjahres vermuten. Auch die damals zahlreich in USA-Zeitungen lancierten Enthüllungen über Brandts frühere Tätigkeit für den CIA-Vorläufer OSS lassen einen solchen Zusammenhang annehmen.

Brandts Nachfolger Helmut Schmidt äußerte Anfang Januar 1975 auf die Frage, wie stark der USA-Druck sei, bei einem neuen Nahostkrieg Flugplätze und Häfen für Nachschublieferungen an Israel bereitzustellen, er wisse nichts von solchem Druck. Doch Schmidt fügte dem hinzu: „Da ich mich nicht als Kanzler einer Weltmacht fühle, werde ich über Ihre Frage nicht öffentlich philosophieren. Das wäre lebensgefährlich.“

Bleibt noch festzustellen, daß sich die Situation der BRD durch die mit der Annexion der DDR verbundenen Verträge keineswegs geändert hat. Auch der Vertrag zur Unterstützung der US-Streitkräfte in Kriegszeiten (Wartime Host Nation Support) besteht weiter und regelt die Details ... Zudem wurde der NATO-Bündnisfall erklärt, womit bestimmte Entscheidungen an den militärischen Oberkommandierenden des Nordatlantikpakts, einen US-General, übertragen worden sind. Daß von deutschem Boden nicht weiter Krieg ausgeht, bleibt also Sache entschlossenen antimilitaristischen Kampfes.

**Werner Hoppe**

## *Der „historische“ Prager Gipfel und seine Resultate*

# Wohin marschiert die NATO?

Der NATO-Gipfel am 21./22. November 2002 verwandelte Tschechien in eine bis in die Nachbarstaaten hineinreichende Festung. Lediglich Österreich verweigerte Einschränkungen seiner souveränen Hoheitsrechte. Prag selbst verteidigten 12000 Polizisten, 2200 Soldaten sowie 10 US-Kampffjets gegen vermeintliche Terroristen und einige Demonstranten. Das wirft bereits ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis der NATO zu den Völkern. Nach dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien und der Annahme der NATO-Doktrin 1999 wurde nun der Beschluß zur Aufnahme von sieben neuen Mitgliedern im Mai 2004 erneut als „historisch“ bewertet. So marschiert die NATO von einem „historischen Ereignis“ zum nächsten. Die Erweiterung auf 26 Mitglieder bringt ihr den seit langem angestrebten Landgürtel von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Gleichzeitig wird eine neue Grenze gegen Osten gezogen und die Einkreisung Rußlands weiter vorangetrieben. Die neuen Mitglieder müssen noch einige Auflagen zur Anpassung ihrer Streitkräfte an die NATO sowie zur Verwirklichung von „Demokratie und Menschenrechten“ erfüllen, um den Aufnahmekriterien zu entsprechen. Das dürfte einen erheblichen finanziellen Aufwand erfordern.

Eine Stärkung der europäischen Politik in der NATO gegen das Diktat der USA ist mit dem Zuwachs kaum zu erwarten. Die neuen NATO-Länder dürften sich als willige Vasallen der USA erweisen. Rumänien schloß bereits einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten über die Immunität von US-Bürgern vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Andere Kandidaten boten Washington bereitwillig Transitrechte und Soldaten für seine Kriege in Afghanistan und gegen Irak an. Rußland und die Ukraine erhalten einen „Aktionsplan“. Ihnen wird die Zusammenarbeit im „Krieg gegen den Terrorismus“ zugesichert, damit sie die NATO-Osterweiterung tolerieren.

Diese ließ die anstehende „NATO-Reform“ in den Hintergrund treten. In der Regierungserklärung vor dem Bundestag am 14. 11. 2002 hatte Außenminister Fischer einige Aspekte der ins Auge gefaßten Schritte zur weiteren Erhöhung des Aggressionspotentials der NATO dargelegt. Eine prinzipielle Opposition zu der Erklärung gab es dort nicht, obwohl einige Aussagen mit dem Grundgesetz, mit internationalen Verträgen und dem Völkerrecht kollidierten. Die rot-grüne Bundesregierung setzt den Militarisierungskurs der Kohl-Regierung kontinuierlich fort.

Die „NATO-Reform“ legt eine neue Sicherheitslage zugrunde. Diese sieht u. a. vor, von der „klassischen Territorialverteidigung“ zu einer „weltweiten Verteidigung einer selektiv auslegbaren NATO-Wertegemeinschaft“ überzugehen. Minister Struck formulierte das so: „Die Verteidigung der Heimat ist Vergangenheit,

an den Grenzen droht keine Gefahr.“ Die BRD müsse „auch am Hindukusch verteidigt“ werden.

Die westlichen Werte von „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ seien fortan gegen Staaten zu schützen, die angeblich Terroristen beherbergen oder Massenvernichtungswaffen anhäufen. Das kann jedem Staat unterstellt werden, der nicht mit den Interessen der NATO übereinstimmt. Gegen derartige Widersacher will man Präventivkriege mit oder ohne UN-Mandat führen, um Regierungen wie in Jugoslawien oder Afghanistan zu stürzen und willige Strohmannen einzusetzen. Wie aber sollen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einem Volk mit Kriegen und militärischer Besatzung unter Bruch des Völkerrechts glaubhaft gemacht werden?

Auch von „friedlicher Krisenprävention“ wurde gesprochen. Vorschläge für Abrüstungsmaßnahmen und nichtmilitärische Konfliktlösungen in den Krisenregionen blieben jedoch aus und sollen einem „multilateralen Rahmen“ überlassen werden. Da es noch einige völkerrechtliche Probleme gibt, will man die NATO-Doktrin von 1999 beibehalten.

Der Prager Gipfel beschloß ein 8-Punkte-Programm zum Ausbau der militärischen Fähigkeiten für die Führung weltweiter

Interventionskriege, erforderlichenfalls auch mit Kernwaffen. Dieses Programm sieht u. a. vor: die Kommandostruktur der NATO zu reduzieren und das Bündnis zur Führung weltweiter Interventionskriege umzurüsten; die Rüstungsausgaben zu erhöhen und konkrete Rüstungsaufträge zu übernehmen; eine NATO-Eingreiftruppe mit über 20 000 Elitesoldaten zu bilden.

Die Anhäufung äußerst gefährlicher Waffen in NATO-Staaten oder bei den Verbündeten der USA und der NATO wie in Israel, Pakistan und anderen Ländern bildet selbstverständlich keinen Grund zu Intervention und Krieg.

In der Frage der vorbereiteten USA-Aggression gegen Irak beschränkte sich der Gipfel auf die Unterstützung der UN-Resolutionen ohne Zusagen für eine Kriegsbeteiligung. Israels aggressive Politik gegenüber den Palästinensern stand nicht zur Diskussion.

Der Prager NATO-Gipfel, bei dem das Diktat der US-Regierung vorherrschte, leitete eine neue Etappe der Militarisierung des imperialistischen Bündnisses ein. Diesem Kurs können nur massiver Widerstand und vielfältige Friedensaktionen der Völker Einhalt gebieten.

**Joachim Wolf, Oberst a. D.**

## *Über den Tatbestand des Friedensverrats und seine Ahndung*

# Wie ist die Rechtslage?

*Aus gegebenen Anlaß informiert der „RotFuchs“ heute über die BRD-Rechtslage auf dem Gebiet der Verfolgung geplanter Aggressionsverbrechen (Anstiftung, Täterschaft, Mithilfe). Wir verzichten an dieser Stelle auf jeden eigenen Kommentar und jegliche Zuordnung in- oder ausländischer Personen, obwohl uns da so mancher Name einfallen würde. Die im Gesetzestext fixierten Tatbestände – auf den Wortlaut der Paragraphen machte uns ein ehemals ranghoher Richter aus dem Westen der BRD nachdrücklich aufmerksam – sind aussagekräftig genug.*

*Hier der Wortlaut des gültigen Strafgesetzbuches, der sich mit dem Verbrechen des Friedensverrats befaßt.*

### **Vorbereitung eines Angriffskrieges**

§ 80. Wer einen Angriffskrieg (Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.

### **Aufstacheln zum Angriffskrieg**

§ 80a. Wer im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) zum Angriffskrieg (§ 80) aufstachelt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

### **Nichtanzeige geplanter Straftaten**

§ 138. Wer von dem Vorhaben oder der Ausführung 1. einer Vorbereitung eines Angriffskrieges (§ 80), 2–9 ... zu einer Zeit, zu der die Ausführung oder der Erfolg noch abgewendet werden kann, glaubhaft erfährt und es unterläßt, der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

**Standardkommentar zu § 80:** „Täter kann jeder, auch ein Ausländer, Tatort auch das Ausland sein.“

§ 80 ist ein Verbrechen. Ein Haftbefehl ergibt sich von selbst. Zu prüfen bleibt, ob ein internationaler Haftbefehl zu erwirken ist.

## Vor Jahresfrist: 11 Programmatische Forderungen für Ostdeutschland

# Aktuell wie nie

Die Großmachtspolitik des deutschen Monopolkapitals droht unser Land in einen neuen Krieg zu verstricken. Die fortschreitende Bundeswehr-„Reform“ soll sichern, daß BRD-Militär überall in der Welt die Interessen deutscher Konzerne mit Waffengewalt „verteidigen“ kann – unter bewußter Inkaufnahme zugespitzter Rivalitäten gegenüber anderen Großmächten. Folgerichtig galoppieren im Inland politische Repression und Sozialabbau, um für die abenteuerliche Politik der Herrschenden genügend Mittel freizubekommen. Aus den gleichen Gründen wird der Sozialstatus der Ostdeutschen auf Kolonialniveau eingefroren.

Tag für Tag erleben wir neue Angriffe auf den Lebensstandard in Ost und West. Da erhebliche Kapitalmengen für Auslandsinvestitionen, sprich für die Schaffung von Einflußsphären, gebraucht werden, steht für Schritte zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland kein Geld zur Verfügung. Dabei ist diese im Osten nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie im Westen –

und die Schere öffnet sich weiter. Selbst nach der bitteren „PISA“-Pille werden die Budgets für Bildung immer mehr zusammengestrichen. Die Angleichung der Löhne und Renten an das Westniveau wurde längst auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Unternehmerboß Hundt hat für 2003 sogar eine Null-Runde für Rentner verlangt. Leistungen des Gesundheitswesens werden drastisch heruntergefahren. Die Angriffe auf das Bodenreformland der DDR-Bauern gehen unvermindert weiter. Nazibanden terrorisieren ungebremst friedliche Bürger. Höchste Besorgnis rufen die Bemühungen der CDU-Spitze hervor, den Weg für Bundeswehreinräte im Innern frei zu machen.

Vor nunmehr einem Jahr hatte der „Rot-Fuchs“, ausgehend von Vorschlägen der DKP-Gruppe Berlin-Nordost, „11 Programmatische Forderungen für Ostdeutschland“ veröffentlicht. (s. RF Nr. 47) Sie sollten Errungenschaften der DDR in Erinnerung rufen und zum Kampf gegen die existenzzerstörende Politik des deutschen Im-

perialismus ermutigen. Mit Freude stellen wir fest, daß diese Forderungen in der Zwischenzeit dem Wahlprogramm der KPD mit zugrunde gelegt wurden. Auch der 16. DKP-Parteitag beschloß ein Dokument, das wesentliche Teile der 11 Forderungen aufgreift. Dabei übersehen wir gewisse Unterschiede zu unserem Vorschlag nicht. Einiges, so das Verlangen nach Auflösung der Gauck-Birthler-Mammutbehörde, fehlt ganz im DKP-Ostpapier, und die Errungenschaften der DDR als politischer Bezugspunkt bleiben fast völlig ausgespart. Dennoch: Für gemeinsames Auftreten und Handeln gegen den weiteren Sozialabbau vor allem im Osten gibt es nunmehr übereinstimmende Zielsetzungen. Das ist neu und läßt uns hoffen.

Auch auf anderer Ebene kommt Bewegung ins politische Spiel: Ermutigend sind die zahllosen und z. T. machtvollen Friedensbekundungen in aller Welt. Die gegen den neuen amerikanischen Krieg gerichteten Proteste und Aktionen erinnern bereits ein wenig an die Zeit des Widerstandes gegen die USA-Aggression in Vietnam. Manchmal gelingt es Ostdeutschen schon, ihre Forderungen zur schrittweisen Angleichung der Löhne durchzusetzen und sich vertraglich garantieren zu lassen. Chemnitz Textilarbeiter gaben dafür ein Beispiel. Dagegen könnten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Mecklenburg-Vorpommern eine Gleichstellung nicht vor 2010 erwarten, ließ die dortige Finanzministerin wissen, nachdem die SPD in der Wahlkampagne dies für 2007 (!) versprochen hatte. Von der Volkssolidarität wurden 144 305 Unterschriften gesammelt und dem Bundespräsidenten als Petition übergeben, mit der die Angleichung der Renten an das Westniveau gefordert wird. Diese und andere Zeichen des Aufbegehrens müssen gekoppelt werden. Sich darüber zu verständigen bietet unsere Leserkonferenz am 8. Februar 2003 Gelegenheit.

**Hartwig Strohschein/Frank Mühlefeldt**

## Als Kopfschmerztabletten noch Pfennige kosteten

# Abzocker

Zu den größten Gangstern in diesem Lande gehören die Bosse und Großaktionäre der Pharmaindustrie. Nach amerikanischem Muster machen sie Menschen krank. Durch horrenden Preise, die für sie zu märchenhaften Profiten und in der Regel steigenden Börsenkursen führen, durch oftmals minderwertige oder wirkungslose Präparate und einen „Wettbewerb“, der auf dem Buckel der in Kunden verwandelten Patienten ausgetragen wird. Denn die 400 in der BRD bestehenden Kassen – die wichtigsten Partner der Pharmakonzerne – billigen ihnen meist nur das „Preiswerteste“ zu, was kaum immer das Beste sein dürfte.

Wie war das eigentlich in der DDR?

Sämtliche zugelassenen Medikamente durften ohne Budget des Arztes verordnet werden, egal, wie teuer. Die Apotheken waren kein gestylter amerikanischer Drugstore, eine Art von Gemischtwarenladen, wo alles und jedes verkauft werden kann, sondern vor allem Versorgungsstützpunkte für Rezeptinhaber und Kranke, die verschreibungsfreie Arzneimittel erwerben wollten. Das Röhrchen Kopfschmerztabletten machte eine Mark oder weniger! Heute kostet es mindestens das Zehnfache. Sämtliche Rezepte des Arztes wurden von einer einzigen Kasse – der Sozialversicherung (SVK) – beglichen, die obendrein durch die angeblich so zahnlosen Gewerkschaften verwaltet wurde.

Stellen wir uns einmal vor, so etwas gäbe es in der Bundesrepublik! Undenkbar – die Welt würde einstürzen. Die Extraprofiture der Pharmakonzerne würden Revolution! schreien, Zeter und Mordio. Die Bürokratie der aufgeblähten Kassenapparate

wäre von einem Tag zum anderen überflüssig. In der DDR gab es nur volkseigene Pharmabetriebe, die nicht für irgendwelche Privatleute Profite erwirtschaften mußten.

Heute wird der Patient selbst für prophylaktische Untersuchungen abkassiert. Vorsorgeuntersuchungen gibt es fast nicht. Viele Wochen lang waren in Berlin sogar sämtliche Impfungen – Gripeschutz inklusive – kostenpflichtig.

Die Diktatur der Pharmakonzerne und des kommerzialisierten Gesundheitswesens ist ein zentraler Bestandteil der Kassen- und Klassendiktatur der Bourgeoisie. Ihr kann nur mit der Verstaatlichung der gigantischen Abzocker beigegeben werden. **R. F.**

## „Senioren“ mit DDR-Biographien sind ausnahmslos Strafrentner

# Zweite Wahl

Die Schaffung unterschiedlicher Rentnerkategorien und die Einführung von Strafrenten für „besonders staatsnahe“ DDR-Bürger, namentlich Genossen des MfS, zielte nicht nur auf die Diskriminierung der Betroffenen, sondern auch auf die Spaltung der durch die Annexion unterworfenen Bevölkerung. So gibt es heute Privilegierte und Hintangesetzte. Doch davon abgesehen: Sämtliche Rentner im Osten, soweit mit DDR-Biographien, sind Strafrentner der BRD, selbst wenn viele von ihnen weitaus höhere nominelle Bezüge haben, als ihnen zu DDR-Zeiten (bei niedrigen Preisen, Mieten und Tarifen) zugestanden hätten.

Allein die Tatsache, daß jene, die in einem sozialistischen Land gelebt und gearbeitet haben, durch die Bank weg weniger Rente erhalten als ihre gleichaltrigen Landsleute aus dem Westen, ist ein eklatanter Verstoß gegen das im Grundgesetz festgeschriebene Gleichheitsgebot. Aus welchem überzeugenden Grund bekommt ein Rentner aus Dortmund 12 Jahre nach der Einverleibung der DDR durch die BRD mehr als ein Rentner aus Leipzig?

Taschenraub zum Nachteil der als zweite Wahl abgestempelten Alten und Schwachen im Osten heißt die Devise.

**C. A.**

## *Zum völkerrechtlichen Anspruch auf territoriale Integrität*

# Die Mär von der „innerdeutschen Grenze“

In zahlreichen Publikationen, Statements von Politikern und Beiträgen der Medien ist bis heute von der „innerdeutschen Grenze“ die Rede. Hier wird mit einem Begriff operiert, der seit 1949 nicht mehr den Realitäten entsprach. Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten als völkerrechtlich eigenständiger Subjekte wurde aus der Zonengrenze – einer Demarkationslinie – die Staatsgrenze mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Prinzipien wie die Achtung der Unverletzlichkeit der Grenzen, der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität und staatlichen Integrität waren von nun an auch durch die BRD zu respektieren. Sie stellte für die DDR Ausland dar, was natürlich auch umgekehrt zutraf, auch wenn es nicht eingestanden wurde.

Mit ihrer ebenso arroganten wie realitätsfremden Alleinvertretungsmaßnahme, von der BRD auf internationaler Bühne die „Berechtigung“ ableitete, für alle Deutschen, also auch die DDR-Bürger, zu sprechen, ignorierte und verletzte sie permanent Grundnormen des Völkerrechts. Die Verwendung des Begriffs „innerdeutsche Grenze“ war niemals lediglich ein bloßer Versprecher oder eine unüberlegte Wortverbindung, sondern politische Absicht. Das wurde und wird vor allem bei den Strafverfahren gegen Partei- und Staatsfunktionäre der DDR bzw. Angehörige der Grenztruppen – den sogenannten Mauerprozessen – deutlich. Sie zielten und zielen ausschließlich auf die Kriminalisierung des sozialistischen deutschen Staates.

Nach ihrer Gründung hatte die DDR in Verwirklichung ihrer souveränen Rechte die Pflicht, den Schutz des Territoriums und seiner Bürger zu gewährleisten. Über Art und Umfang des Grenzregimes konnte nur sie selbst – wie international üblich – befinden. In diesem Falle kam hinzu, daß die Staatsgrenze zur BRD zugleich die Scheidelinie zwischen zwei sich feindlich gegenüberstehenden Weltsystemen darstellte. Die DDR mußte deshalb besonders sensibel auf internationale Entwicklungen reagieren. Anfang der 60er Jahre hatten sich die weltpolitische Situation und die Provokationen gegen die DDR so zugespitzt, daß ein abruptes Umschlagen vom kalten in den heißen Krieg nicht ausgeschlossen werden konnte. Es wurde deshalb unabdingbar, Maßnahmen zur umfassenden Grenzsicherung zu ergreifen, die es gestatteten, eventuellen Aktionen des Gegners auf die DDR und die sozialistische Staatengemeinschaft wirksam zu begegnen.

Das allein war der Hintergrund für die Errichtung der Grenzsicherungsanlagen gegenüber der BRD und Berlin (West). Schließlich haben die eingeleiteten Maßnahmen dazu beigetragen, daß in der Folgezeit der Frieden in Europa erhalten blieb. Erst nach 1989 kam es auf unserem Kontinent wieder zu Kriegen, die unter aktiver Beteiligung der BRD stattfanden. Man

hatte manchmal den Eindruck, als giere der imperialistische deutsche Staat geradezu danach, wieder bei bellizistischen Handlungen „mitmischen“ zu dürfen. Wie schnell war der Konsens vergessen: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

Die These von der angeblichen „Abschottung“ bzw. „Einmauerung“ der DDR-Bürger gehört also in das Reich der Phantasie. Daß erklärte Gegner der DDR und ihres Gesellschaftssystems im In- und Ausland gegen die ergriffenen Maßnahmen Sturm liefen, war nur natürlich. So gab z. B. der als Vertreter von Nebenklägern in politischen Verfahren notorische DDR-Hasser, Rechtsanwalt Plöger aus Westberlin, folgendes von sich: „Die Mauer hat nicht der Grenzsicherung nach außen gedient, sondern sollte im Inneren Furcht und Schrecken verbreiten, Menschen daran hindern, in ein anderes Land zu gehen. Und man wollte ohne Urteil Menschen töten können.“

Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß jene DDR-Bürger, die im unmittelbaren Grenzgebiet wohnten und Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheiten in Kauf nehmen mußten, verständlicherweise differenziertere Ansichten zu diesem Thema hatten.

Es war unvermeidbar, daß Personen, die – aus welchen Gründen auch immer – die Grenze ihres Staates bewußt und z. T. auch unter Anwendung von Waffengewalt verletzten, mit entsprechenden Konsequenzen, darunter dem Schußwaffengebrauch von Posten, zu rechnen hatten. Mit dem Versuch, die Staatsgrenze illegal zu durchbrechen, wurden sie zu Verletzern der DDR-Gesetze. Jeder DDR-Bürger kann-

te z. B. im Grenzgesetz nachlesen, was auf den Versuch einer illegalen Überwindung der Schutzanlagen folgte.

An dieser Stelle muß noch einmal betont werden, daß es den von BRD-Gerichten immer wieder zitierten generellen „Schießbefehl“ nie gegeben hat. Was es gab, waren die normalen Tagesbefehle zur Sicherung der Staatsgrenze, wie sie auch bei der Vergatterung von Wachsoldaten an militärischen Objekten anderer Staaten üblich sind.

Die ständigen Forderungen der BRD-Politiker, die Staatsgrenze „durchlässiger“ zu machen, dienten allein dem Zweck, größere Möglichkeiten zum subversiven Eindringen in die DDR zu erlangen, um sie von innen her zu destabilisieren. Dabei wurde der verständliche Wunsch vieler Menschen in der DDR, mehr Reisemöglichkeiten zu erhalten, psychologisch geschickt ausgenutzt.

Mit der Einverleibung der DDR im Jahre 1990 hatte die BRD ihr politisches Langzeitziel erreicht und ihren Alleinvertretungsanspruch auf das Staatsgebiet der DDR ausgedehnt. Der von ihr diktierte „Einigungsvertrag“ hatte nur noch eine Alibi-Funktion, um der Weltöffentlichkeit zu suggerieren, die Annexion der DDR sei „völkerrechtlich sauber“ über die Bühne gegangen.

Übrigens – der über uns gekommene „Rechtsstaat“ handelt konsequent. So hat das Bundesverwaltungsgericht unlängst einem rechtskräftig verurteilten Mörder, der einen DDR-Grenzsoldaten hinterrücks erschoss, im Nachhinein eine Haftentschädigung von 35 000 Euro zugebilligt.

**Gottfried Fleischhammer**

***Einer der Väter des „Einigungsvertrages“ löste sich in Gestank auf***

## Krause – ein Krimineller

Günther Krause ist im doppelten Sinne ein Krimineller: 1990 beging er – gemeinsam mit Schäuble einer der Unterzeichner des Vertrages über die Auslieferung seines Staates an die BRD – Untreue an der Noch-DDR. Der ehemalige CDU-Kreissekretär aus Mecklenburg verriet und verkaufte ein ganzes Volk. Zu seiner Entlastung konnte er allerdings vorbringen, dieses Volk, das nicht wußte, was ihm bevorstand, habe sich mehrheitlich verkaufen lassen. Doch eine Erpressung hört nicht auf eine solche zu sein, weil der Erpreßte seiner Ausplünderung „zustimmt“. Damals kam Krause nicht vor den Kadi, sondern in Kohls Kabinett. Als Bundesverkehrsminister war er zuständig für Kapriolen aller Art. Da er sein Amt – wie die anderen auch – als Selbstbedienungsladen verstand, dabei aber – erstens – allzu sehr über die Stränge schlug und – zweitens –

auch noch in flagranti erwischt wurde, flog er raus und wurde zur Strafe Unternehmer. Und wieder beging er Untreue. Diesmal an seinen Kreditgebern, die dem gestrauchelten CDU-Politiker im Vertrauen auf kapitalistische Redlichkeit ein paar Millionen vorschossen, die Krause „anderweitig“ verwendete. Jetzt hat der einstige DDR-Ausverkäufer im Bonner Gnadendunst erstinstanzlich eine mehrjährige Freiheitsstrafe erhalten. Verdientermaßen, auch wenn er nicht wegen Landesverrats (an der DDR), sondern wegen schlichten Krötenklaus verurteilt worden ist.

So wendet sich am Ende die Geschichte zum Guten: Jetzt weiß alle Welt, daß Kohls Agent hinter der bereits durchlässigen Burgmauer – Lissel-Lothars Haus und Hof verscherbelnder „Chefunterhändler“ – ein ganz gewöhnlicher Krimineller ist.

**S. R.**

## Die FüÙe auf dem Boden, den Kopf in den Büchern

# Als Bauer in der DDR (2)

Im Juni 1953 kam es in Berlin und anderen Städten zu Streiks. Unsere Gegner nutzten die Tatsache aus, daß die Regierung zu schnell zu viel gefordert hatte. In den Dörfern blieb es ruhig. Nur der Ulbersdorfer Fleischer höhnte bei der Bestellung: „Was macht die LPG? Jetzt geht sie pleite, jetzt geht sie krachen.“ Ein ehemaliger Volkssturmkommandeur drohte mir: „Der Baum für Dich ist schon ausgesucht!“ Auf der Bauernversammlung ging es hoch her. Wir drei Genossenschaftsbauern hatten einen schweren Stand. Die Wogen glätteten sich jedoch wieder. Eine Einzelbäuerin sagte auf dem Weg zu ihrem Feld zur Frau unseres Vorsitzenden: „Na Frieda, Ihr seid ja nu in dr LPG, aber deswechen räden wir na miteinander.“ So war es auch später, wenn es am politischen Horizont glühte. Auf dem Dorf forderten Feld und Stall ihren Mann und ihre Frau. Revoltieren war nicht Sache der Bauern.

Es reizte mich ebenso, mein Wissen weiterzugeben wie von anderen zu lernen. Ich hatte den „Mitschurinpiegel“, „Die Landwirtschaft“ und „Die Tierzucht“ abonniert. Ich las darin über Methoden der Ertragssteigerung und Arbeiterleichterung. Das wollte ich gern an andere Bauern und Bäuerinnen weitergeben. Wir organisierten Schulungsabende und fanden uns reichum in den Wohnstuben der Teilnehmer zusammen. Später forderte mich die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die VdgB, auf, auch Schulungen zu den Themen Fütterung, naturgemäÙe Tierhaltung, Grünlandwirtschaft und Kälberaufzucht in insgesamt zehn Dörfern durchzuführen. Diesem Wunsch kam ich gern nach. Einmal durfte ich sogar in Mittelndorf anläÙlich des Internationalen Frauentages vor einem Saal voller Frauen sprechen. Die Zuhörerinnen waren ganz Ohr, weil ich die Theorie mit Beispielen aus der Praxis verband. In Dobra sprach ich zum Thema Kälberzucht. Eine Bauersfrau kam nach meinem Vortrag zu mir. „Wir haben schon mehrere Reden gehört, aber die war bis jetzt die beste.“ Solch Zuspruch beflügelte mich zu weiterer Bildungsarbeit. Die „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ – später hieß sie URANIA – zahlte mir anfangs nichts, dann je Vortrag fünf und schließlich fünfzehn Mark.

In der ersten Zeit der LPG mußten wir viele Rückschläge einstecken. 1953 hatten wir eine sehr schlechte Kartoffelernte. Ich holte die Knollen, die für den eigenen Bedarf bestimmt waren, wieder aus dem Keller, um den Staatsplan zu erfüllen. Meine Schwiegermutter schlug die Hände über dem Kopf zusammen: „Laßt Euch doch nicht die ganzen Kartoffeln weg-

holen!“ Die Versorgung der Bevölkerung stand aber nun mal im Vordergrund. Doch nicht alle waren so redlich. Immer wieder gab es Betrügereien. Emil Dathe versteckte Getreide. Er hatte vor, es gegen Dünger und Industriewaren zu tauschen. Er füllte die Körner in sein Jauchefaß und stellte es auf die Koppel. Man kam ihm jedoch auf die Schliche, und er mußte alles in mühsamer Arbeit wieder herausholen. Das Hineinschütten war leichter gewesen. Ein Bauer aus dem Nachbardorf stellte sich mit seinem stattlichen Körpergewicht von zweieinhalb Zentnern beim Abliefern seines Leinstrohs mit auf die Fuhrwerkswaage. Zwei Tage später fand er sein Foto unter der Überschrift „Ein schwerer Bauer“ in der Zeitung wieder. Wie oft ich in den harten Anfangsjahren allein den Handwagen den Berg hinauf zum Melken auf der Weide zog, habe ich nicht gezählt. Meinen Vater ärgerte es, daß ich mich – seiner Meinung nach – so ausnutzen ließ. Als er einmal sah, wie der LPG-Vorsitzende vor einer Gemeinderatssitzung die Bierkästen in den Kulturraum brachte, warf er ihm vor: „Der Werner melkt draußen allein, und Ihr schleppt hier die Bierkästen.“

Im Jahre 1954 hatte unsere LPG fehlinvestiert. Die Warnung des Buchhalters schlugen wir in den Wind und kauften einen Zuchtbullen, um schnell wertvollen Rindernachwuchs zu bekommen. Weil wir zu wenig Kühe hatten, rentierte sich der Bulle nicht. Ich kaufte der LPG das Tier ab und lehrte es ziehen. So brachte der Bulle einen zusätzlichen Nutzen. Unser Gespann bestand nun aus Hans, dem Maultier, und dem Bullen. Einmal zankten sich die beiden und gingen mit den Eggen durch. Das drei Meter breite Eggenfeld drehte sich so, daß die scharfen Zinken nach oben zeigten. Wenn die Tiere in die Zacken traten, war das Schlimmste zu befürchten. Ein andermal, beim Kartoffelnhäufeln, stach den Bullen der Hafer. Er versuchte, auf das Maultier aufzuspringen und blieb mit dem Kettenzaum am Kumthaken hängen. Die Sache wurde gefährlich: Hans zog nach links, der Bulle nach rechts. Millimeter-

weise lockerte ich die beiden Geschirre, bis ich sie voneinander lösen konnte. In den 60er Jahren lohnte es sich übrigens für die LPG wieder, einen Zuchtbullen für unsere Herdbuchherde zu halten.

Im Juni 1956 delegierte mich die VdgB zu einer Studienreise zur Allunionsausstellung nach Moskau. Während der zweitägigen Fahrt lernte ich nach und nach alle Mitreisenden kennen. In meinem Abteil waren außer mir zwei Bauern aus dem Kreis Löbau. Auch ein Gärtner aus dem Ruhrgebiet blieb mir im Gedächtnis. An den VdgB-Funktionär aus Thüringen erinnere ich mich ungerne. Er agitierte pausenlos. Wir waren, wie ich später erfuhr, die letzte gesamtdeutsche Bauerndelegation.

In Moskau fiel uns die Sauberkeit der Straßen auf. Kein Papierschnipselchen lag herum. Die Stadt investierte viel in die Straßenreinigung. Die Kehrwagen waren nachts zwischen ein und sechs Uhr unterwegs. Danach glänzte alles wie frisch gewaschen. An den Straßenrändern standen große Keramikkübel. Auf der GorkistraÙe liefen vor uns zwei Offiziere. Sie richteten einen umgefallenen Kübel ganz selbstverständlich auf. Ähnliches beobachteten wir mehrmals. Auch bei uns wurde viel von der Erziehung zum „neuen Menschen“ gesprochen. Hier schien es uns nicht nur ein Schlagwort zu sein. Einmal hatte ich meinen Fotoapparat an der Stuhllehne hängen lassen. Der Kellner nahm mich mit in die Garderobe und gab ihn mir zurück. Das angebotene Trinkgeld lehnte er entrüstet ab. Bettler oder Obdachlose haben wir nicht gesehen. Nur am ersten Abend waren wir Zeuge, wie ein Milizionär einen auf den Hotelstufen sitzenden Mann am Kragen packte und abführte.

Auf der Allunionsausstellung hatte jede Sowjetrepublik ihren eigenen Pavillon, dessen Bauweise der jeweiligen traditionellen Architektur entsprach. Vor einem solchen Pavillon saßen Kriegsversehrte mit ihren Krücken auf einer Bank. Ein junger Mann aus unserer Reisegruppe, der aus der BRD stammte, mußte diese Szene unbedingt fotografieren. Da sprang einer der Beinamputierten wutentbrannt auf und verjagte ihn mit seiner Krücke.

Obwohl wir nur einige Rosinen aus dem großen Kuchen Sowjetunion zu Gesicht bekamen, waren am Ende der Reise alle sehr beeindruckt. In der LPG sprachen wir nur kurz zwischen zwei Fuhren Heu über meine Erlebnisse. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Manche konnten meinen Bericht nicht so recht glauben, denn die Westsender erzählten doch etwas ganz anderes. Karl Richter, der Schulleiter, kam mit zwei jungen Lehrerinnen zu uns nach Hause. Sie saßen auf dem Sofa, und ich mußte ihnen ausführlich von der Reise berichten. Das tat ich auch vor einer Schulklasse. Bei meinen Fotos mit den vielen Autos fragten die Kinder: „Sie waren wohl im Westen?“ **Werner Döring, Hohnstein**

### Herzliche Glückwünsche

gehen nach Freiberg, wo **Genosse Paul Benkert** am **9. Februar 2003** seinen **80. Geburtstag** begeht. Der Jubilar gehört der jüngsten Regionalgruppe unseres Fördervereins an und nimmt an der Arbeit trotz seines vorgeschrittenen Alters aktiv teil.

### Nicht minder herzlich gratulieren wir

**Genossin Brigitte Tichauer**, die am **28. Januar 2003** ihr **65. Lebensjahr** vollendet. Sie zählt ebenso wie **Genosse Karl-Heinz Peukert** aus Neubrandenburg, der am **15. Februar 2003 erst 60 wird**, zu den aktiven Mitgliedern unserer großen „RotFuchs“-Familie.

Herzlichen Glückwunsch allen Jubilaren!

### Berichtigung

In der ersten Folge dieser Serie verschuldeten wir einen Fehler: Stalins Geburtstag ist der **21.** und nicht der **31.** Dezember. Wir bitten um Nachsicht.

## Zu Platz und Rolle der befreundeten Parteien

# Nur „Blockflöten“?

Zu den Unwahrheiten, die seit 1989 von Überläufern und Geschichtsverfälschern der verschiedensten Art in Umlauf gebracht worden sind, gehört die Behauptung, in der DDR habe alles nach „sowjetischem Muster“ funktioniert, der sozialistische deutsche Staat sei eine „bloße Kopie des Sowjetsystems“ gewesen. Das ist, wie jeder Zeitzeuge weiß, blanker Unsinn. Um mit etwas ganz Simplem zu beginnen: Während im Westen die Amerikanisierung der Sprache, des Denkens, der Kultur und des Alltags sämtliche Lebensbereiche durchdrang, gab es weder in der SBZ noch später in der DDR eine irgendwie geartete „Russifizierung“ der Gesellschaft, wohl aber starke emotionelle Bande zu Befreiern und Klassengenossen. Viele sowjetische Erfahrungen – wertvolle, übertragbare und bisweilen auch unter DDR-Bedingungen weniger geeignete – wurden von uns infolge Fehlens eigener entsprechender Kenntnisse übernommen, in der Regel aber nur dann beibehalten, wenn sie sich als vorteilhaft erwiesen. Natürlich stützten wir uns auf dieselbe materialistische Philosophie, dieselbe Marxsche ökonomische Lehre, dieselbe Leninsche Theorie von Staat und Revolution. Doch wir bemühten uns – übrigens von den sowjetischen Freunden ständig dazu angehalten – von Anfang an darum, den richtigen „Deckel für den eigenen Topf“ zu finden, unserer spezifischen Situation entsprechende Lösungen zu erkunden.

So wurden in der DDR z. B. Grund und Boden nicht nationalisiert, sondern blieben bis zuletzt Eigentum der Bauern, auch wenn die Eigentumsfrage immer mehr in den Hintergrund trat. Lange Zeit sammelten wir positive Erfahrungen mit privaten und halbstaatlichen Betrieben unter Kontrolle der sozialistischen Staatsmacht, bis – wie mir heute scheint, voreilig – der Beschluß zu ihrer nahezu durchgängigen Umwandlung in volkseigene Unternehmen gefaßt wurde. Und auch hierbei gab es eine Besonderheit der DDR: Die privaten Partner im halbstaatlichen „Verbund“ wurden für ihren Anteil finanziell entschädigt und nicht selten sogar in Leitungspositionen der neuen VEB übernommen.

Die wohl herausragendste Besonderheit im Vergleich mit dem historisch begründeten Einparteiensystem der UdSSR war das Mehrparteiensystem der DDR, das sich ebenfalls aus ihrer Geschichte ergab. Sehr bald nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die Rote Armee und deren Alliierte hatten sich die zugelassenen politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone zu einem Demokratischen Block zusammengeschlossen, dem sich dann auch die neuen Massenorganisationen hinzugesellten. Da die führende Rolle der Arbeiterklasse und – ab April 1946 – ihrer einheitlichen Partei von niemandem ernsthaft infrage gestellt werden konnte, sortierten sich noch vor der Grün-

dung der DDR in den übrigen Blockparteien die Kräfte. Anhänger des antifaschistisch-demokratischen Weges, die später eine Option für den Sozialismus trafen, sahen sich mit jenen bürgerlich-konservativen bis reaktionären Politikern in CDU und LDPD konfrontiert, die – wie Lemmer, Kaiser u. a. – die Wiederherstellung des Kapitalismus anstrebten. Die direkten Parteigänger der Bourgeoisie konnten in erbitterten Klassenkämpfen ausgeschaltet werden und setzten sich mehrheitlich nach dem Westen ab. Bei beiden Parteien kamen nun deren linke Flügel stärker zum Zug. Zugleich fand der Demokratische Block mit zwei 1948 entstandenen neuen Parteien – der Demokratischen Bauernpartei (DBD) und der Nationaldemokratischen Partei (NDPD) – eine wichtige Ergänzung. Sie waren gegründet worden, um – im ersten Falle – die politische Aufklärung unter der Landbevölkerung zu intensivieren und – im zweiten Falle – die Zahl sich neu orientierender Menschen unter jenen, die zuvor der Nazi-Ideologie gefolgt waren, zu erhöhen.

Das Blocksystem, auf dem die Gründung der DDR beruhte und das in seiner ersten Verfassung verankert war, entwickelte sich mit dem Eintritt in die sozialistische Etappe des von Beginn an revolutionären Umgestaltungsprozesses weiter. Nachdem noch immer existente „oppositionelle“ Strömungen ihren Einfluß auf die Spitzengremien von CDU und LDPD endgültig verloren hatten – in DBD und NDPD stand diese Frage nicht –, erkannten die maßgeblichen Politiker der Blockparteien die Führungsposition der Partei der Arbeiterklasse offiziell an. Trotz der weiterhin heterogenen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft wurden diese Parteien allmählich echte Bundesgenossen der SED bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus und bei dessen Aufbau. Die Blockparteien bezeichnete man nun als befreundete Parteien, mit denen periodisch Konsultationen stattfanden. Bei Wahlen zur Volkskammer erhielt jede von ihnen den gleichen innerhalb der Nationalen Front

vereinbarten Prozentsatz an Abgeordneten. Ähnlich wurde auch in den Bezirken und Kommunen verfahren.

Der Beitrag der befreundeten Parteien zur gesellschaftlichen Sache bestand nicht nur darin, daß sie einen großen Teil ihrer Hunderttausende Menschen umfassen

den Mitgliedschaft für wichtige Aufgaben zu mobilisieren vermochten, sondern auch in der Fähigkeit, die Politik der Arbeiterpartei und des sozialistischen Staates an jene Schichten heranzutragen, die aus weltanschaulichen oder sozialen Gründen nicht ohne weiteres bereit waren, den Rat der SED anzunehmen. Sie haben so einen nicht geringen Anteil an der Festigung sozialistischer Verhältnisse in der DDR gehabt. Das gilt ganz besonders für die DBD, deren Vertreter in den Dörfern eine große Rolle bei der Stabilisierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und späteren Kooperationen gespielt haben. Um so grotesker ist es, daß ausgerechnet die DBD nach der Annexion der DDR – bei Weggang fast der Gesamtheit ihrer Anhänger – im Saumagen der Kohlischen CDU landete. Überhaupt war der willkürliche Anschluß von DDR-Parteien, in denen man zuvor Kollaborateure wie Krause, de Maiziere u. a. installiert hatte, an neue „Mutterparteien“ aus der Alt-BRD ein besonders übler Akt politischer Vergewaltigung. Dieses Szenarium – ein unverzichtbarer Bestandteil des Gesamtkonzepts zur imperialistischen Eroberung des Ostens – hat bei DBD und NDPD so gut wie gar nicht und bei den beiden anderen Parteien nur teilweise funktioniert. Noch heute diffamiert man deshalb DDR-geprägte Mitglieder in CDU und FDP als „Blockflöten“, die ihre „Ostherkunft“ nicht verhehlen könnten. Wie man sieht, bestand das Ziel der Eroberer nicht nur in der Zersetzung und Zerschlagung der SED, sondern auch in der En-Bloc-Liquidierung ihrer einstmaligen Bundesgenossen. Das Mehrparteiensystem der DDR wurde manchen Belastungen unterworfen, die sich vor allem aus der ungenügenden Nutzung seiner Vorteile ergaben. Denn keine der befreundeten Parteien stand unter den Bedingungen der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten auf oppositionellen Positionen gegenüber dem Sozialismus. Negativ waren Einschränkungen der besonderen Rolle der befreundeten Parteien und zunehmende Versuche, ihre Führer in Befehlsempfänger des ZK der SED zu verwandeln, wie das zu Zeiten von Joachim Hermann (als Sekretär für Agitation und Propaganda der zuständige „Kontaktpartner“) immer mehr der Fall war. Denn jede Gängelung von Verbündeten ist schädlich und kontraproduktiv. Das von sowjetischen Erfahrungen abweichende Mehrparteiensystem der DDR (es wurde ansatzweise in einigen sozialistischen Staaten Europas eingeführt und entspricht auch der politischen Praxis in der VR China) war ein wichtiger eigenständiger Beitrag der deutschen Kommunisten zur marxistischen Staats- und Revolutionstheorie. Er hätte bei Vermeidung hier nur angedeuteter sektiererischer Fehler größer ausfallen können.

**Klaus Steiniger**

### Mit schwerer Hand

Bleischwer ist nun die Hand,  
die einst dem Wort und Wollen  
lebendige Gestalt verlieh.  
Verheißend meinem Land auf  
seinem Weg, dem Morgenrot  
entgegen, ein Rückwärts nie.

Es ist der Blick zurück,  
der sich als Last wie Stein  
auf meine Schreibhand legt  
und die Gedanken lähmt.

Es ist der Blick voraus,  
wo Wort und Wollen wieder  
auf der Seele brennen und  
auch mit schwerer Hand  
nach Niederschrift verlangen.  
Weil neue Hoffnung wäht.

**Hans-Dieter Krüger**

## Vor 35 Jahren wurde das sozialistische StGB der DDR verabschiedet

# Ein Strafrecht neuen Charakters

Vor 35 Jahren, am 12. Januar 1968, verabschiedete die Volkskammer das Strafgesetzbuch der DDR. Es war die erste Kodifizierung eines neuen sozialistischen Strafrechts auf deutschem Boden. Zusammen mit dem StGB wurden die Strafprozeßordnung, das Strafvollzugs- und Wiedereingliederungsgesetz, das Ordnungswidrigkeitengesetz und das Gesetz über die gesellschaftlichen Gerichte beschlossen.

Die Ausarbeitung des StGB erfolgte durch eine vom Staatsrat gebildete Kommission, der Mitglieder aus allen Parteien und Gesellschaftsschichten angehörten. Im Vorfeld der Gesetzgebung wurden umfangreiche Untersuchungen zur Kriminalität-entwicklung und Rechtsprechung vorgenommen. Dazu gehörten auch Rechtsvergleiche mit anderen Ländern, darunter der BRD. Es wurden viele wissenschaftliche Konferenzen und Beratungen sowohl zu grundsätzlichen Fragen als auch zu einzelnen Regelungen durchgeführt.

Erstmals in der Geschichte des deutschen Strafrechts fand eine öffentliche Diskussion des Entwurfs statt. Dazu wurden 35 000 Exemplare mit seinem Text verteilt. Es fanden 750 Veranstaltungen mit etwa 50 000 Teilnehmern statt. 8141 Vorschläge führten zu Veränderungen an fast allen Bestimmungen des Entwurfs. Vor der Beratung und Beschlußfassung durch das Plenum wurde dieser in sämtlichen Ausschüssen der Volkskammer erörtert.

Es ist in diesem Beitrag nicht möglich, eine allseitige Einschätzung der Auswirkungen des neuen Strafrechts zu geben. Daher sollen einige Tatsachen zu seiner Anwendung vermittelt werden. Das ist auch deshalb notwendig, weil die „Aufarbeiter“ der DDR-Geschichte das Zerrbild eines grausigen, gewalttätigen Repressionsstaates malen, den sie als „Unrechtsstaat“ bezeichnen. Die Realität zeigt jedoch, daß in der deutschen Kriminalgeschichte noch niemals so wenig Menschen bestraft wurden wie in der DDR. In der Zeit von 1971 bis 1988 zählte man jährlich zwischen 75 000 und 56 000 wegen Straftaten gerichtlich Verurteilte. Die Tendenz war in den letzten Jahren der DDR rückläufig (1988: 58 393). Werden Entscheidungen der Konflikt-

und Schiedskommissionen mitgerechnet, dann liegen die Zahlen in diesem Zeitraum strafrechtlich zur Verantwortung Gezogener zwischen 95 000 und 80 000. Die große Aktivität der gesellschaftlichen Gerichte und die hohe Qualität ihrer Arbeit führten zu einer Einschränkung der Anwendung von Kriminalstrafen. 60 % von ihnen waren nicht mit Freiheitsentzug verbunden (Verurteilungen auf Bewährung, Öffentlicher Tadel und Geldstrafen). Der Anteil der Freiheitsstrafen nahm in den letzten Jahren zu, was in Auffassungen begründet lag, man könne mit schärferem Vorgehen die Kriminalität wirksamer bekämpfen. Zur rückzuführen ist das auch auf die Anwendung des politischen Strafrechts.

Die Zahl der Strafgefangenen betrug höchstens 35 000, lag in den letzten Jahren aber meist unter 30 000. Die Todesstrafe wurde 1987 abgeschafft, 1981 letztmalig vollstreckt.

Ein Ergebnis des „Beitritts“ der DDR zur BRD besteht darin, daß als Folge der explosionsartig angewachsenen Kriminalität auf etwa das Zehnfache die Zahl gerichtlich verurteilter Personen erheblich angestiegen ist (trotz wesentlich niedrigerer Aufklärungs- und Verfolgungsraten). Allein im Land Brandenburg wurden im Jahr 2001 über 50 000 Menschen verurteilt!

Ein ständig wiederholtes „Argument“ der „Aufarbeiter“ besteht darin, in der DDR seien nur die Macht, der Staat und gesellschaftliches Eigentum durch das Strafrecht geschützt, private Interessen aber vernachlässigt worden. Das hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Mindestens 60% der verfolgten Delikte richteten sich gegen individuelle Interessen, so gegen das persönliche und private Eigentum – sie bildeten die größte Gruppe überhaupt –, waren vorsätzliche und fahrlässige Tötung, Körperverletzung, Verkehrsdelikte, Sexualdelikte, Straftaten gegen Jugend und Familie.

Diese Strafpraxis spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der Strafgefangenen nach Deliktgruppen wider. Im September 1987 betrug die Zahl der wegen Straftaten gegen die Persönlichkeit In-

haftierten 14, 62 %; wegen Straftaten gegen Jugend und Familie (z. B. Sexualdelikten) saßen 4,9 % ein, wegen Straftaten gegen das persönliche und private Eigentum 16,4 %, wegen Straftaten gegen die allgemeine Sicherheit (vor allem Verkehrsdelikte und Brandstiftung) 6,4 %. Das sind zusammen 41 %. Hinzu kommen 24,76 % der Täter, die wegen strafrechtlich relevanten Angriffen auf das sozialistische Eigentum und die Volkswirtschaft inhaftiert waren und 3 %, die wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch asoziales Verhalten zur Verantwortung gezogen werden mußten. Das macht zusammen mit den o. g. Tätergruppen 70 % aus.

Wegen Straftaten gegen die Deutsche Demokratische Republik befanden sich im September 1987 nicht mehr als 219 Personen im Strafvollzug (0,78 %). Hierbei handelte es sich vor allem um Spionage. Ein beachtlicher Teil der Strafgefangenen waren Rückfalltäter, z. T. mehrfach vorbestrafte.

Der Strafvollzug zielte auf Wiedereingliederung. Gewährleistet wurde das Recht auf Arbeit sowohl während der Strafverbüßung als auch nach der Entlassung. Die Höhe der Arbeitsvergütung war rechtlich festgelegt (18 % bei Berufsausbildung, 35 % des Nettolohnes für Werktätige bei vergleichbaren Arbeiten). Um die Wiedereingliederung nicht durch eine hohe Schuldenlast des Verurteilten zu gefährden, wurden in Strafverfahren keine Gerichtskosten erhoben. Der Verurteilte hatte lediglich die Auslagen des Verfahrens (Zeugengebühren usw.) zu erstatten.

Das neue Strafrecht brachte auch eine Entkriminalisierung. So wurde die Strafbarkeit der einfachen Homosexualität abgeschafft, bevor das in der Bundesrepublik geschah. Die Schwangerschaftsunterbrechung war – von einigen schweren Fällen abgesehen – straflos. Die Frau entschied selbst über die Unterbrechung ohne Beratungs- und Genehmigungspflichten.

Es wurde auch eine gesetzliche Regelung der Verfolgung leichter Rechtsverletzungen am unteren Rand der Kriminalität gefunden (sog. Bagatellkriminalität). Es ging dabei um geringfügige Eigentumsdelikte (bis 50 Mark) sowie Beleidigung und Verleumdung. Ziel der strafrechtlichen Verfolgung von Verfehlungen war, einerseits solche Handlungen nicht als Straftaten zu betrachten, andererseits aber zu gewährleisten, daß diejenigen, die sie begangen hatten, zur Verantwortung gezogen wurden. Das geschah allerdings nicht in einem Strafverfahren und mit strafrechtlichen Mitteln.

Das Strafrecht der DDR wurde mit ihrem „Beitritt“ zur BRD per Federstrich beseitigt. Es gab keine Überlegung, Erfahrungen und Regelungen des DDR-Strafrechts zu nutzen, aufrechtzuerhalten oder gar in ganz Deutschland einzuführen.

Prof. Dr. sc. jur. Hans Weber

### Wir erleben eine Konjunktur der 75jährigen.

Im Januar und in der ersten Februarhälfte vollenden fünf verdiente Genossen das dritte Viertel ihres ersten Jahrhunderts. Beginnen wir mit **Dr. Rudolf Druх aus Dessau (10. Januar 2003)**, der zu den jüngsten Mitgliedern unseres Fördervereins gehört. Wir senden ihm Grüße fester Verbundenheit.

**Gerhard Müller aus Neubrandenburg**, der sich zu DDR-Zeiten als langjähriger führender Funktionär der SED im Norden wie im Süden einen Namen machte und nach der Konterrevolution durch die Sieger auf Zeit verurteilt und inhaftiert wurde, begeht am **4. Februar 2003** seinen Ehrentag. Eine solidarische Umarmung!

**Am 12. Februar 2003 steht Rose Goellner aus Freiberg** auf dem Jubilarspodest. Auch ihr gilt unser herzlicher Gruß.

Am **16. Februar 2003** bekommen wir die Geburtstagskinder gleich im Doppelpack:

**Hans Kopistecki aus Frankfurt/Oder** – ein hochverdienter Pionier der sozialistischen Landwirtschaft, heute Mitglied des ZK der KPD – und **Dr. Gerhard Lier aus Leipzig** – von der SPD kommandierter Delegierter des legendären Vereinigungsparteitags – feiern an diesem Tage.

Der „RotFuchs“ ist stolz darauf, unter seinen Lesern aus allen Altersstufen so viele verdiente Veteranen zu haben.



## Wie Arbeiter- und Bauernkinder die Schulen eroberten

# Wandlungen in Weißenfels

Aufgewachsen bin ich in einem kleinen Ort des Weißenfels-Zeitler Braunkohlensreviers. Wie die meisten Einwohner war mein Vater bis zu seinem Kriegsdienst für den faschistischen deutschen Kapitalismus Bergarbeiter in der Carl-Bosch-Grube der Riebeckischen Montanwerke, einem Betrieb des Kriegsverbrecherkonzerns IG-Farben. 1939 kam ich zur Volksschule, die sich im Nachbarort befand. Es war eine einklassige Dorfschule. In einem einzigen Raum mit acht Bankreihen hintereinander waren die etwa 50 Schüler untergebracht; vorn saß die erste, hinten die achte Klasse. Bis 1945 unterrichtete uns Alma Scholz, eine gutmütige ältere Lehrerin, die sich redlich mühte, uns Lesen, Rechnen und etwas Heimatkunde beizubringen. Mehr konnte sie nicht schaffen, und mehr sollten wir Kinder von Arbeitern und Bauern nach dem Willen der herrschenden Ausbeuterklassen wohl auch nicht lernen. Ab Herbst 1945 wurden die Verhältnisse etwas besser. Ein Neulehrer kam, so daß jeweils im Wechsel die Klassen 1–4 und 5–8 vormittags bzw. nachmittags Unterricht hatten. Als 1947 die Grundschulzeit zu Ende ging, schlug Frau Scholz vor, ich sollte mich weiterbilden. So kam ich in die 9. Klasse der städtischen Goethe-Oberschule der Kreisstadt Weißenfels. Nur, meine neuen Mitschüler, ausschließlich Jungen, hatten nach dem bürgerlich-kapitalistischen Bildungssystem, das noch nicht vollständig beseitigt war, Gymnasialunterricht seit der 5. Klasse, also seit 1943, und damit einen unaufholbaren Vorsprung in den naturwissenschaftlichen Fächern und natürlich auch bei den Sprachen. Daß ich die Bildungseinrichtung schon nach einem Jahr wieder verlassen mußte, lag nicht nur an der nicht zu bewältigenden Stoffmenge. Meine Mitschüler stammten ausnahmslos aus bürgerlichen Familien, ihre Väter waren Unternehmer, Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute, höhere Angestellte. Eingebildet wie sie waren, ließen sie mich auf Schritt und Tritt spüren, daß ich nicht zu ihnen gehörte. Denn ich war Arbeitersohn, kam vom Dorf, hatte schlechtere Klamotten, und in ihren Augen war ich wohl auch dumm. Ähnlich verhielten sich die meisten Lehrer, die ebenfalls zum „alten Bestand“ gehörten. Noch heute klingt mir die ständige Aufforderung meines Klassenlehrers, Studienrat Dr. Ruprecht, im Ohr, „Freyer, verlassen Sie doch die Anstalt, Ihre Intelligenz reicht nicht aus.“

Doch bevor ich im Herbst 1948 eine Lehrstelle antreten konnte, meldeten sich die neuen, antifaschistisch-demokratischen Volksbildungsbehörden und überzeugten meine Eltern und mich von einem Neuanfang an der Seume-Oberschule (SOS). Diese Bildungseinrichtung, ebenfalls in Weißenfels, war schon 1946 von der Landesregierung Sachsen-Anhalt als Aufbauschule geschaffen worden. Dort sollten Kinder, die für die Arbeiter- und Bauernfakul-

tät zu jung, also 14 und 15 Jahre alt waren, nach einem besonderen Lehrprogramm ebenfalls in vier Jahren zur Hochschulreife gebracht werden. Zweite Voraussetzung war, daß sie Arbeiter- und Bauernfamilien entstammten und folglich durch das vorangegangene Bildungsprivileg der Ausbeuterklassen benachteiligt worden waren. Schließlich stand die Schule auch Umsiedlerkindern, zumeist aus gleichen sozialen Verhältnissen stammend, offen, die durch den faschistischen Krieg mehrere Jahre Unterricht versäumen mußten. Der SOS war ein Internat für alle ca. 250 Schülerinnen und Schüler angeschlossen. Die Unterbringung einschließlich Vollverpflegung und Lehrmaterialien kostete unsere Eltern keinen Pfennig. Im Gegenteil, jeder von uns erhielt ein monatliches Taschengeld von 15 Mark. Um unsere Bildung kümmerten sich 30 Lehrer und Erzieher, vorwiegend älteren Jahrgangs, aber antifaschistischer Gesinnung. Etliche von ihnen hatten während der Nazizeit Berufsverbot. Erst nach und nach kamen Jüngere hinzu, die ihre Qualifikation an den neuen Universitäten Ostdeutschlands und dann der DDR erwerben konnten. Wir unterhielten ein wunderbar kameradschaftliches Verhältnis zu ihnen, denn sie betreuten uns, wie man so sagt, rund um die Uhr, d. h., einige von ihnen waren immer am Nachmittag und am Abend im Internat und konnten z. B. bei allen Hausaufgaben konsultiert werden.

Zum Lehrprogramm gehörten selbstverständlich Wandertage, die uns bis in den Thüringer Wald oder die Dübener Heide, aber auch in volkseigene Betriebe führten. Man kümmerte sich natürlich auch um unsere kulturelle Bildung. Monatlich fand in der Aula ein sogenanntes Heimkonzert mit klassischer Musik statt. Wer wollte, konnte ein Instrument erlernen, natürlich kostenlos, da dieses von der Schule gestellt wurde. Klassenweise gab es Theaterbesuche in Weißenfels selbst (dort bestand damals noch ein Stadttheater), in Halle, im Nationaltheater Weimar. Schriftsteller kamen zu Lesungen; ich erinnere mich deutlich an den damals noch völlig unbekanntem Erwin Strittmatter. Unser FDJ-Chor, hervorragend von unserem Musiklehrer Walter Schrappe ausgebildet und geleitet, war nicht nur in der Stadt, sondern im ganzen Kreis bei Veranstaltungen aller Art gefragt. Daß es eine reichhaltige Bibliothek gab, versteht sich von selbst.

Gesellschaftlich war die FDJ-Schulgruppe, der sich im Laufe der Jahre immer mehr Mädchen und Jungen anschlossen, sehr aktiv. Ihr richtete die Schulleitung in einem Nebengebäude ei-

nen Club ein. Die FDJ-Leitung organisierte Zirkel für den Erwerb des „Abzeichen für gutes Wissen“, Arbeitsgemeinschaften, Sportmannschaften und -wettkämpfe. Unsere Laienspielgruppe gastierte mit ihren Aufführungen an den Partnerschulen in Schulpforte und Droyßig bei Zeitz. Zum fröhlichen Jugendleben gehörten Tanzabende mit eigener Kapelle in der Aula bzw. Turnhalle, wobei der Abi-Ball und das Nikolausfest die Höhepunkte des Jahres bildeten. Für eine Grundschule der Stadt stellte unsere FDJ-Gruppe eine große Zahl Pionierleiter.

Für Schule und Internat fungierte eine Art Selbstverwaltungsorgan, der Schülerat. Ihm gehörten der FDJ-Schulgruppensekretär sowie ein Vertreter jeder Klasse an. Die Internatsleiterin und jeweils ein Erzieher/Lehrer kamen mit beratender Stimme zu den Sitzungen hinzu. Dieser Schülerrat befaßte sich mit allen Fragen des Zusammenlebens im Internat und unterbreitete der Internatsleitung, manchmal auch dem Schuldirektor, entsprechende Vorschläge. Übrigens: Es gab in den vier Jahren meiner Schulzeit an der SOS keinerlei Gewalt der Schüler untereinander, keine Prügelei, keine Diebstähle.

Meine Intelligenz reichte aus, um 1952 das Abitur zu bestehen und später an der Humboldt-Universität in Berlin zu studieren. Von den Arbeiter- und Bauernkindern, die mit mir die SOS verließen, wurden später 12 Lehrer, 6 Ingenieure, 5 Ärztinnen, 2 Staatsanwältinnen, 3 Lektorinnen, 2 Ökonomen, 2 Offiziere, je 1 Forstwissenschaftler, Journalist, Architektin, Übersetzerin, Pfarrer, Agraringenieurin sowie 3 Angestellte.

Günter Freyer



Ich dachte, Australien wäre ein Land der Chancen ... Sie hatten die Chance, sich reiche Eltern zu wählen, aber Sie haben sie nicht genutzt.  
Aus: „The Guardian“, Sydney

## Wie deutsche Sozialdemokraten auf die Einheit der Linkskräfte drängten

# Das Prager Manifest der SPD

Die nachfolgende Veröffentlichung, die wir im Original-Wortlaut wiedergeben, verdanken wir einem Hinweis des Genossen Dr. Norbert Podewin. Den von Rudolf Hilferding endredigierten authentischen Text des Prager Manifests, das am 20. Januar 1934 vom in die tschechoslowakische Hauptstadt emigrierten SPD-Vorstand gegen zwei Stimmen verabschiedet wurde, entnahmen wir dem Sammelband „Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie“, der 1984 im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn erschien. Er widerlegt die Lügen „moderner“ SPD-Führer – von Schumacher bis Schröder – über die angebliche Zwangsvereinigung von SPD und KPD im April 1946 und zeigt, daß der Einheitsgedanke gerade auch bei im antifaschistischen Widerstand stehenden Sozialdemokraten tief verwurzelt war. Hier der Wortlaut.

### VII. Die Einheit des revolutionären Sozialismus

Mit dem Sieg des totalen Staates ist die Frage seiner Überwindung mit grausamer Eindeutigkeit gestellt. Die Antwort lautet: totale Revolution, moralische, geistige, politische und soziale Revolution! In diesem Kampf wird die Sozialdemokratische Partei eine Front aller antifaschistischen Schichten anstreben. Sie wird die Bauern, die Kleingewerbetreibenden, die Kaufleute, die durch die Versprechungen der Nationalsozialisten betrogen sind, sie wird die Intellektuellen, die unter dem gegenwärtigen Regime ein bisher unvorstellbares Maß der Unterdrückung und Entwürdigung erleiden, zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse aufrufen.

Wir haben den Weg, wir haben das Ziel des Kampfes gezeigt. Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.

Die Führung der deutschen Sozialdemokratie weiß sich deshalb frei von jeder sektenhaften Abschließung und ist sich ihrer Mission bewußt, die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen. Wie sie die illegale Arbeit aller Gruppen, die den Kampf gegen die Diktatur und nicht gegen andere Parteien der Arbeiterklasse führen, zu unterstützen bereit ist, so öffnet sie ihre Zeitungen, Zeitschriften und Publikationen allen Diskussionen über die Probleme des revolutionären Sozialismus, der Machteroberung und Machtbehauptung in der Überzeugung, daß nur aus ge-

meinsamer geistiger Arbeit die Verwirklichung des einheitlichen revolutionären sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse erstehen kann. Aber sie lehnt es ab, die Selbstzerfleischung zuzulassen, die um der Frage der Ausnutzung noch nicht errungener Siege willen die Spaltung der Arbeiterklasse, den sichersten Schutz der Diktatur, verewigen will.

Die nationalsozialistischen Machthaber rühmen sich, die revolutionäre sozialistische Arbeiterbewegung vernichtet, den Freiheitsgedanken ausgerottet zu haben. Sie sind die Sieger und üben an den Unterdrückten grausame Rache. Aber je größer ihr Sieg, der Sieg der kapitalistischen Mächte, desto schwerer wird ihre künftige Niederlage sein. Die kapitalistische Entwicklung schafft selbst ihre Totengräber, und der Triumph von heute ist der Untergang von morgen.

Gegen die faschistische Barbarei führen wir den Kampf für die großen und unvergänglichen Ideen der Menschheit. Wir

sind die Träger der großen geschichtlichen Entwicklung seit der Überwindung der mittelalterlichen Gebundenheit, wir sind die Erben der unvergänglichen Überlieferungen der Renaissance und des Humanismus, der englischen und der französischen Revolution. Wir wollen nicht leben ohne Freiheit, und wir werden sie erobern, Freiheit ohne Klassenherrschaft, Freiheit bis zur völligen Aufhebung aller Ausbeutung und aller Herrschaft von Menschen über Menschen!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein! Deutsche Arbeiter, ihr habt nur die Ketten eurer Knechtschaft zu verlieren, aber die Welt der Freiheit und des Sozialismus zu gewinnen. Deutsche Arbeiter, einigt euch im revolutionären Kampf zur Vernichtung der nationalsozialistischen Diktatur! Durch Freiheit zum Sozialismus, durch Sozialismus zur Freiheit! Es lebe die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie, es lebe die Internationale!

**Otto Grotewohl – bis zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, die im April 1946 in der sowjetischen Besatzungszone erfolgte, Vorsitzender der SPD – wurde am 7. Oktober 1949 erster Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik**



### Hohe Ehrung

Am 10. Dezember 2002 wurde unser Leser

RECHTSANWALT  
**Dr. Friedrich Wolff**

für seinen couragierten Einsatz zur Verteidigung durch die BRD-Klassenjustiz verfolgter DDR-Bürger mit dem **Menschenrechtspreis 2002 der GBM** ausgezeichnet.

Der „RotFuchs“ freut sich, daß der namhafte Jurist verdienstermaßen ausgewählt wurde und gratuliert Genossen Wolff auf das Herzlichste!

# TOPOS

erschienen

Heft 19 der durch die Professoren Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo herausgegebenen Zeitschrift für dialektische Theorie ist mit dem Thema „Widerspiegelung“ erschienen. Redakteur der deutschen Ausgabe ist Dr. Dieter Kraft, Rosenthaler Straße 19, 10119 Berlin (Tel/Fax 030/2820780). Bestellungen bitte an diese Adresse.

Ein Artikel, der seinerzeit für Furore sorgte

## Hatte Anton Ackermann recht?

In Nr. 1 der Zeitschrift „Einheit“ erschien Anfang 1946 ein Artikel des Mitglieds des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands Anton Ackermann. Er trug die Überschrift „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“. Der Beitrag enthielt wichtige prinzipielle Aussagen und war zur Zeit seines Erscheinens und später Gegenstand lebhafter Diskussionen. Wir veröffentlichen in dieser und der nächsten Ausgabe des RF Auszüge aus dem Material.

Die gemeinsame Konferenz der KPD und der SPD vom 20. und 21. Dezember 1945 und die auf dieser Konferenz gefaßte Entscheidung bedeuten den Übergang zur zweiten Phase der Einheit, wobei die unmittelbare Vorbereitung der organisatorischen Vereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Kern des Beschlusses vom 21. Dezember bildet. Am Ende dieser zweiten Phase der Einheit soll und wird die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien zu einer einheitlichen und geschlossenen Partei der sozialistischen Bewegung stehen.

Die bedeutungsvollste aller Fragen, die nunmehr geklärt werden müssen, ist die Frage: Auf welchem Boden und mit welchem Programm soll die Vereinigung erfolgen? Über die dabei auftauchenden Probleme soll eine umfassende Aussprache stattfinden. Diese Programmdiskussion kann nun aber beileibe nicht nur die Sache einiger Führer, einiger Theoretiker sein, obwohl den Führungen der KPD und SPD die Verpflichtung obliegt, der Parteimitgliedschaft ihre klare Stellungnahme zu all den komplizierten Fragen, die unvermeidlich auftauchen werden, vorzulegen. Aber die Vereinigung bedeutet die Verständigung unter Zehntausenden aktiver sozialdemokratischer und kommunistischer Funktionäre und unter Hunderttausenden von Mitgliedern beider Parteien. Von unten bis oben sollen beide Parteiorganismen zu einem untrennbaren Ganzen zusammenwachsen. Folglich ist es klar, daß die Klärung besonders der programmatischen Fragen eine Angelegenheit nicht nur der führenden Köpfe, sondern der Mitgliedschaft beider Parteien und darüber hinaus aller jener Werktätigen ist, die proletarisches Klassenbewußtsein besitzen und der Einheitspartei zweifellos in großen Massen zuströmen werden, weil diese wie ein Magnet auf alle jene Arbeiter und Werktätigen wirken wird, die ihrer ganzen Einstellung nach auf der Seite der sozialistischen Bewegung stehen, sich aber heute weder für die SPD noch für die KPD entscheiden können. (...)

Es sei mir gestattet, auf einen Artikel Bezug zu nehmen, der in der gleichen Nummer der „Einheit“ veröffentlicht ist, obwohl das sonst nicht Brauch sein mag. Ich meine den Artikel „Von der Demokratie zum Sozialismus“ vom Genossen Hel-



Arno Fleischer: Die Macht des „Kapitals“

mut Lehmann. Vielleicht liegt die Berechtigung einer solchen Bezugnahme darin, daß ich die in dem Artikel vertretene Auffassung (des Genossen von der SPD – d. R.) in allen wesentlichen Punkten teile. Da Genosse Lehmann die grundsätzlichen Fragen des Programms behandelt, ist diese Übereinstimmung um so bedeutungsvoller. (...)

In folgenden entscheidenden Fragen kann zwischen uns volle Übereinstimmung festgestellt werden, die auf den Lehren von Marx und Engels beruht und durch die späteren deutschen Erfahrungen besonders bestätigt wurde: 1. Wir unterscheiden zwischen dem Programm-Minimum, das die Vollendung der demokratischen Erneuerung darzulegen hat, und dem Programm-Maximum, das die Verwirklichung des Sozialismus betrifft. 2. Wenn wir von der demokratischen Republik sprechen, so handelt es sich zunächst noch nicht um die Verwirklichung des Sozialismus, sondern um eine ihrem Charakter nach bürgerliche Demokratie. 3. Zum Aufbau einer solchen parlamentarisch-demokratischen Republik stehen wir nicht nur deshalb positiv, weil sie einen großen Fortschritt gegenüber allen autokratischen Regierungsformen darstellt, sondern vor allem auch, weil die Demokratie den günstigsten Boden für den Kampf um den Sozialismus bietet. 4. Die sozialistische Arbeiterbewegung kämpft in der demokratischen Republik um die ganze Macht im Staate. 5. Die Aufrichtung dieser ganzen Macht der Arbeiter (wie Marx sagt: „die revolutionäre Diktatur des Proletariats“) ist die grundle-

gende Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus.

Das ist – kurz zusammengefaßt – der Inhalt der hauptsächlichsten Darlegungen des Genossen Lehmann, die unsere allgemeine Billigung finden. Natürlich sind damit nicht alle Grundfragen des Problems Demokratie und Sozialismus erfaßt. Über einer Reihe weiterer prinzipieller Forderungen des Sozialismus, z. B. die Forderung nach Aufhebung des Privateigentums an den großen Produktionsmitteln und die Überführung der Betriebe, Banken und Verkehrsmittel in die Hände des Arbeiterstaates kann es aber noch weniger eine Differenz unter uns geben als über die vorgenannten fünf Punkte. (...)

Gehen wir nun in unseren Betrachtungen weiter, so stoßen wir auf eine Frage von größter Bedeutung: Wie kann der Übergang von der demokratischen Republik zum Arbeiterstaat (im Sinne der ganzen Macht der Arbeiterklasse) vor sich gehen? Oder mit anderen Worten ausgedrückt: Kann die Arbeiterklasse auf dem demokratisch-parlamentarischen Weg oder nur auf dem Wege revolutionärer Gewaltanwendung in den Besitz der ganzen politischen Macht kommen? (...)

Zwei Etappen des Kampfes sah Engels voraus. Die erste Etappe: der Kampf um die demokratische Republik; die zweite Etappe: in der demokratischen Republik nimmt die Arbeiterklasse den Kampf um die ganze Macht auf, wobei auch dieser Kampf ein gewaltsames Sprengen der Staatshülle sein wird. Und das ist der Hauptgedanke der Kritik Engels' am Erfurter Programm vom Jahre 1891. (...)

Dieser Gang der Entwicklung ist unvermeidlich, selbst im demokratischsten Lande und bei der „fortschrittlichsten“ Bourgeoisie, weil es bedeuten würde, in die Auffassungen der kleinbürgerlich-utopischen Sozialisten zurückzufallen, wenn man annehmen wollte, daß die Kapitalistenklasse freiwillig von der Macht abtreten und auf ihre Privilegien, ihren Reichtum, auf die Ausbeutung des werktätigen Volkes und den allein seligmachenden Profit verzichten würde. **(wird fortgesetzt)**

### Aus der Geschichte lernen heißt: Thälmann ehren



9. Februar 2003, 10.30 Uhr  
Ernst-Thälmann-Gedenkstätte  
Ziegenhals (bei Königs Wusterhausen)  
Gedenkveranstaltung zum

70. Jahrestag der illegalen Tagung  
des Zentralkomitees der KPD  
am 7. Februar 1933 und zum  
50. Jahrestag der Eröffnung der  
Gedenkstätte am 7. Februar 1953

## Wie Nachfolger mit Vorgängern umzugehen pflegen

# Die „Dienstbuch-Affäre“ von 1989

Seit dem Geraer PDS-Parteitag schien den Vorstand lange Zeit nichts mehr zu beschäftigen als die „Dienstbuch-Affäre“ Diether Dehms. Sogar auf den Landesparteitagen Thüringens und Sachsens in Ilmenau und Dresden am 23. November war sie ein Thema, über welches das ND vom 25. November auf Seite 1 berichtete. Es meldete aus Dresden: „Peter Porsch forderte, den Konflikt ohne Beschädigung der PDS, ihrer Vorsitzenden und ihres neugewählten Vorstandes aufzulösen. Als ‚operetengestählter‘ ehemaliger Wiener glaube er außerdem, daß die Affäre eher als ‚Vorlage für eine Provinzposse‘ taugte als zur Distanzierung von unseligen Vergangenheitsbräuchen.“ Porsch's Worte in Gottes Ohr, oder wenigstens in das Ohr derjenigen, die die „Affäre“ organisiert haben. Aber zu den unbeantworteten Fragen gehört auch: Welche „Vergangenheitsbräuche“ sind eigentlich gemeint? Über einen gibt es gewichtige Zeugen: Gregor Gysi und Egon Krenz. Beide haben darüber geschrieben. Dieser „Vergangenheitsbrauch“ spielte sich zwischen dem 2. und dem 5. Dezember 1989 ab, als die SED noch existierte.

Folgen wir zunächst den „Autobiographischen Notizen“ Gregor Gysis (Das war's. Noch lange nicht. Düsseldorf 1995, S. 86f.). Gysi übernahm das Regiment im „Großen Haus“ und begann, sich (zunächst) als Einmann-Ausschuß mit der Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption in der SED-Spitze zu befassen. Wie er selbst schreibt, sei er durch nichts und niemanden „legitimiert“ gewesen: „Dennoch beugten sich alle, wengleich murrend, meinen Anweisungen.“ (S. 89) Zu diesen Anweisungen gehörte, daß Gysi die Arbeitszimmer

von Politbüromitgliedern sperren und versiegeln ließ. Vier Politbüromitglieder hätten am Montagmorgen (4. Dezember 1989) „fast schon devot“ darum gebeten, ihre persönlichen Gegenstände aus den versiegelten Zimmern holen zu dürfen, was ihnen wohl gestattet wurde. Nur einer leistete „Widerstand“: Egon Krenz hatte an der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages in Moskau teilgenommen (bei Gysi heißt es auf S. 90: „Egon Krenz hatte es durch seine Funktion als noch amtierendes Staatsoberhaupt der DDR verstanden, in die Maschine nach Moskau zu kommen.“) und war am Montag, dem 4. Dezember 1989, zurück. Er beschwerte sich „unwirsch“ bei Gysi und forderte Zugang zu seinem Arbeitszimmer. Gysi erklärte Krenz, „daß wir (?) nach dem Rücktritt des Politbüros und des ZK genötigt waren, eine gewisse Ordnung im Hause herzustellen“. Schließlich dürfe nicht jeder, wie er lustig wäre, die Büros der Zurückgetretenen ausräumen. Nicht jeder war also befugt, die Räume zu betreten, aber wer erhielt durch wen die Erlaubnis? Die Antwort von damals könnte Bedeutung für die Affäre von heute haben. Immerhin warf Gysi Dehm vor, er habe „die Kultur der Partei erheblich verletzt“, und Gabriele Zimmer fühlte sich an „SED-Praktiken“ erinnert.

Egon Krenz verwendet für die Darstellung desselben Vorgangs 48 Zeilen in seinem Buch „Herbst 89“ (Berlin 1999, S. 350/351). Dort lesen wir: „Als ich am Morgen ins ZK fahren will, um meine Sachen zu ordnen, werde ich am Eingangstor zum Hof gestoppt. Ein Angehöriger des Wachregiments sagt mir verlegen: ‚Genosse Krenz, ich darf Sie nicht reinlassen.‘ Einen Mo-

ment überlege ich. Es hat keinen Sinn, auf den Einlaß zu drängen. Schließlich kann der Genosse nichts dafür, er hat seine Befehle. Doch was berechtigt einen Arbeitsausschuß, der legitimiert ist, einen Außerordentlichen Parteitag vorzubereiten, mich daran zu hindern, meine Unterlagen aus dem ZK zu holen? Ich nehme meinen Ausweis als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates ... Ich darf passieren. Als ich in der zweiten Etage ankomme und in mein Arbeitszimmer will, ist es versiegelt. Dies, obwohl ich noch Vorsitzender des Staatsrates bin. Ich halte es für verfassungswidrig. Jene, die für das Versiegeln zuständig sind, wissen genau, daß ich in meinem Arbeitszimmer nicht nur meine Parteunterlagen, sondern auch meine Unterlagen als Vorsitzender des Staatsrates habe ... Nach meinem Protest wird mir der Zugang zu meinem Arbeitszimmer gestattet. Unter Aufsicht darf ich zwei Koffer mit Materialien packen, deren Durchsicht mir erlaubt wird ... Die Zweifel (im Hinblick auf die Verhaftung des Rechtsanwalts Vogel – H. Sch.) werden verstärkt, als ich zusammen mit meinen Aktenkoffern zu Hause eintreffe. Einer der Stellvertreter des Generalstaatsanwalts ruft an. ‚Herr Krenz‘, sagt er, ‚Sie wurden beobachtet, daß Sie aus dem Haus des Zentralkomitees zwei Koffer mit Akten mitgenommen haben. Ich schicke zwei Herren vorbei, die die Koffer abholen.‘ Ich denke, ich höre nicht richtig. Es ist ja kein einfacher Wachsoldat, der mir das sagt, sondern ein Vertreter des Generalstaatsanwalts. Ich antworte ruhig: ‚Ich habe die Akten mit Genehmigung des Genossen Gysi mitgenommen.‘ Das macht auf den Mann am anderen Ende keinen Eindruck. Er habe Weisung, sagt er, so zu verfahren. Jetzt werde ich prinzipiell: ‚Nach der Verfassung der DDR ist der Generalstaatsanwalt dem Staatsrat der DDR gegenüber verantwortlich. Sie reden jetzt mit dem Vorsitzenden des Staatsrates, genügt Ihnen das?‘ Der amtierende Generalstaatsanwalt entschuldigt sich. Ich behalte die Koffer. Drei Wochen später gebe ich sie, sortiert nach Partei- und Staatsakten, an Gysi bzw. Modrow zurück.“

Am Abend des 5. Dezember verfaßte Krenz seine Rücktrittserklärung. Zwei Tage später begann der Sonderparteitag der SED. Gregor Gysi erhielt die „Legitimation“, die PDS zu führen. Zur Symbolik des Wechsels gehörte ein überdimensionaler Besen. Gysi sah das so: „Die Symbolik war eindeutig: Man (!) forderte mich zum Großreinmachen in der Partei auf.“ (S. 103)

Über die Resultate des „Großreinmachens“ darf jeder „pluralistisch“ urteilen. Und er darf fragen, ob es bei der „Dienstbuchaffäre“ gar nicht so sehr um Dehm, sondern um die Ergebnisse des Geraer Parteitages geht, die manchem nicht schmecken. Welcher „Besen“ wird jetzt – von wem – geschwungen?

**Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden**

**Gregor Gysi bei „Europas meistgelesener Tageszeitung“ zu Gast**

## Im BILDE



Gregor Gysi, Star-Kolumnist bei Super-Illo und Berliner Kurier, läßt wirklich nichts aus: Bei der Creme der Asphaltpresse fühlt er sich pudelwohl. Er hat Zugang zu den Redaktionsstuben derer, die Millionen deutsche Leser einseifen und über den Löffel balbieren. Unlängst besuchte er die Redaktion von „Europas meistgelesener Tageszeitung“, wie sich Springers BILD gerne nennen läßt. Bei den schlimmsten Feinden des Sozialismus – den Machern des täglich

in 3,4 Millionen Exemplaren verbreiteten Boulevard-Blatts der deutschen Rechten – gab er sich „locker und entspannt“. Sein Alltag ohne Politik sei „wunderschön“, gab er den Redakteuren zu Protokoll. Die nutzten diesen Spruch des großen Kommunikators für die Schlagzeile ihrer Reportage. Wir wollen sie den „RotFuchs“-Lesern nicht vorenthalten. Die Schlüsse mag jeder selbst ziehen.

**R. F.**

## Ein „Sozialist“ wirbt um das Kapital

# Die „originäre“ Nachahmung

Unmittelbar vor Jahreswechsel meldete sich Gesine Löttsch, eine der beiden PDS-Bundestagsabgeordneten, mit einer „ernsten Warnung“ zu Wort: Der Oppositionskurs von Parteichefin Zimmer führe ins politische Abseits, der Zerfall der Partei drohe. Löttsch machte sich damit zur Sprecherin jener Gruppierung von PDS-Spitzenpolitikern, denen auf dem jüngsten Parteitag ein deutlicher Dämpfer verpaßt wurde. Ihre Attacke, obwohl an Gabriele Zimmer adressiert, zielt generell auf die in Gera – wenn auch nur halbherzig – vorgenommene Kurskorrektur der demokratischen Sozialisten.

Die sich als „Reformlinke“ ausgebenden Fundamentalopportunisten lassen seitdem nicht locker, um die Ergebnisse von

Neues  
Deutschland

## Als Sozialist um das Kapital werben

Der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) ist heute 100 Tage im Amt – eine

Gera zu kippen und den „Gestaltungsoptionen“ um Zimmer wieder das Heft aus der Hand zu nehmen. Worum es ihnen dabei geht, brachte Gesine Löttsch auf den Nenner, daß man nicht gleichzeitig Opposition sein könne, wenn man – wie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – in Landesregierungen sitze. Notwendig sei stattdessen, daß die PDS in der Regierung zeige, „welche originären Projekte mit ihr verbunden sind“.

Was damit gemeint ist, ließ sich einem Interview entnehmen, das unter der vielsagenden Überschrift „Als Sozialist um das Kapital werben“ am 7. 12. 02 in „Neues Deutschland“ erschien. In ihm erläuterte Harald Wolf, Gysis Nachfolger im Amt des Berliner Wirtschaftssenators und damit „in Regierungsverantwortung“, sein politisches Konzept. Und das stimmt überein mit dem, was die Gysi, Bartsch, Brie etc. verfechten und als Markenzeichen eines „modernen“ Sozialismus ausgeben. Es zielt im Kern darauf ab, antikapitalistische Politik gegen Bereitschaft zur Kooperation mit dem Kapital auszutauschen.

Damit jedoch Parteimitgliedschaft wie Sympathisanten solch politischen Seitenwechsel mitmachen, muß dieser mit einer „sozialistischen Motivation“ bekömmlich gemacht werden: Um der massenhaften Arbeitslosigkeit Herr werden zu können – so Wolf –, brauche man Investitionen. Nur wenn es gelänge, das (übrigens reichlich vorhandene) Kapital zu mobilisieren und dessen Eigner zu Investitionen anzuregen, könnten neue Arbeitsplätze entstehen. Deshalb müsse seitens der PDS alles unterbleiben, was Kapitalisten verprelle. Vielmehr habe ein „Sozialist“ im Amt erst einmal bei den Unternehmern „um Vertrauen“ zu werben. Dazu bedürfe es eines unternehmerfreundlichen psy-

chologischen Klimas. So durch die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren. Ansonsten beläßt es Wolf bei dem Allgemeinplatz, für wirtschaftliche Aktivität müßten „entsprechende Rahmenbedingungen“ geschaffen werden. Worin aber bestehen solche – aus Sicht der Kapitalisten – denn? Um das herauszufinden, muß man keine Welträsel lösen. Was Kapital allein zu lebhafter Aktivität zu bewegen vermag, läßt sich nicht bloß bei Marx nachlesen, sondern ist weltweit seit Jahrhunderten gängige Praxis. Die Höhe der zu erwartenden Profitrate, also die Kapitalrendite, gibt dabei den Ausschlag. Und die fällt um so einträglicher aus, je günstiger – sprich schärfer – die Ausbeutungsbedingungen sind. Zuviel „Sozialstaat“ ist dem Gewinn-

streben der Unternehmer hinderlich. Weg mit dem „Sozialklimbim“, fort mit den Flächentarifverträgen, freie Bahn für Niedriglöhne, Wegfall von Arbeitszeitregelungen und Kündigungsschutz, Senkung der Lohnnebenkosten durch Entlastung der „Arbeitgeber“ von anteiligen Beitragspflichten artikulieren sie ihre Forderungen. Kürzung von Arbeitslosengeld, noch mehr Steuerminimierung für die großen Vermögen, Sozialabbau auf der einen, „Deregulierung“ auf der anderen Seite stehen auf ihrem Wunschzettel. Und wenn solche für das Kapital idealen Zustände anderswo günstiger vorzufinden sind, wandert es eben dahin aus, liquidiert hemmungslos Arbeitsplätze im eigenen Land und investiert dort, wo alles billiger und weniger „sozialverträglich“ zu haben ist. Bevorzugtes Revier sind derzeit die „vom Sozialismus befreiten Länder“ Ost- und Südosteuropas. Jüngstes Beispiel: Die Verlagerung von 4 000 Arbeitsplätzen nach Ungarn durch den Bosch-Konzern.

Solche Rahmenbedingungen herstellen zu helfen, müßte, der „Reformer“-Logik nach, also Sache von Sozialisten sein – natürlich „im Interesse des Volkes“. Absurdes ist schwerlich vorstellbar. Und völlig lächerlich wird ein solches Ansinnen gar, wenn es – um auf Gesine Löttsch zurückzukommen – als „politisch originäres Projekt der PDS“ angeboten werden soll. Denn es wäre nichts anderes denn simple Nachahmung. Seit eh und je – und durchaus wirkungsvoll – sind nämlich der bürgerliche Staat und die ihn tragenden etablierten Parteien als politische Dienstleistungseinrichtungen des Kapitals darauf aus, genau jene Rahmenbe-

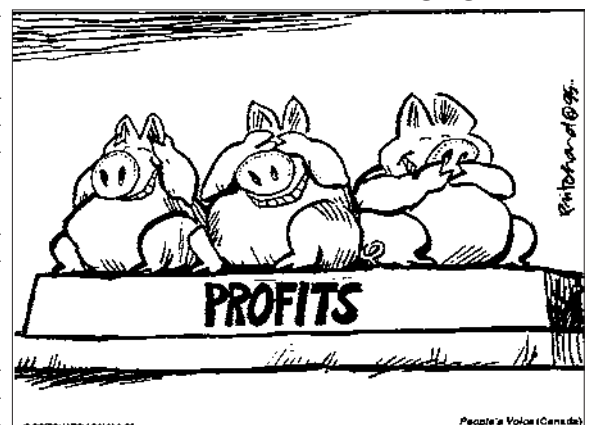
dingungen zu schaffen und zu sichern, die ihre Auftraggeber in Konzernzentralen und Bankenkonsortien fordern – ohne daß diese mit dem Ergebnis jemals ganz zufriedenzustellen wären.

Wie immer auch politische Konstellationen in einer kapitalistischen BRD aussehen mögen – in jedem Falle besitzt die Schaffung optimaler Verwertungsbedingungen für das Kapital absoluten Vorrang bei beliebigen Koalitionen, egal ob „rosagrün“ oder „schwarz-gelb“. Daß nun ausgerechnet „demokratische Sozialisten“ noch größere Freiräume für Profitstreben eröffnen könnten, dürften weder Unternehmer noch Finanzmarktakteure für bare Münze nehmen und mit Investitionseifer belohnen. Selbst wenn „regierende“ PDS-Politiker – wie in Berlin – ohne merkliche Hemmungen am Sozialabbau mitwerkeln und dafür logischerweise auch die Quittung in Form geharnischter Proteste „von unten“ erhalten. Garantiert aber wird derart „sozialistische Wirtschaftsförderung“ die PDS von ihren natürlichen Bündnispartnern in Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen abschneiden.

Sie zeitigt auch innerparteilich Wirkungen, die – um eine Formulierung von G. Zimmer aufzugreifen – „das Projekt PDS infrage stellen“ könnten. Denn die „Regierungssozialisten“ begleiten ihre demonstrative Anbiederung an das Kapital mit heftigen Attacken auf jene Kräfte in der eigenen Partei, die an sozialistischen Positionen festhalten. Deutliche Indizien dafür liefert die Debatte um ein neues Parteiprogramm. Mit ihm wollen die „Reformer“ im noch gültigen PDS-Programm enthaltene Aussagen zur Überwindung der kapitalistischen Profitdominanz loswerden.

Ob künftig Gruppen den Kurs der PDS bestimmen, denen das „Werben um das Kapital“ als politische Richtschnur gilt, oder jene, die ihre Partei als kraftvolle Opposition, als Interessenvertretung der Lohnabhängigen und Ausgegrenzten sehen wollen, wird von der Mitglieder Mehrheit abhängen. „Sozialismus“ nur noch als Etikett am Parteinamen reicht jedenfalls nicht aus, um wirklich originär zu sein.

Wolfgang Clausner



People's Voice (Canada)

## Was steckt hinter der Ignorierung des Parteialters früherer SED-Mitglieder?

# Veteran oder nicht?

Seit mehr als 54 Jahren bin ich organisierter Kommunist. Am 22. Juni 1998 beging ich den 50. Jahrestag meines Eintritts in die SED. Ich tat es allein, mit einem Gläschen Cognac. Kein Glückwunsch kam, kein einziges Wort der Partei, der ich jetzt angehöre, der DKP. Dabei weiß ich, daß der Essener Parteivorstand an Genossinnen und Genossen, die in der Alt-BRD vor ihrer DKP-Zugehörigkeit als Kommunisten politisch organisiert waren, Ehrenurkunden für 50jährige Mitgliedschaft auszugeben pflegt. Gilt das nicht auch für diejenigen, die in der DDR der SED – der Partei des sozialistischen Aufbaus – angehörten? In einigen wenigen Fällen hat man sie wohl berücksichtigt, aber generell gilt eher das Prinzip, den Mitstreitern im Osten nur die Jahre ihrer politischen Tätigkeit in der DKP selbst anzurechnen. Auf entsprechende Anfragen gab es keine Antwort. Die im Januar 1990 in Berlin gegründete KPD handhabt das anders. Sie rechnet die Gesamtdauer der Organisiertheit an. Was schließlich die PDS betrifft – bei ihr gibt es tatsächlich keine ideologische Kontinuität der Jahre in einer marxistisch-leninistischen Partei und der Zeit, die darauf folgte. Dennoch – auch hier ist man in dieser Frage nicht kleinlich.

Doch zurück zu meinem eigenen „Fall“. Die Nichtachtung meines langen Parteilebens durch die DKP-Führung empfinde ich als eine Herabsetzung. Warum diese Distanz zu einem Kommunisten aus der SED? Warum ist man nicht froh, am Erfahrungspotential früherer SED-Mitglieder partizipieren zu können? Na gut, ich habe die Niederlage 1989/90 mit etlichen Beulen überstanden, habe mich nicht von ihr beirren lassen, obgleich meine Partei, meine Heimat und viele Freunde verloren gingen. Da werde ich eben auch diese Diskriminierung wegstecken, denke ich heute.

Bei manchen, die wie ich Ende 1989 – nach dem sogenannten Sonderparteitag – die SED-PDS unter Protest verließen, gibt es in der Parteizugehörigkeit eine Lücke. Wohin sollten wir gehen? Die SEW hatte sich aufgelöst, die DKP zeigte uns anfangs die kalte Schulter. Im Januar 1990 druckte das ND eine kleine Meldung. Es sei von der Partei erklärt worden, die DKP habe „nicht die Absicht, sich nach dem Osten auszudehnen“. Als dann ganze Heerscharen von Profiteuren und Politikern aus dem Westen über uns herfielen, bekundete die DKP-Führung zunächst kein Interesse an der Aufnahme von SED-Genossen. Ihre einzige Bezirksorganisation, die sich sofort für die Vereinigung mit den Kommunisten im Osten aussprach, war Nordbayern. Sie wurde bald darauf – nicht nur aus diesem Grunde – zum Schweigen gebracht. Aber das Dilemma der PDS-Führung hat doch schon damals gezeigt, daß die Distanzierung von DDR und SED niemanden auf die Siegerseite zu führen vermochte. Das einzige, was diese zögerliche Haltung bewirkte, war, daß viele Kommunisten der DDR sich gar nicht mehr organisierten und in die „innere Emigration“ gingen.

Vielleicht waren auch meine Erwartungen einfach zu hoch, hatten doch die Genossen

der DKP zunächst mit sich selbst zu tun. Ihnen ging es um die Erhaltung der bloßen Existenz ihrer Partei. Doch erwies sich die in der ersten Zeit praktizierte Beschränkung auf die Alt-BRD nicht als schwerer Fehler? Hat die damalige Ausgrenzung von DDR-Kommunisten der DKP nicht bis heute großen Schaden zugefügt?

Warum schwirren mir diese Gedanken ausgerechnet im Dezember 2002 durch den Kopf? Verlauf und Ergebnisse des 16. Parteitags der DKP – vor allem die Zurückweisung den Osten der BRD wirklich repräsentierender Genossinnen und Genossen, die für den Parteivorstand kandidierten – haben erneut Verbitterung bei mir ausgelöst. Es bestärkt sich jetzt, daß die Distanzierung von den Kommunisten im Osten kein Zufallsirrtum der ersten Stunde, kein Fehler der Anfangszeit war, sondern bis heute Bestandteil des gestörten Verhältnisses einiger Parteiführer zu SED und DDR, zur bisherigen sozialistischen Revolution überhaupt ist. Unsere von der Mehrheit des alten PV zurückgewiesene These, die DDR sei die bisher größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse gewesen, schließt natürlich die Verleugnung der Mitgliedschaft in ihrer marxistisch-leninistischen Partei mit ein. Der Irrtum mancher Genossen besteht in der Verkennung einer fundamentalen Tatsache: Nicht Ost oder West, nicht DDR oder

BRD, nicht SED oder DKP bestimmten die Meinungsverschiedenheiten vor und auf dem 16. Parteitag, sondern diese oder jene Haltung zum Marxismus. Es geht also nicht um einen geographischen, sondern um einen ideologischen Konflikt.

Es erfüllt mich mit Genugtuung, daß sich immer mehr DKP-Mitglieder und folglich auch Parteitagsdelegierte auf solide marxistische Positionen stellen, Vorlagen der Führung stärker auf deren diesbezüglichen Gehalt prüfen, sich nicht länger von angeblich moderner Verbalistik täuschen lassen. Ihnen wird offensichtlich klar, daß die Vertreter des „modischen“ Sozialismus nichts Neues anzubieten haben. Sie mögen Lenin nicht und wärmen statt seiner Kautsky und andere auf, versehen sie mit neuen Etiketten. Doch solcherlei „Gedankenreform“ ist auf Sand gebaut.

Zurück zum Ausgangspunkt: Auch wenn in meinem DKP-Mitgliedsbuch als Eintrittsmonat der Februar 1993 steht, zähle ich mich mit einer 54jährigen Parteizugehörigkeit zu den Veteranen der Bewegung. Mit so viel kommunistischem Selbstbewußtsein sollte der Essener PV bei allen, nicht nur bei den alteingesessenen (BRD-)Mitgliedern der DKP rechnen, bei den alten und den jungen. Die Scham wegen der Niederlage wird den Stolz auf das Geleistete nicht erdrücken. **Norbert Pauligk**

### Was Gorbatschow im März 1993 im französischen Fernsehen von sich gab

## Interview mit einem Aal

*Michail Gorbatschow war nicht nur – nach Judas – der größte Verräter der Geschichte, er war und ist auch einer der infamsten Heuchler. Im folgenden bringen wir das Interview mit einem Aal – oder einer Schlange.*

*Am 10. März 1993 – als sich Gorbatschow bereits voll entlarvt hatte – veröffentlichte die ukrainische Zeitung „Rabotschaja Gaseta“ das Stenogramm eines vom französischen Fernsehen ausgestrahlten Gesprächs mit einem Meister des Lavierens und Hakenschlagens. Sie stellte den von Wadim Fomenko präsentierten Beitrag unter die Überschrift „Hält sich Gorbatschow für einen Kommunisten?“*

*Hier das Interview:*

### **Herr Präsident, halten Sie sich noch für einen Kommunisten?**

Ich habe mehrere Jahre meine Anstrengungen darauf gerichtet, die Partei auf den Weg demokratischer Reformen zu bringen ...

### **Ja, das ist allen bekannt. Aber halten Sie sich bis jetzt für einen Kommunisten?**

Ich habe immer an die Millionen Mitglieder der KPdSU gedacht, ehrliche Menschen, die aus Überzeugung zur Partei gekommen sind ...

### **Daran zweifelt ja keiner. Aber halten Sie sich bis jetzt für einen Kommunisten?**

Nach dem Putsch, der für mich ja ein großes persönliches Drama wurde, konnte ich mich nicht mehr mit der Struktur der alten totalitären Macht verbunden fühlen ...

### **Das bedeutet, Sie konnten sich nicht mehr mit der Partei verbunden fühlen.**

### **Also – Sie halten sich nicht mehr für einen Kommunisten?**

Ich bin gegen den Antikommunismus ...

### **Ich auch, obwohl ich kein Kommunist bin. Aber halten Sie sich für einen Kommunisten?**

Ich bin gegen die Entfaltung einer „Hexenjagd“ ...

### **Natürlich. Aber halten Sie sich für einen Kommunisten?**

Ich trete für die Weiterentwicklung des demokratischen Prozesses ein ...

### **Hervorragend! Aber halten Sie sich bis jetzt für einen Kommunisten?**

Ich bin für ideologische und geistige Freiheit ...

*Bemerkung Wadim Fomenkos: Muß das noch kommentiert werden?*

**Übersetzung: Dr.-Ing. Peter Tichauer**

**Malabarba und Fuwa als ideologische Leuchttürme?****Opportunistische Schimäre**

Eine Schimäre ist ein Fabelwesen der griechischen Mythologie, im übertragenen Sinne aber ein Hirngespinnst oder Trugbild der Phantasie. Was aber hat das mit Opportunismus zu tun? Warten wir es ab. Nach dem 16. Parteitag der DKP haben sich einige Genossen in der Essener Hoffnungstraße weit aus dem Fenster gelehnt. Zunächst verlegten sie sich auf Delegiertenschele. Die Abgesandten der Gruppen, Kreise und Bezirke hätten ihre Schularbeiten nicht gemacht, schrieb die UZ, da sie außerstande gewesen seien, die ihnen in Düsseldorf vorgesetzte „Handlungsorientierung“ zu verabschieden. Der Spieß wurde also einfach umgedreht: Statt selbstkritisch danach zu fragen, warum es das Sekretariat nicht vermocht hatte, dem Parteitag ein politisch, inhaltlich und sprachlich akzeptables Papier zu unterbreiten, sollte dem höchsten Organ der DKP nun ein Strick aus seiner souveränen Entscheidung gedreht werden, das dürre und dürftige Dokument abzulehnen. Bald darauf ging Parteivorsitzender Heinz Stehr noch einen Schritt weiter: Der Parteitag habe „im Politischen, aber auch in manchem Wahlergebnis Polarisierung und Tendenzen zur Verfestigung von Meinungsströmungen“ gezeigt, verteilte er auf der 1. PV-Tagung schlechte Noten. „Überdenken“ und „Veränderungen in der Herangehensweise“ müßten bei „vielen Beteiligten“ jetzt einsetzen. Wer ist da wohl gemeint? Kritische, warnende, alternative Ideen anbietende Stimmen, Genossen aus dem Osten, rebellische Bezirke, junge Leute? Wie inzwischen zu erfahren war, soll Genosse Stehr jene, die seine Auffassungen nicht teilen, sogar als „Fraktionäre“ bezeichnet haben. Ein Damoklesschwert?

Von wem geht die kritikwürdige Vorgehensweise eigentlich aus? Jedenfalls machen sich nicht wenige DKP-Genossen Sorgen über den Lauf der Dinge. Nachdem vor Monaten Luigi Malabarba, ein italienischer Teilnehmer an der Internationalen Konferenz der DKP, in der UZ als das Non-plus-Ultra linker Ideologie präsentiert worden war (als Quintessenz seines Beitrags erwies sich das Verlangen nach Aufgehen der traditionellen kommunistischen Parteien in einer nichtmarxistischen heterogenen Bewegung), wurde nun der bereits früher berühmte japanische KP-Vorsitzende Tetsuzo Fuwa abermals ins Spiel gebracht. Unter der Überschrift „Sozialismus durch Marktwirtschaft“ veröffentlichte das Blatt der DKP Auszüge aus einer Rede des Politikers, der sich stets durch prononcierten Antisowjetismus zu profilieren versucht hat.

Unter Fehlinterpretation des chinesischen „Modells“, das von einer sozialistischen Marktwirtschaft nur unter der ausdrücklichen Bedingung einer bereits errichteten und intakten demokratischen Diktatur des Volkes (wie in China die politische Herrschaft der Werktätigen be-

zeichnet wird) ausgeht, propagiert Fuwa den Weg zur sozialistischen Machtverringung über die Marktwirtschaft. „Wenn in entwickelten kapitalistischen Ländern wie Japan Regierungen etabliert (!) werden, die sich das Ziel setzen, den Sozialismus aufzubauen und Fortschritte in dieser Richtung machen, werden sie das tun, indem sie einen sozialistischen Sektor innerhalb der Marktwirtschaft entwickeln. Die Rationalität und Überlegenheit dieses sozialistischen Sektors wird ... durch die Marktwirtschaft getestet werden“, verkündet Fuwa.

Zugleich nutzt er einmal mehr die Gelegenheit, sich an der Sowjetunion und ihren sozialistischen Umgestaltungen abzureagieren. Er nennt die „sogenannte Kollektivierung der Landwirtschaft“ eine „Methode der erzwungenen Eintreibung von Getreide“. Seit den Tagen der NÖP habe die „Politik, den Sozialismus über die Marktwirtschaft zu erreichen, in der Sowjetunion kein Comeback mehr erlebt“. Allein unter Gorbatschow sei ihre Einführung „wieder viel diskutiert“ worden. (Von der systematischen Zerschlagung des Sozialismus durch Gorbatschow und seine Clique spricht Fuwa nicht.) China und Vietnam gingen jetzt den Weg der Marktwirtschaft, führt er weiter aus, ohne die realen Machtverhältnisse in den beiden asiatischen Ländern, die erst bei der Errichtung von Grundlagen des Sozialismus sind, auszuleuchten. Hier regieren und herrschen nämlich seit langem kommunistische Parteien.

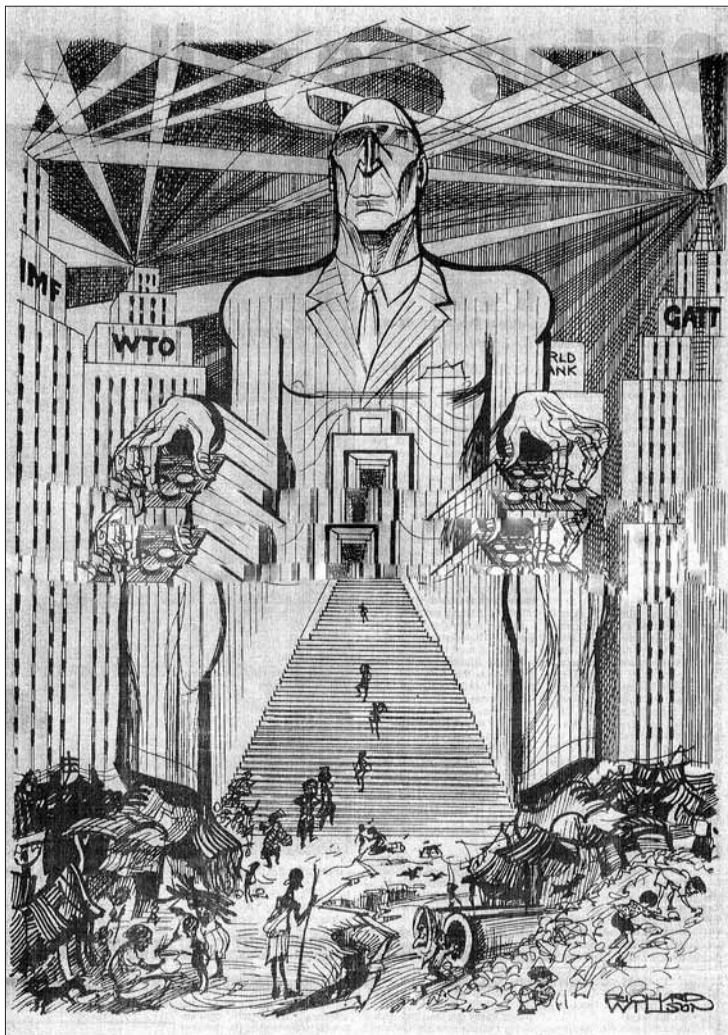
Fuwa greift auch die marxistisch-leninistische Erfahrung, nach der Eroberung der politischen Macht die ökonomischen Kommandohöhen (Schwer- und Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen, Transportwesen, Energieversorgung usw.) zu besetzen und in Staatsbesitz zu halten, mit der Bemerkung an: „Welche Rolle die ‚Kommandohöhen‘ spielen,

hängt von den jeweiligen historischen Bedingungen des betreffenden Landes ab.“

Im allgemeinen sei stets „das Urteil des Marktes sinnvoll, um Arbeitsproduktivität oder Unternehmensleistungen abzuschätzen oder miteinander zu vergleichen“. Die „Planwirtschaft nach Sowjetstil“ habe „ein totales Fiasko erlitten“. Der „grundlegende Kurs, durch eine Marktwirtschaft zum Sozialismus zu kommen“, werde sich hingegen als „Gemeingut in vielen Ländern“ erweisen, versichert der KPJ-Vorsitzende. Er vermeidet jeden Hinweis auf die unerläßliche revolutionäre Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, insbesondere in einem hochentwickelten imperialistischen Land wie Japan. Offenbar schwebt dem fernöstlichen Vertreter des Rechtsopportunismus das berühmte „friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus via Parlament“ vor. Eine Schimäre!

Erst Malabarba, jetzt Fuwa. Wie sollen sich die Leser der UZ bei solchem ideologischen Wirrwarr eigentlich darauf einstellen, ihr kommunistisches Bewußtsein zu schärfen? Treten hier fraktionelle Kräfte auf den Plan, die die DKP von ihrem bewährten marxistischen Kurs abbringen wollen?

**Konrad Strehl**



## Berliner RF-Genossen waren in der Regionalgruppe Hamburg zu Gast

# Ein produktives Treffen

Am 6. 12. 02 bekamen wir Besuch von Armin Neumann und Klaus Steiniger. Dies hat uns sehr gefreut, auch weil es bei dem Arbeitsaufwand und der ökonomischen Situation beider keine Selbstverständlichkeit ist. Unsere Gruppe war fast vollständig anwesend, was sonst aus Arbeitsgründen meist nicht gelingt. Auch ein langjähriger Genosse der Hamburger DKP, in deren Räumen wir tagen durften, nahm an dem Treffen teil. Er empfand es als äußerst fruchtbar. Dies war ein guter Anlaß für uns, die Berliner Gäste etwas näher kennenzulernen, Fragen zu stellen und eine Reihe von Problemen aufzuwerfen. Zunächst machte uns Genosse Steiniger mit allen Autoren und Mitarbeitern, die uns aus dem „RotFuchs“-Impressum bekannt waren, etwas näher vertraut. Diese Mannschaft mit ihrer vielfältigen und hochkarätigen Ausbildung hat uns stark beeindruckt. Viele aus unserer Gruppe fragten sich unwillkürlich: Wie wären meine politische Geschichte und mein persönliches Leben in der DDR verlaufen? So entstand der Wunsch, unsere teils schon 30jährige eigene Kampfgeschichte und unsere Biographien in der BRD darzustellen.

Eingehend diskutierten wir über die Arbeit der Regionalgruppen, die im Sinne der Vereinssatzung eigenständig tätig sind und in ihren jeweiligen Bereichen volle Handlungsfreiheit besitzen. Armin Neumann wird unserer Hamburger Gruppe künftig mit Rat und Tat als Ansprechpartner der Zentrale zur Seite stehen. Wir freuen uns sehr über diesen Kontaktmann! Ein weiteres Gesprächsthema war die noch aktivere Verbreitung der Zeitung, die mittlerweile 7 000 ständige Leserinnen und Leser mit Informationen und Analysen versorgt. Es muß aber weitergehen, und so kamen natürlich auch noch bestehende Schwächen des RF zur Sprache. Da fehlen z. B. kontinuierliche Beiträge zur Jugend, und es gibt bisher keine zu Frauen. Über den zweiten Punkt debattierten wir länger, auch weil Frauen in der Regionalgruppe Hamburg prozentual stärker als in anderen Gruppen vertreten sind. Wir Hamburgerinnen kommen aus der fortschrittlichen Frauenbewegung; deshalb ist uns eine öffentliche Diskussion über diese Thematik sehr wichtig. Leider können wir die Situation der Frauen in der DDR nicht annähernd so gut darstellen, wie das frühe-

ren DDR-Bürgerinnen möglich sein müßte. Alle waren sich darin einig: Es ist wünschenswert und notwendig, daß sich Autorinnen aus der DDR zu Wort melden. Nicht zuletzt drehte sich die Diskussion auch um den 16. Parteitag der DKP. Der anwesende Hamburger Genosse dieser Partei meinte, wenn Kommunisten und Sozialisten aus West und Ost miteinander sprächen, fänden sie bei gleicher Wortwahl oft keine gemeinsame Sprache, da man zwar dasselbe sage, aber etwas anderes meine. Daraus ergaben sich dann Mißverständnisse. Allerdings kamen wir zu dem Schluß, daß die Ursachen für die Abgrenzungshaltung mancher Funktionäre gegenüber Ost-Genossen wohl doch anderswo zu suchen sind. Alles in allem war es ein sehr erfolgreiches, herzliches und produktives Treffen. Die Regionalgruppe Hamburg wird gezielt darum bemüht sein, ihre Basis zu verbreitern. Gerne hätten wir die beiden Berliner Genossen ein ganzes Wochenende bei uns behalten. Sie mußten aus guten Gründen jedoch am selben Abend wieder fahren.

**K. W. für die Regionalgruppe Hamburg**

## Iris Rudolph flog für den RF zur „Straight Left“-Conference

# Eine Reise nach London

Als ich aus der Londoner U-Bahn stieg, schrillten Sirenen durch die Untergrundröhren, durchbrochen von einer eindringlichen Stimme, die ständig eine Warnung wiederholte. Ich verstand nur: „Immediately!“, Unverzüglich! Alles um mich herum rannte in Richtung Ausgang. Draußen angekommen, belagerte eine Menschentraube mehrere um Ölfässer, in denen Flammen loderten, versammelte fire-fighters – Feuerwehrleute. Ich gesellte mich zu ihnen, um zu erfahren, was eigentlich los sei. Diese Menschen standen im Kampf. Ihre Gewerkschaft streikte schon seit Tagen landesweit für höheren Lohn. Die Leute aus den U-Bahn-Gängen zu scheuchen, war nur eine vorbeugende Maßnahme, erfuhr ich. Denn bräche Feuer aus – die fire-fighters kämen nicht. Na, das fängt ja richtig an, dachte ich. Ich war für den „RotFuchs“ zur Jahreskonferenz der sozialistischen Zeitung „Straight Left“ (Konsequent links) nach London eingeladen. Das erste Mal in der Stadt an der Themse, wo ein heftiger Dialekt gesprochen wird, verstand ich mit meinen Schulkenntnissen anfangs nur wenig; doch es reichte, um mich zu dem Hotel durchzufragen, in dem ich untergebracht worden war. Am nächsten Morgen wurde ich in der Universität, wo die Konferenz stattfand, herzlich von Pat Turnbull in Empfang genommen. Sie ist Redakteurin von „Straight Left“, eines zwar kleinen, aber feinen Blattes britischer Antiimperialisten. Ich „kannte“ sie bereits von Telefongesprächen

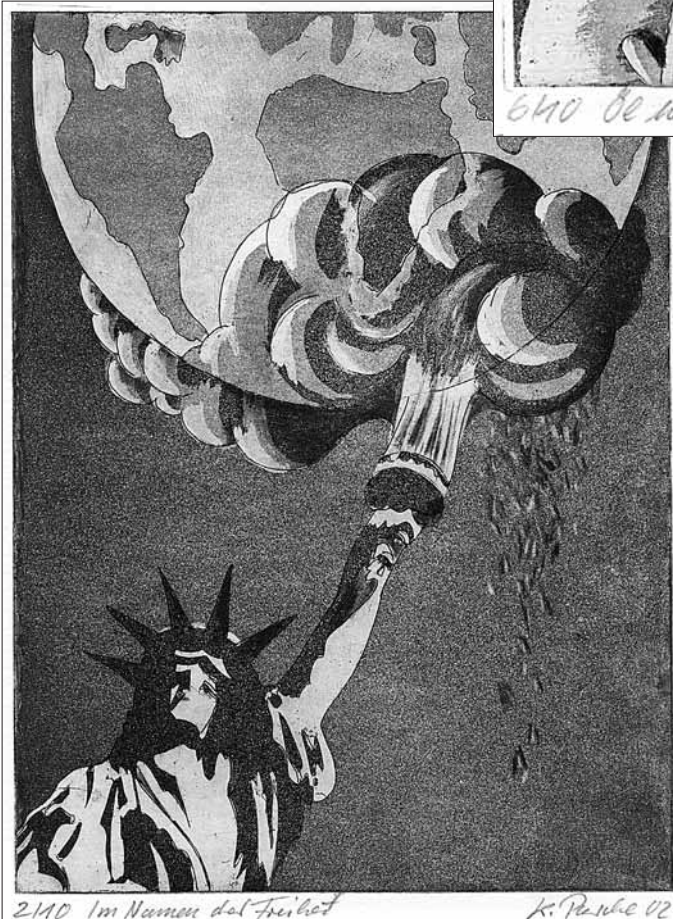
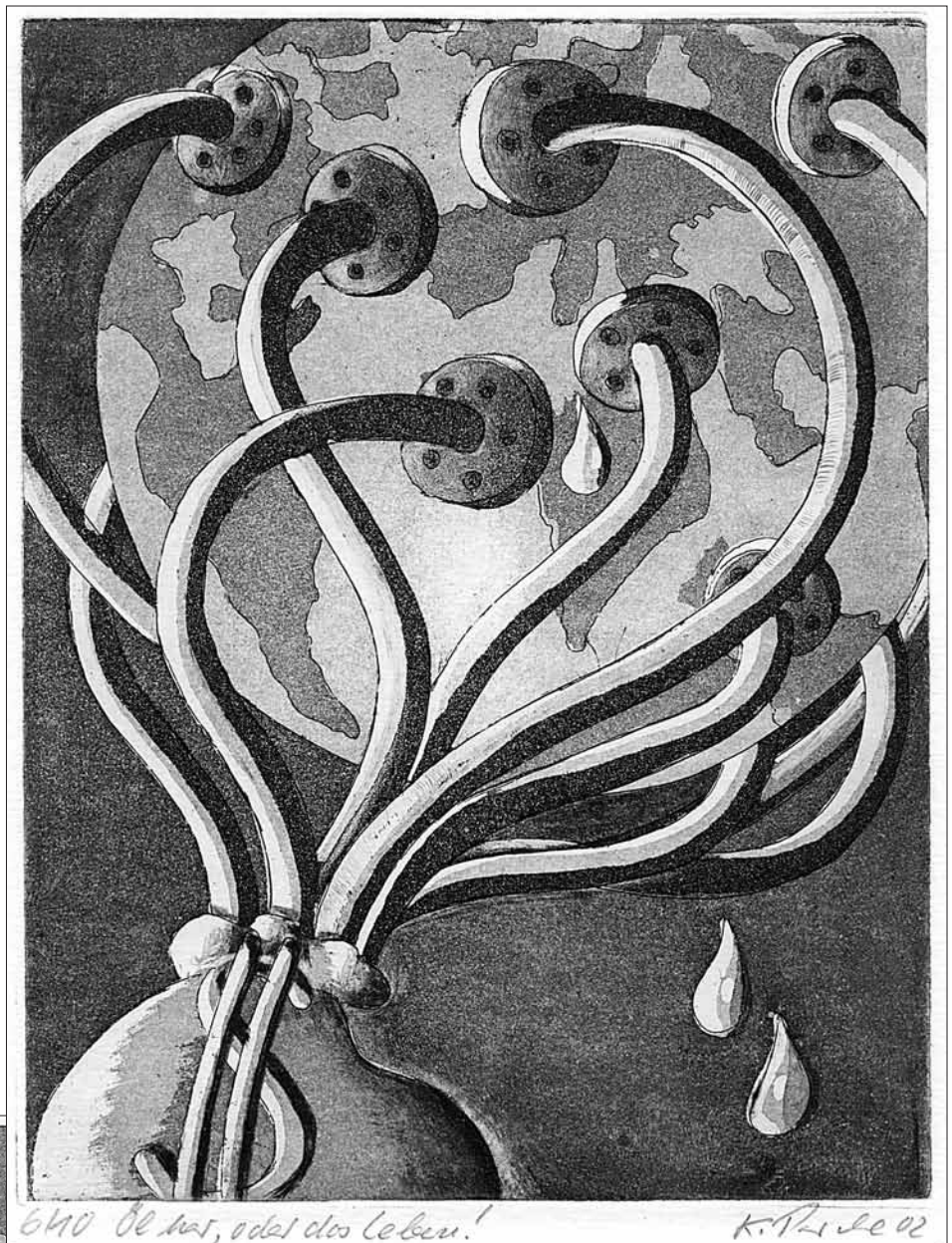
her. Ihr Deutsch ist vorzüglich, immerhin hat sie ein paar Jahre in der BRD gelebt. So fiel die angespannte Wachsamkeit und Konzentration eines in unbekanntem Territorium befindlichen „einsamen Kundschafers“ von mir ab. Hier war ich unter Gleichgesinnten! Ich sah mich um. Die ersten, die ich erblickte, waren Feuerwehrleute in ihrer Berufskleidung. Sie saßen zwischen den anderen in den Reihen, die junge Generation war gut vertreten, Frauen so viele wie Männer. Bei den ersten beiden Vorträgen mußte ich mich zunächst hineinhören. Mit großer Sympathie wurde Tony Benn empfangen. Er war Mitglied des britischen Unterhauses und Cabinet Minister, führte jahrzehntelang den linken Labour-Flügel an, ist noch heute eine Ikone der britischen Gewerkschaftsbewegung TUC. Auch Andy Gilchrist, dem Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehrleute, wurde herzlich applaudiert. Nach der Pause hatte ich dann kaum noch Sprachschwierigkeiten. Wahrscheinlich lag es daran, daß ich inzwischen mit einzelnen Konferenzteilnehmern diskutiert hatte, so daß sich Gehirn und Ohren auf diese Töne umstellen konnten. Bald verstand ich auch, worüber sich die Konferenzteilnehmer trotz der ernstesten Thematik zu amüsieren schienen. Es war der feine britische Humor, die hintergründige Ironie. Im Unterschied zu mir bisher bekannten Veranstaltungen wurde hier eine geschliffene, oft bildhafte Sprache gebraucht, die, wie man mir versicherte, auf den Inseln besonders gepflegt und

kultiviert wird. „Der britische Imperialismus“, sagte z. B. George Galloway, Mitglied des Parlaments, als er über den Irak sprach, „sieht sich gern zum US-Imperialismus in einem Verhältnis wie die antiken Griechen zum Römischen Reich“. Die Amerikaner machten sich keine Vorstellungen von den realen Verhältnissen im Nahen Osten. Ein Krieg gegen den Irak würde den Vereinigten Staaten weit mehr zu schaffen machen, als sie in vorweggenommenem Siegesrausch vermuteten. Ich kann nicht alles wiedergeben, was mich auf der „Straight Left“-Conference beeindruckte, bereicherte und stärkte. In dem work-shop, in dem ich selbst sprach (ohne die angebotene Dolmetscherhilfe von Pat, die mir während der gesamten Tagung beruhigende Unterstützung und warmherzige Begleitung gab, in Anspruch nehmen zu müssen), wurde vor allem danach gefragt, wie sich die Menschen aus der DDR unter den Bedingungen des Anschlusses an den Kapitalismus zurechtfinden. Pat meinte nachher zu meinem Beitrag und den Antworten, die ich in der Diskussion gab: Sie hätten die Teilnehmer zum Nachdenken angeregt. Ja, das war auch für mich das Ergebnis dieser Konferenz: Neue Argumente und die Erfahrung der Entschlossenheit, mit der britische Sozialisten gegen den weltweiten Imperialismus Front machen, nahm ich mit nach Hause. Der „RotFuchs“ besitzt in London einen sehr schätzenswerten Freund und Partner.

**Iris Rudolph**



Unser Leser Klaus Parche ist Grafiker und lebt in Hintersee bei Ueckermünde. Zu DDR-Zeiten machte er sich mit eindrucksvollen Plakaten und Illustrationen einen Namen. In den letzten Jahren wählte er vor allem Landschaften als Motive seiner Arbeit. Jetzt ist er zur politischen Grafik zurückgekehrt. Die Drohung eines neuen großen Krieges der Imperialisten treibt ihn um. Dem „RotFuchs“ stellte er die beiden hier reproduzierten Radierungen zu diesem Thema zur Verfügung. Er nannte sie „Im Namen der Freiheit“ und „Öl her oder das Leben!“ Wir stellen die Werke des Künstlers vor und erhoffen uns eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit mit Klaus Parche.



# Klaus Parche

## Zur geschichtlichen Rolle von Johannes Paul II.

# Ära und Aura eines Papstes

Zweifellos gehört Papst Johannes Paul II. zu den bedeutenden historischen Persönlichkeiten unserer Zeit, und als solche muß er auch beurteilt werden.

Karol Wojtyla wuchs als Waise im polnischen Vorkarpatenland auf. Die Bevölkerung dieses Landstrichs ist besonders religiös und politisch konservativ. So nimmt es nicht wunder, daß er die Religiosität seiner Heimat als Richtlinie für ganz Polen und die Welt empfand. Sie durchzusetzen war er ein Leben lang hartnäckig bestrebt. Dazu paßte Polens römisch-katholische Kirche, aus der er kam und der er mit ganzer Kraft diente. Sie ist bis in die heutige Zeit eine unerbittliche und intolerante Machtkirche, in der Atheismus und geistige Liberalität als Teufelswerk gelten. Die Kirchenhierarchie wähnt sich über allen gewählten Institutionen des Staates und der Gesellschaft und maß sich an, die höchste moralische Autorität des Landes zu sein.

Dennoch unterscheidet sich Wojtyla in vielen Fragen wesentlich von anderen polnischen Kirchenfürsten. Er ist gebildeter, klüger, einfühlsamer, geschickter, diplomatischer, aber auch konsequenter, zielstrebig und offensiver als mancher in Polen zum Kardinal Gewordene. Mehr als sie besaß er immer ein unwiderstehliches Charisma, das nicht den geringsten Zweifel an ihm aufkommen ließ, seine Auftritte zu perfekten theatralischen Aufführungen gestaltete und einen tiefen Eindruck nicht nur auf Gläubige machte.

Das kam nicht von ungefähr. Schon als Junge hatte er gute Kontakte zu den Bauern und „kleinen Leuten“ seiner Gebirgsheimat. Eigentlich wollte Karol nicht Priester werden. Literat oder Schauspieler schwebte ihm vor. So begann er kurz vor Kriegsbeginn an der Krakówer Universität ein Studium der polnischen Sprache und Literatur. Nebenbei schrieb er Gedichte und Theaterstücke. Aufgrund der faschistischen deutschen Okkupation mußte er sich als Arbeiter seinen Lebensunterhalt verdienen. Dadurch lernte er eine ihm bisher unbekannte Klasse und spätere Zielgruppe seiner missionarischen Arbeit kennen. Gleichzeitig nahm er am Untergrundhochschulwesen (christliche Philosophie) und am verbotenen Kulturbetrieb teil. In einem illegalen Laienspieltheater trat er als Darsteller auf.

Seine Entwicklung hätte sicher einen anderen Verlauf genommen, wäre nicht Kardinal Sapieha auf ihn aufmerksam geworden. Er nahm Wojtyla unter seine Fittiche und ermöglichte ihm eine Ausbildung zum Priester. Adam Sapieha entstammte einem alten Magnatengeschlecht, hatte vor dem Krieg so manchen Strauß mit der bürgerlichen Staatsmacht – vor allem mit Marschall Pilsudski – ausgefochten und war auch im besetzten Polen der faktische Kirchenführer, den selbst die Okkupanten in Rechnung stellen mußten. Sapieha hatte angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen nach der Befreiung durch die Rote Armee und der Errichtung der Volksmacht in Polen erkannt, daß nun ein neuer Typ von katholischen Klerikern gefragt

sein würde, wollte die Kirche ihre starke Position nicht verlieren. Wojtylas Blitzkarriere läßt den Schluß zu, daß ihn Sapieha dafür besonders geeignet hielt.

Fast zeitgleich mit der Befreiung wurde er zum Priester geweiht und beendet mit Bravour sein im Untergrund begonnenes Hochschulstudium. Sapieha schickte ihn danach zur Weiterbildung nach Rom. Hier habilitierte er sich. Später wurde er zur missionarischen Arbeit unter belgischen und französischen Arbeitern eingesetzt. Nach Polen zurückgekehrt, war er nur kurze Zeit Gemeindepfarrer. Eine Lehrtätigkeit an der Katholischen Universität in Lublin führte ihn an sein neues Amt heran. Mit 38 Jahren war Wojtyla der jüngste polnische Bischof, später leitete er als Erzbischof und Kardinal die bedeutende Kirchenprovinz Kraków.

Bemühungen der sozialistischen Staatsmacht, ihn für sich zu gewinnen und als Gegengewicht zum reaktionären Kirchenführer Wyszynski aufzubauen, scheiterten gründlich. Wojtyla profilierte sich als scharfer Kritiker von Fehlern in der staatlichen Kirchenpolitik. Seine Entwicklung verlief nun zweigleisig: Einerseits war er der zweithöchste Kirchenmann im Lande und wurde zum Leidwesen der Warschauer Parteiführung schon als der künftige Primas Polens gehandelt; andererseits hatte er sich auch in Rom längst einen Namen gemacht. Seine engen Verbindungen zu den westdeutschen Kardinälen verschafften ihm eine zusätzliche Lobby am Heiligen Stuhl.

Im Herbst 1978 wurde aus Karol Wojtyla dann Papst Johannes Paul II. Bis heute wird viel darüber spekuliert, welche Kräfte hinter seiner Wahl standen und wie gerade er auf den Stuhl Petri gelangte. Mit Gewißheit hat USA-Präsident Carters Chefsicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, selbst Pole, dabei eine herausragende Rolle gespielt. Er soll die amerikanischen Kardinäle für die Lancierung dieses Kandidaten interessiert haben.

Wojtyla erwies sich als Papst der antisozialistischen Konterrevolution. Um 1975 befand sich der Weltsozialismus auf seinem Höhepunkt. Linke Kräfte waren in einigen Regionen auf dem Vormarsch. Vietnamesische Kommunisten hatten die letzten US-Soldaten hinausgeworfen. In Afrika etablierten sich Staaten mit nichtkapitalistischer Orientierung, in Europa fielen die faschistischen Diktaturen Portugals und Griechenlands, im Nahen Osten wurde Israel erstmals militärisch in die Schranken gewiesen, auf Kuba ging es vorwärts und in Westeuropa konnten kommunistische Parteien auf ihren gewachsenen Einfluß verweisen. Die europäischen sozialistischen Länder hatten ein relativ hohes Niveau erreicht und nach hartnäckigen Anstrengungen gewisse Fortschritte für Frieden und Entspannung durchsetzen können. Im Zentrum des Kontinents war das Westberlin-Problem in bestimmtem Maße entschärft und selbst die BRD zur De-facto-Anerkennung der DDR gezwungen worden. Das alles waren empfindliche Schläge gegen den Weltimperialismus.

Doch nun kam die Zeit der Revanche. Die Juni-Unruhen 1976 in Polen machten einmal mehr deutlich, daß das zweitgrößte sozialistische Land Europas das schwächste Kettenglied des Warschauer Vertrages war. Hier setzte man an, und Wojtyla fiel in diesem Kontext ein besonderer Auftrag zu. Richtig sah man im Westen voraus, daß ein polnischer Papst die Rolle der katholischen Kirche als nahezu unangreifbares antikommunistisches Bollwerk weiter stärken, Partei und Staatsmacht aber in äußerster Schwierigkeiten bringen würde. Durch seine kirchliche und weltpolitische Stellung wäre der Papst eine Art legaler Schutzpatron aller antisozialistischen Kräfte in Polen. Die Papstwahl sollte auch loyalen Bürgern Volkspolens suggerieren, daß ihr Land, mit dem es der Westen gut meine, weltweit aufgewertet würde. Man war davon überzeugt, daß die polnische Konterrevolution ungeahnten Auftrieb erhalten müßte. Bei Gelingen sollte Polen als Signal zu weiteren Schlägen in den sozialistischen Ländern dienen. Bei Mißlingen hätte sich der Papst zum hochrangigen Verteidiger verletzter Menschenrechte aufschwingen können.

In der Tat war Wojtyla dazu bestens geeignet: Sein sprachliches Talent, seine genante in Szene gesetzten Auftritte, seine große Ausstrahlung sowie die Fähigkeit, sich auf ein Publikum aus Arbeitern und Bauern einzustellen, erzielten Wirkung. Sein Renommee als habilitierter Hochschullehrer verschaffte ihm auch unter der polnischen Intelligenz eine außergewöhnliche Autorität. Die in den Korridoren des Vatikans gesammelten Erfahrungen hatten aus ihm einen äußerst geschickten Diplomaten gemacht, der es verstand, auch gegenüber den Vertretern sozialistischer Länder und vor allem Volkspolens Illusionen über seine wahren Absichten aufkommen zu lassen. Waren es früher die Berge Südpolens, so war es nun die ganze Erde, die er bereiste. Damit machte er lange Jahre nicht nur einen äußerst dynamischen Eindruck, sondern konnte auch persönlich „nach dem Rechten sehen“ und gegebenenfalls – wie in Nikaragua – linksgerichtete Priester abkanzeln und schwankenden Klerikern die Linie vorgeben. Dennoch erkannten selbst überzeugte Katholiken hinter der Maske des leutseligen Papstes einen Menschen, der seine anachronistischen Vorstellungen immer schlechter zu kaschieren vermochte.

Heute ist Johannes Paul II. ein körperlich gebrochener und auch psychisch stark gezeichneter Mann. Seine Ära ist fast vorüber, seine Aura wird bleiben.

**Stefan Warynski**

Wir betrauern das Ableben des am 29. 11. 2002 verstorbenen Leipziger Kommunisten und Mitglieds des „RotFuchs“-Fördervereins

### **Genossen Bernhard Paul**

Von der Adenauer-Justiz verfolgt, kämpfte er in der KPD, später in SED und DKP, mutig und ideenreich gegen den deutschen Imperialismus. Wir gedenken seiner in Ehrfurcht.

## Betreiben BRD-Parteien Spionage- und Diversionen zentralen im Ausland?

# Was gewisse Stiftungen anstiften

Ende Dezember meldeten in- und ausländische Medien, beim türkischen Staatsgerichtshof sei ein Prozeß gegen deutsche Stiftungen wegen „Spionage und staatszersetzender Tätigkeit“ angelaufen. Unterdessen spitzte sich die Situation dadurch zu, daß der die Vorwürfe erhebende Hauptzeuge – ein türkischer Journalist – unter mysteriösen Umständen auf offener Straße erschossen wurde. Wie verlautete, soll die Regierung in Ankara am Lostreten der Lawine nicht interessiert sein, da ihre künftige EU-Mitgliedschaft dadurch zusätzlich gefährdet werden könnte. Betroffen sind nämlich die nach Friedrich Ebert, Heinrich Böll, Konrad Adenauer und Friedrich Naumann benannten Stiftungen, die der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP „nahestehen“, sowie das Orient-Institut der BRD und eine private Organisation. Für die insgesamt 15 Angeklagten, darunter ranghohe deutsche Leiter der erwähnten Institutionen, fordert der Staatsanwalt Haftstrafen zwischen 8 und 15 Jahren. Zwar wies das Fischer-Ministerium die erhobenen Vorwürfe als „haltlos“ zurück, doch war zu deren Inhalt kein Wort zu erfahren.

Hier soll gewiß nicht der türkische Staat gerechtfertigt werden, der Millionen Kurden verfolgt und diskriminiert, politische Gefangene foltert und mordet, Gegner des Regimes einfach „verschwinden“ läßt. Doch die BRD scheint beim Versuch, das Land für die Interessen des deutschen Imperialismus paßfähig zu machen, mit einflußreichen Kreisen der Türkei in Konflikt geraten zu sein.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gab zu den Beschuldigungen eine süßliche Erklärung über die eigene „konstruktive, integrative, dem inneren und äußeren Frieden förderliche Tätigkeit“ ab. Sie endete mit dem Satz: „Der absurde Vorwurf der ‚Spionage‘ wurde gegen die Friedrich-Ebert-Stiftung bislang nie erhoben – mit Ausnahme von Stasi-Chef Mielke in der früheren DDR.“ War er wirklich der Einzige?

„Stiftungen müssen ... ihr Geld auf eine Weise vergeben, die anderen Organisationen nicht möglich ist. Sie müssen Risiken eingehen, denen weder Regierungen noch Einzelpersonen oder andere Institutionen gewachsen wären.“ So charakterisierte Henry Heald, einst Präsident der Ford Foundation, Ende der 60er Jahre das Kerngeschäft solcher auch vom eigenen Konzern betriebenen Einrichtungen.

Wie die anderen Parteistiftungen wurde die schon 1925 gegründete FES ab 1945 nach USA-Vorbild strukturiert. Geleitet von SPD-Spitzenfunktionären und jeder Kontrolle durch die Parteibasis entzogen, arbeitet sie mit Geldern des Staates und der SPD sowie „Spenden der Industrie“. Auf internationaler Ebene entfaltete die FES ihre Aktivitäten in dem Maße, in dem sich der deutsche Imperialismus wieder auf andere Länder stürzen konn-

te. In den 60er Jahren wuchs ihre Bedeutung aber auch dadurch, daß die amerikanischen Stiftungen (Ford, Rockefeller, Carnegie u. a.) mit dem Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen verbundenen „Risiken“ nicht mehr überall „gewachsen“ waren. Zum Leiter der Internationalen Abteilung der FES wurde nun ein professioneller Spion ernannt: Stephan Grzeskowiak alias Stephan G. Thomas. Er war zuvor der Boß des berüchtigten „Ostbüros“ der SPD gewesen, das vor allem gegen die DDR gearbeitet hatte.

Hinter der vorgetäuschten Zielstellung, „Verständigung zwischen den Völkern“ zu fördern sowie „begabte in- und ausländische Studenten“ zu unterstützen, wurde die FES ein operatives Instrument zur Infiltration, Diversion, Ausspähung und Zerschlagung antiimperialistischer Kräfte. Zwar gilt dies auch für die Stiftungen der anderen Parteien. Doch die sozialdemokratische ist besonders effektiv, weil sie historisch und politisch-ideologisch zur Linken gerechnet wird.

Hier kann nicht auf die Schulungen, Medienprojekte und anderen Programme zur Heranbildung von Kadern oder die rege Arbeit zur Propagierung der antikommunistischen Totalitarismuskonzepte eingegangen werden. Einige Beispiele sollen jedoch zeigen, wie die FES sowohl als Ideologieschmiede im Geiste Eberts und Schumachers wirkt als auch als Exportunternehmen konterrevolutionärer Konzepte dient. Nach dem Suharto-Putsch 1965 war die FES maßgeblich am Aufbau der faschistischen „Gewerkschaften“ Indonesiens beteiligt, die aktiv an der Ausrottung Hunderttausender Kommunisten des Landes teilnahmen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) wagte sich auf diesem Gebiet fast noch weiter vor: Sie bezahlte den „Gewerkschaftsverband“ CVT des südvietnamesischen Marionettenregimes, dessen Milizen im Krieg gegen die Nationale Befreiungsfront (FLN) eine besonders üble Rolle spielten.

1974/75 kümmerte sich die FES um Schritte zur Liquidierung der portugiesischen Revolution. Die von Mário Soares geführte Sozialistische Partei aus Intellektuellen und Kleinbürgern ohne Kontakte zur Arbeiterbewegung Portugals war 1972 in einem FES-Objekt zu Bad Münstereifel gegründet worden. Mit viel Geld und Technik ausgerüstet, blies die von FES-„Beratern“ angeleitete Partei schon zwei Jahre später zum Kampf gegen die PCP Álvaro Cunhals, die Bewegung der Streitkräfte (MFA) und die einheitliche Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindi-

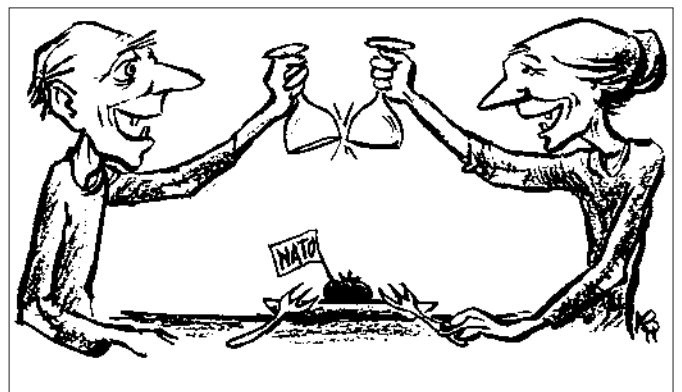
cal. Man habe, heißt es im FES-Jahresbericht 1975, mit den „Freunden und Partnern im schwerbedrängten Portugal besonders intensiv und eng zusammengearbeitet ...“.

Nicht anders sah die Schöpfungsgeschichte der spanischen Sozialdemokratie aus: Auch Felipe Gonzalez und seine PSOE sind Kreationen aus der Retorte der FES. Im Lande selbst waren sie während des Kampfes gegen die Franco-Diktatur bedeutungslos, offiziell zwar verboten, zuletzt aber sogar in Halblegalität geduldet. Während spanische Kommunisten in der BRD bis 1975 die Verfassungsschutzkollaboration mit Franco fürchten mußten, richtete die FES der PSOE Ortsvereine in deutschen Städten ein, um – so deren Münchener Chef Herrero im Mai 1975 – „Dämme gegen den Linksextremismus zu errichten“. Bekanntlich gelang das mit der sogenannten Transformation, die Francos Staatsapparat nahtlos in die „Demokratie“ überführte.

Daß die KAS der CDU und die Hans-Seidel-Stiftung der CSU in Angola die UNITA-Mörderbanden des Jonas Savimbi unterstützten, verwundert nicht weiter, standen sie doch auch in Portugal an der Seite der äußersten Reaktion um den konterrevolutionären Putschisten António de Spínola. Der „Bayernkurier“ feierte 1975 die Fortsetzung des schmutzigen Krieges portugiesischer Antiguerilla-Spezialisten gegen die MPLA auf Savimbis und Holden Robertos Seite. Seit Anfang 1975 jedoch trafen führende FES-Funktionäre mit Savimbi und anderen hohen UNITA-Vertretern mehrfach sowohl in Bonn als auch in der FES-Niederlassung in Lusaka zusammen. An mindestens zwei dieser Runden war der SPD-Geheimdienstexperte Wischniewski beteiligt.

Der FES-Stützpunkt in der sambischen Hauptstadt wurde später zu einem Zentrum von Aktionen auch gegen die südwestafrikanische SWAPO. Mit einem FES-Projekt zur Ausbildung von SWAPO-Kadern wurde versucht, die Befreiungsbewegung Namibias zu infiltrieren und von ihrem antiimperialistischen Kurs abzubringen.

**Werner Hoppe**



**Festessen aus Anlaß der NATO-Aufnahme Bulgariens**  
Grafik: Wesselin Natschew

**Aus einem neuen Buch des „Krupp-und-Krause“-Autors Gerhard Bengsch**

## Der Handelsreisende

In dreizehn Kapiteln erzählt der Schriftsteller Gerhard Bengsch Gespenstergeschichten von gestern und heute, die er auf Reisen durch die Bundesrepublik zusammengetragen hat. Hier ein Auszug aus seinem neuen Buch „Geisterstunde“ (Spotless-Verlag 2003, 144 S., 5,10 Euro), auf das wir noch zurückkommen werden.

Der Abendwind trägt Kühle von der Elbe herauf. Im Torgauer Informations-Center erkundigen wir uns nach Übernachtungsmöglichkeiten. Die jungen Damen drücken uns eine Liste mit Hotels und Pensionen aus. Annabella entscheidet sich für den „Goldenen Anker“, weil ihr der Name gefällt. Sie hat die richtige Wahl getroffen. Hier übernachtet und ißt man preiswert und gut.

Nach dem Abendbrot setzt sich ein Handelsreisender zu uns, der für eine württembergische Firma Wasserbetten, Reformmattentzen und gesundheitsfreundliche Bettwäsche vertritt. Herr F. hat einen schlechten Tag hinter sich, sein Auftragsbuch ist leer geblieben. Den Torgauern fehlen keine Wasserbetten, sondern Arbeitsplätze.

Herr F. stammt von hier, war früher im Flachglaskombinat beschäftigt. Mit früher bezeichnet er sein voriges Leben: Sachbearbeiter, Fachgebiet Export, verheiratet, zwei Kinder, Neubauwohnung, Schrebergarten am Stadtrand, Ferien an der Ostsee, manchmal am Balaton oder in der Hohen Tatra.

„In den ersten Jahren mit dem Trabi, später mit dem Wartburg, Camping-Anhänger hintendran. War ‚ne schöne Zeit.“

Er möchte uns zu einem Schnaps einladen. Wir bleiben bei unserm Wein. Herr F. macht den Eindruck, daß er sein Geld zusammenhalten muß. Zum Abendbrot hatte er Bratkartoffeln mit Sülze, billiger war nichts zu haben.

Der Kellner kommt mit fragendem Blick vorbei. Herr F. bestellt sich einen Doppelten und ein großes Pils und schwärmt von seinem letzten Camping-Urlaub mit der Familie an der Müritz. Stockend erzählt er seine Geschichte. Aus dem Flachglaskombinat, einem modernen DDR-Betrieb mit mehreren tausend Beschäftigten, wurde ein Privatbetrieb mit ein paar hundert Leuten. Herrn F. bescherte die Wende Arbeitslosigkeit. Nach vergeblichen Versuchen als Gelegenheitsarbeiter und Verkäufer wurde er Vertreter. Erst für ein badisches Weingut, dann für einen niedersächsischen Hersteller von Pinseln und anderen Malerartikeln. Ein paar Musterpinsel habe er immer noch im Kofferraum. Gute Ware, China-Import. Er verschüttet das Bier, es ist nicht sein erstes. Der Kellner bringt ihm ein neues und wechselt die Tischdecke.

Herr F. zeigt uns Campingfotos. Das Zelt, der Wartburg mit dem Anhänger, davor die Familie in einträchtiger Umarmung. „Vorbei“, sagt Herr F., „wir haben uns getrennt.

Das Herumreisen mit dem Wein und den verdammten Pinseln war wohl ein Fehler. Meine Frau wohnt jetzt in Dresden, ich bin nach Beeskow gezogen. Kennen Sie Beeskow? Kleinstadt in der Mark. Langweilig. Bettwäsche brauchen Sie nicht zufällig? Oder Reformmattentzen?“

Er möchte seine Vertretertasche mit den Katalogen aus dem Auto holen, läßt es dann aber bleiben und bestellt sich den nächsten Doppelten. „Bis Anfang der 90er Jahre hatte Torgau 24 500 Einwohner“, sagt er. „Wieviel schätzen Sie, sind es jetzt?“ „Keine Ahnung.“ „Noch knapp 19 500. Die Jugend haut ab. Wenn das so weitergeht, wird Torgau ‚ne Rentnerstadt.“

Er versinkt in Schweigen. Wir zahlen, gehen auf unser Zimmer und blättern in bebilderten Broschüren aus der Nachwendzeit Torgaus. Textprobe aus dem Jahre 1991: „Husarenkmal im Beisein zahlreicher Torgauer Bürger neu eingeweiht. Mit großer Anteilnahme verfolgten nicht

nur die aus allen Himmelsrichtungen angereisten Angehörigen des 10. Reiterregiments die feierliche Neueinweihung des Husarenkmal, das sich in neuem Glanz präsentiert und nach jahrzehntelanger Ignoranz durch die damals Herrschenden wieder zum Ausgangspunkt für die Pflege alter Traditionen geworden ist. Zu zahlreichen herzlichen Begegnungen kam es beim Kameradschaftsabend im Großen Saal des Torgauer Rathauses. Bewegte Worte sprach Prinz Georg Wilhelm von Hannover, einst selbst Abteilungsadjutant im 10. Torgauer Reiterregiment.“

Die Jugend haut ab, dafür kommt ein Prinz – na bitte!

Mitternachts poltert der Handelsreisende die Treppe hinauf. Er wohnt im Zimmer nebenan. Die Wände sind dünn. Er streift die Schuhe ab, läßt sich schwer aufs Bett fallen und flucht vor sich hin. Dann wird es still. Beinahe unheimlich still.

**Spieren Sie auch für Kommunisten?**

## Wladimir und Olga

In den zugigen und eiskalten Gängen der Berliner U-Bahn begegnen wir Virtuosen aus Osteuropa. Vor Laufpublikum spielen sie für ein paar in die Schale geworfene Cents oder Euros ihr faszinierendes Repertoire alter und neuer Meister. Folklore klingt auf. Oft hört man russische und ukrainische Lieder, schwermütig und beschwingt. Vieles wird in unserer Erinnerung zurückgeholt. Als es die Sowjetunion mit ihren phantastischen Chören, Orchestern und Tanzensembles noch gab, stand eine ganze Republik in ihrem Bann. Jetzt treffen wir Verdiente Künstler der UdSSR und einzelner Sowjetrepubliken, akademische Musiker mit Rang und Namen, weil zu Hause arbeitslos und ohne jedes Einkommen, irgendwo an einer Ecke in Deutschland. Ihr Lohn: nicht viel mehr als eine warme Mahlzeit. Sie wohnen in irgendeiner unbeheizten Absteige, um das wenige Zusammengesparte nach Hause schicken zu können.

So traf Günter auf Wladimir und Olga. Der Historiker aus Poltawa und seine mandeläugige Partnerin – zwei Künstler, nach denen sich in einer geordneten Welt jedes professionelle Orchester die Finger lecken würde – machten, halberfroren, U-Bahn-Musik. Lange hörte ihnen der Berliner DKP-Vorsitzende zu. Die Gefühle – Ergriffenheit, Trauer und Zorn – kämpften in ihm miteinander. In einem Pausengespräch fragte er Wladimir unverwandt: „Würden Sie auch für Kommunisten spielen?“ Der sympathische Ukrainer mit dem kleinen Oberlippenbart bejahte. So kam es, daß die beiden, die mit einer zeitlich befristeten Aufenthaltsgenehmigung in Berlin leben, auf der hauptstädtischen DKP-Feier zum 85. Jahrestag der Oktoberrevolu-

tion auftraten. Ihre Anwesenheit war die Sensation des Abends. Auch diesmal spielten sie – die Geigerin und der Gitarrist – Musik aus ihrer Heimat, dann aber vor allem sowjetische Melodien und internationale Arbeiterlieder. „... Denn es gibt kein anderes Land auf Erden ...“ Vielen traten Tränen in die Augen.

Wochen später, beim 65. Geburtstag von Günters Lebensgefährtin Bruni, der in einem Pankower Lokal mit Volksnähe begangen wurde, waren Olga und Wladimir die Ehrengäste. Günter erzählte dort ihre Geschichte. Von der Gala direkt auf die Straße hatte sie der Sieg der Konterrevolution geführt. „Das verdanken wir Gorbatschow“, sagte Wladimir bitter. Erneut klangen jene Weisen auf, die ergriffen und in allen Gästen des Abends tiefe Emotionen weckten. Zum Schluß wurde die Internationale gespielt. „Wir fühlen uns bei Euch wie in der eigenen Familie“, bedankte sich der Genosse aus der Westukraine, und er fügte hinzu: „Wir wünschen Euch Optimismus. Denn Kommunisten brauchen ihn.“

**Alfredo**

### Drei Lügner im Himmel

Ein Jäger, ein Angler und ein Politiker wollen in den Himmel gelangen. Sagt der Engel: „Auf dem Weg dorthin durchquert ihr einen Sumpf. Und je nachdem, wie viel ihr in eurem Leben gelogen habt, steckt ihr mehr oder weniger tief im Morast.“

Der Angler sinkt bis zu den Knien ein. Neben ihm der Jäger. Dem reicht der zähe schwarze Schlamm nur bis zu den Knöcheln.

„Das verstehe ich nicht. Du hast doch mit deinem Jägerlatein bestimmt nicht weniger gelogen als ich“, meint der Angler. „Sicher“, erwidert der Jäger, „aber ich stehe auf den Schultern des Politikers.“

**Eingesandt von Gerd Brunecker**

## Über Lenin und über Leute, die sein Mausoleum schleifen wollen

# Zwischen Kremlmauer und Schuschenskoje

*Der Vorsitzende des ZK der KP der Russischen Föderation, Gennadij A. Sjuganow, würdigte unlängst im Gespräch mit einem „Prawda“-Korrespondenten die Bedeutung Lenins als Theoretiker und Praktiker, Stratege und Taktiker der bolschewistischen Partei. Wir veröffentlichen einige seiner Bemerkungen.*

Lenin war ein genialer Theoretiker. Wenn man sieht, wie sich heute der Planet entwickelt, spürt man seine Analyse des Imperialismus und seine Schlußfolgerungen in der Praxis. Und das von ihm geschaffene System der Volksmacht? Und die NÖP? Ist sie nicht gegenwärtig genauso aktuell wie vor 80 Jahren? Lenin war ein genialer Taktiker, erfaßte aufs Feinste die Lage, begriff augenblicklich, wenn sie umschlug. Er war ein großer Stratege und Dialektiker. Er hat es verstanden, in unermeßlich schweren Zeiten und unter solchen Bedingungen alle schöpferischen Kräfte des Landes zu sammeln und zu vereinigen: Sie erinnern sich an das Bündnis mit der Bauernschaft, das mit den Soldaten und Matrosen, das mit den Ingenieuren, das mit den Wissen-

schaftlern. Auf seine Initiative und unter seiner Führung sind in kürzester Zeit zwei kardinale Pläne der Entwicklung des Landes ausgearbeitet worden – NÖP und GO-ELRO, wobei er sogar seine Opponenten und Gegner an diese Arbeit heranzuziehen vermochte. Lenin übernahm Rußland als zerfallendes, zerrissenes, erniedrigtes, ausgeblutetes Land – und er schaffte es, es zu zusammensetzen und wiedererstehen zu lassen. Als er von uns ging, hinterließ er ein Land mit einem stabilen Goldrubel und, was die Hauptsache ist, mit einer absolut klaren Perspektive.

Unlängst haben die sogenannten „Iduschije Wmestje“ (Die Zusammengehenden – eine „Jugendorganisation“ der Putin-Leute – d. Ü.), aus der Administration des Präsidenten kommend, ein rowdyhaftes, lästerliches Spektakel vor dem Lenin-Mausoleum aufgeführt. Auf einer Beratung bei Putin hat Nemzow die Idee vorgebracht, die Gräber an der Kremlmauer einzuebnen. Ihnen gefällt es nicht, daß „man“ auf dem Roten Platz „zu Gast“ ist. Aber das sind doch die ältesten Begräbnisstellen in un-

serer Hauptstadt – von der Kremlmauer bis zur Moskwa. Dreihundert Jahre sind Herrscher und Mitglieder ihrer Familien in den beiden Kathedralen des Kreml beigesetzt worden. Und durchaus nicht zufällig wurden zu Sowjetzeiten fast 400 Menschen – vom in den Oktoberkämpfen 1917 gefallenen Arbeiter über namhafte Gelehrte, Schriftsteller, Politiker und Heerführer bis zu Kosmonauten – an der Kremlmauer bestattet. Nebenan – das Grab des Unbekannten Soldaten im Alexandergarten, getränkt mit dem Blut der Heldenstädte. Nun, Herr Nemzow, und Sie schlagen vor, dies alles zu beseitigen?

Unlängst begab ich mich nach Krasnojarsk und fuhr von dort nach Schuschenskoje zu einem Meeting. An jenen Ort, wo Lenin als Verbannter gelebt hat. Alles befand sich in gutem Zustand. Die Menschen pflegen diese Stätte. Sie kommen hierher aus den entlegensten Dörfern. Während des Meetings hat es sehr stark geregnet. Aber unter Tauenden, die sich versammelt hatten, wich niemand von der Stelle.

**Übersetzung: Eberhard Bock**

## Lettische Linkskoalition jetzt zweitstärkste Kraft im Parlament

# Alfred Rubiks: Klartext

Alfred Rubiks ist der Führer der Sozialistischen Partei in Lettland. Er gehört dem Parlament an, wo die Sozialisten seit dem 5. Oktober 2002 statt ihrer bisherigen 16 jetzt 24 der insgesamt 100 Sitze halten. Bei den Wahlen wurde die seit zehn Jahren regierende reaktionäre Partei „Lettlands Pfad“ nahezu ausgelöscht. Sie erhielt, unter die 5-Prozent-Grenze gefallen, keinen einzigen Sitz. Auf den ersten Platz stieß eine erst 2001 entstandene Partei vor, die sich „Neue Zeit“ nennt und vom früheren Präsidenten der Lettischen Staatsbank, Einars Reps, geführt wird. Sie kam auf 51 % und 26 Mandate. Schon an zweiter Stelle steht die Koalition „Für Bürgerrechte in einem vereinigten Lettland“, deren prominentester Politiker Alfred Rubiks ist. Sie setzt sich besonders für die Gleichberechtigung der russischsprachigen Bevölkerung Lettlands ein, die 40 % ausmacht.

Die Sozialisten stehen für gleiche Rechte aller vor dem Gesetz, die Beachtung der Menschenrechte, eine multi-ethnische Gesellschaft, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland, militärische Neutralität und die strafrechtliche Verfolgung jener, die sich illegal in den Besitz großer Teile des Nationalvermögens gebracht haben. Die anderen Parteien im Parlament wissen, daß sich ihnen die Sozialisten nicht unterwerfen werden.

In einem Interview mit der Zeitung „Trudowaja Rossija“ (Nr. 8/2002) verwies Rubiks darauf, daß es „für die Verteidigung des arbeitenden Volkes notwendig ist, eine politische Partei zu besitzen, die auf dem Boden marxistisch-leninistischer Prinzipien steht und organisatorisch so-

lide ist“. Demgegenüber müsse „eine Vielzahl von Miniparteien, die sich mit kommunistischen Namen brüsten und eine revolutionäre Sprachgewalt pflegen, abgelehnt werden“.

Nach der Verantwortung der kommunistischen Bewegung befragt, erklärte Rubiks, der unter dem neuen Regime Lettlands sechs Jahre im Gefängnis verbringen mußte, angesichts der imperialistischen Globalisierung, die zu einer globalen Krise führe, sei es sinnlos, den „entwickelten Kapitalismus und die Methoden seines ökonomischen Managements“ nachzuahmen. Man müsse statt dessen einen „eigenen Weg zu Fortschritt, Wohlstand und einem Leben in Würde“ gehen. Das sei nur auf der Grundlage einer sozialistischen Entwicklung möglich. Dabei gehe es nicht um eine bloße Kopie dessen, was in der Vergangenheit war, sondern um die Aufrechterhaltung der sozialistischen Idee, um die Bewahrung aller positiven, praktischen Erfahrungen.

Rubiks äußerte sich auch zu den Gründen einer Teilnahme seiner Partei innerhalb des lettischen parlamentarischen Systems. Erstens diene es „als Tribüne für die öffentliche Kritik an der Regierung, an der von ihr ausgehenden Mißachtung der Volksinteressen“; zweitens sei es „eine Quelle weitreichender Information, die man für das wirksame Funktionieren des ‚Hirnzentrums‘ der Partei“ benötige; drittens erweise es sich als „Schule für die Vorbereitung von Kadern, Organisatoren und Politikern“; schließlich biete es „reale Möglichkeiten für den Versuch, Veränderungen zugunsten der Werktätigen durch-

zusetzen“. Man müsse jedoch das vermeiden, sagte Rubiks, was Lenin „parlamentarischen Kretinismus“ genannt habe.

In Lettland herrscht nach wie vor eine scharfe Diskriminierung derer, die nicht die lettische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Sozialistische Partei konnte Gesetzesänderungen erreichen, die dazu geführt haben, daß zumindest alle nach der Unabhängigkeitserklärung von 1991 in Lettland geborenen Kinder die lettische Staatsangehörigkeit erhalten. Dennoch bleiben sämtliche Einwohner, die vor dem 17. Juni 1940 – also vor der Errichtung der Sowjetmacht in der Republik – keine lettische Staatsbürgerschaft besaßen und sich erst später angesiedelt haben, ohne diese Vergünstigung. Heute sind 550 000 von 2,4 Millionen in Lettland Lebenden aus diesem Grunde keine lettischen Staatsbürger. Zur selben Zeit, zu der frühere Sowjetbürger, die 45 bis 50 Jahre in Lettland gearbeitet und zu seiner industriellen Entwicklung maßgeblich beigetragen haben, nicht in die Gesellschaft integriert werden, erhalten einstige Angehörige der lettischen Waffen-SS-Division „Daugavas vāgari“ (Falken der Dwina) zahlreiche Privilegien und Rechte. Sie beziehen sogar bundesdeutsche Pensionen für Militärangehörige, die im Zweiten Weltkrieg gegen die Alliierten gekämpft haben.

Bis heute besitzen frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei oder jene, die in ihren Organisationen einschließlich des Komsomol tätig waren, offiziell nicht das Recht, für das Parlament zu kandidieren.

Zusammengestellt und übersetzt von  
**Dr. Vera Butler, Melbourne**

## Gelöste und noch unlösbare soziale Probleme in China

# Hochgesteckte Ziele

Die Lösung sozialer Fragen steht unter den Prioritäten der Politik der KP Chinas an vorderster Stelle. Auf ihrem Ende 2002 durchgeführten XVI. Parteitag wurde festgestellt, insgesamt sei ein bescheidener Wohlstand erreicht worden. Ich kann das aus eigenem Erleben bestätigen. Die Versorgung mit Lebensmitteln und industriellen Konsumgütern ist gewährleistet, die Wohnverhältnisse haben sich wesentlich verbessert, elektrische und elektronische Geräte für den persönlichen Gebrauch sind weit verbreitet, private PKW und Reisen nehmen sichtbar zu. Der deutlich gestiegene Wohlstand ist aber immer noch durch ein niedriges Niveau, durch Unvollständigkeit und eine unausgewogene Entwicklung gekennzeichnet. Im Bericht an den Parteitag heißt es, daß „der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion“ immer noch den inneren Hauptwiderspruch der chinesischen Gesellschaft darstelle. Die Erhöhung des Lebensniveaus und der Lebensqualität des Volkes ist die zentrale Aufgabe, der sich die KP Chinas gegenübersieht.

In einer seiner ersten Sitzungen nach dem Parteitag hat der Ständige Ausschuß des Politbüros die sozialen Programme erörtert und dazu Beschlüsse gefaßt. Es wurde auf die Notwendigkeit pünktlicher Zahlung der Renten und weiterer Leistungen, auf die Bereitstellung von mehr Mitteln für die Lösung praktischer Lebensprobleme Bedürftiger, auf die Notwendigkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie auf die Sicherung der Rechte und Interessen der in den Städten tätigen Wanderarbeiter verwiesen.

Im Jahre 2002 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung mehr als 960 US-Dollar. Bis zum Jahre 2020 sollen bei einer Vervierfachung des BIP 3 000 Dollar erreicht werden, was eine wesentliche Verbesserung des Lebensniveaus der Massen zur Folge hätte.

Unter den Bedingungen der Planwirtschaft wurde in China ein zentralisiertes System der Arbeitszuweisung, Entlohnung und sozialen Sicherung praktiziert, das mit Beginn der Reformen 1978 ebenfalls verändert werden mußte. Die Beendigung der lebenslangen Bindung an die zugewiesene Arbeitseinheit und die Strukturwandlungen in Industrie, Dienstleistungsbereichen, Wissenschaft und Verwaltung führten zur Veränderung der Struktur der Arbeitsplätze, auch zu Arbeitslosigkeit. In den Städten und Gemeinden registrierte man Ende 2001 eine Arbeitslosigkeit von 3,6 %. Ein besonderes Problem ist die Unterbeschäftigung auf dem Lande. Seit Anfang der 80er Jahre wurde in den Städten und Gemeinden schrittweise ein System für Stellenvermittlung, Berufsqualifizierung und Ar-

beitslosenversicherung geschaffen. Entsprechende Maßnahmen werden jetzt auch auf dem Lande eingeleitet, um insbesondere die Probleme der Wanderarbeiter in den Griff zu bekommen.

Die Bemühungen der Regierung führten dazu, daß die Zahl der Beschäftigten in Stadt und Land seit 1968 um 328,73 Millionen zunahm, davon 144,26 Millionen in Städten und Gemeinden. Im Zeitraum von 1998 bis 2000 verloren andererseits in staatseigenen Unternehmen und staatlichen Verwaltungen insgesamt 25,5 Millionen Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz, für 16,8 Millionen wurde eine Wiederbeschäftigung ermöglicht. In den letzten über zehn Jahren sind 80 Millionen ländliche Arbeitskräfte in die Städte und Gemeinden abgewandert.

Spezielle Programme des Staates wurden für Behinderte in Kraft gesetzt. Die Beschäftigungsrate für sie stieg auf 80,7 %.

Ein Mindestlohnsystem ist im wesentlichen durchgesetzt. Tarifverhandlungen finden jetzt in über 10 000 Unternehmen versuchsweise statt. Ende 2001 erreichte das durchschnittliche Jahreseinkommen der Arbeiter und Angestellten in Städten und Gemeinden 10 870 Yuan (entspricht 1 350 – bei sehr unterschiedlichem Preisniveau im Vergleich zu europäischen Ländern). Preisbereinigt stieg das reale durchschnittliche Einkommen seit 1978 jährlich um 5,5 %.

Seit Beginn der Reformpolitik wurde schrittweise ein soziales Sicherungssystem geschaffen und vervollkommen, das Renten- und Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Sozialhilfe, Unterstützung von Kriegsversehrten und Familienangehörigen revolutionärer Kämpfer und Armeeingehöriger, Arbeitsplatzzuweisung für demobilisierte Armeeingehörige und gegenseitige Hilfe umfaßt. Allein im Jahre 2001 wurden aus dem Staats-

haushalt 98,2 Mrd. Yuan für das soziale Sicherungssystem aufgewandt.

1984 wurde begonnen, eine einheitliche staatliche Rentenversicherung einzuführen, die die Altersversorgung durch die Arbeitseinheiten ablöste. In den Rentenfonds zahlen die Unternehmen gegenwärtig 20 % der Lohnsumme und die Beschäftigten 8 % ihres Lohnes ein. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die eine Rentenversicherung abgeschlossen haben, erhöhte sich von 86,71 Millionen 1997 auf 108,02 Millionen 2001. Die durchschnittliche monatliche Grundrente stieg in dieser Zeit von 430 auf 556 Yuan. 1991 wurde begonnen, auch in ländlichen Gebieten eine Altersversicherung einzuführen.

Das Krankenversicherungssystem wurde ebenfalls reformiert. Die Betriebe und Einrichtungen zahlen 6 % der Lohnsumme und die Beschäftigten 2 % ihres Lohnes als Beiträge in die Krankenversicherung ein. Bisher sind ihr 76 Millionen Arbeiter und Angestellte beigetreten. Weitere 100 Millionen Bewohner von Städten und Gemeinden werden durch die kostenlose medizinische Versorgung erfaßt. Eine Selbstbeteiligung an den Behandlungskosten ist ebenfalls eingeführt worden.

Familien, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt, erhalten eine staatliche Grundsicherung. Diese Unterstützung bezogen 2001 insgesamt 11,7 Millionen Bewohner von Städten und Gemeinden. In den letzten Jahren wurde auch begonnen, in ländlichen Gebieten ein Absicherungssystem für das Lebensminimum einzuführen. Ende 2001 existierten 3 327 von der Regierung eingerichtete Wohlfahrtseinrichtungen, die 191 000 Personen pflegten, 35 000 von Kooperativen betriebene Einrichtungen betreuten 668 000 Personen. Besondere Unterstützung erhalten revolutionäre Märtyrer und Kriegssopfer, ihre Familien sowie demobilisierte Armeeingehörige. Diese Gruppe umfaßt gegenwärtig ca. 38 Millionen Menschen. Für Geschädigte von Naturkatastrophen wurde im Zeitraum 1996–2001 aus dem Staatshaushalt eine Summe von 21,26 Mrd. Yuan bereitgestellt. 390 Millionen Geschädigte erhielten Hilfe in Form von Nahrungsmitteln, Kleidung und Unterkunft.

In der nächsten Entwicklungsphase sieht sich China weiterhin großen und komplizierten sozialen Problemen gegenüber. Es setzt sich zum Ziel, die Arbeitslosenquote in den Städten und Gemeinden unter 5% zu halten, die verfügbaren Einkommen ihrer Bewohner und der Landbevölkerung um jährlich etwa 5 % zu steigern und auch in den Dörfern langfristig die soziale Sicherung zu gewährleisten.

Resümierend sei festgestellt, daß sich die chinesische Führung mit großem Ernst den historisch bedingten sozialen Problemen stellt und zielstrebig daran arbeitet, den ökonomischen Möglichkeiten entsprechende Lösungen zu finden. **Rolf Berthold**



Ein Jahr  
Regierung  
Karsai  
in Kabul

## Der Spielraum des venezolanischen Präsidenten wird enger

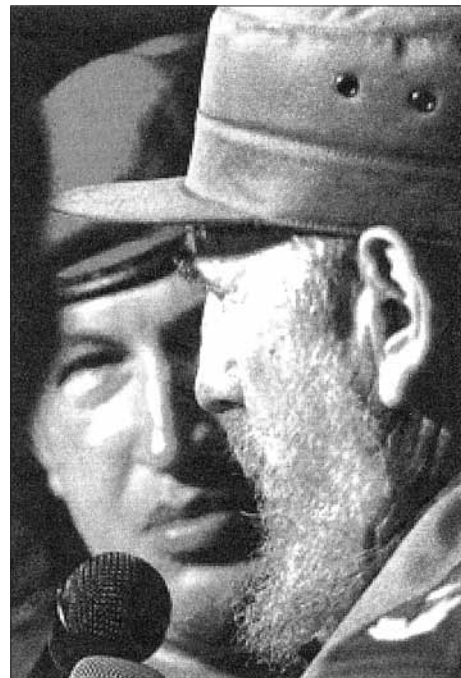
# Hände weg von Chávez!

Nach chilenischem Muster wollen CIA-Kreise im Bunde mit der venezolanischen Reaktion, in deren vordersten Reihen die Masse der Medien, die traditionellen Parteien der Bourgeoisie, die korrupte Gewerkschaftsbürokratie, Manager der nur pro forma nationalisierten Ölindustrie und die Stadtverwaltung der Metropole Caracas stehen – den linkspatriotischen Präsidenten Hugo Chávez wegputschen. Der langanhaltende Generalstreik, der die Förderung und Verschiffung im fünfgrößten Ölland der Welt für viele Wochen fast zum Erliegen gebracht hat, verfehlte dennoch die von den Rechten erhoffte Wirkung. Zumindest vorerst. Im Unterschied zur Polizei und zur Mehrheit des Justizapparates steht das Militär bisher überwiegend zum Staatschef, der sich auf die ar-

men Volksschichten und die linken politischen Kräfte, darunter die KP Venezuelas, stützen kann.

Die Vorgänge in dem bedeutenden Land Lateinamerikas sind ein Kapitel härtesten Klassenkampfes, bei dem wir uns mit Präsident Chávez, der sich ständig im Fadenkreuz imperialistischer Ultras und radikaler Kreise der einheimischen Reaktion befindet, als revolutionäre Internationalisten solidarisieren. Manchmal hat es den Anschein, als stünde der couragierte Staatschef und Freund Fidel Castros bereits auf verlorenem Posten. Denn die USA werden Venezuela als Teil ihrer „Einflußsphäre“ nicht aufgeben. Wie in Irak geht es hier um Öl, das die imperialistischen Hyänen anlockt.

R. F.



## Chefredakteur der Zeitung „Rote Fahne“ (Israel) empfangen

# Freundschaftliches Gespräch

Am 8. Dezember 2002 kam es in Berlin zu einer herzlichen Begegnung zwischen RF-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger und dem Mitglied des ZK des Israelischen Kommunistischen Forums (ICF), Ishai Kalmanovich. Der Gast stellte seinem deutschen Gesprächspartner die – wie er sagte – auch nach dem Vorbild des RF neugestaltete

ICF-Zeitung „Rote Fahne“ vor, die zunächst zweimonatlich erscheint. Ishai Kalmanovich ist als Chefredakteur bestätigt worden. Er schilderte ausführlich den schweren und ungleichen Kampf der israelischen Kommunisten – Juden und Araber –, dem die Solidarität mit dem vom herrschenden Regime unterdrückten, kämpfenden und

seine legitimen Rechte einfordernden palästinensischen Volk zugrunde liegt.

Klaus Steiniger versicherte den Gast, daß die „Rote Fahne“ der Marxisten-Leninisten Israels im „RotFuchs“ immer einen verlässlichen Freund und Partner besitzen wird.

R. F.



## SODI! Report – ein lesenswertes Blatt

# Solidarität großgeschrieben

SODI! Report – das kleine Blatt mit dem großen Inhalt – erreicht den Bezieher viermal im Jahr. Es handelt sich um die periodische Publikation des eingetragenen Vereins Solidaritätsdienst-international, den man in gewisser Weise als Fortsetzer der hervorragenden Arbeit betrachten kann, die einst von der DDR-Solidaritätsbewegung geleistet wurde. Natürlich unter völlig anderen Rahmenbedingungen. Die Zeitschrift – journalistisch gut gemacht und sauber gestaltet – führt dem um sein Mittun ersuchten Leser anschaulich vor Augen, wo deutsche Internationalisten mit

Herz und Verstand in der Dritten Welt und anderswo dringend benötigte Hilfe leisten, um das Leben von Menschen – vor allem von Kindern – zu erleichtern, Kriegsfolgen zu lindern und von imperialistischer Gewalt Betroffenen Unterstützung zu geben. Besonders eindringlich ist der Einsatz von SODI für ein Verbot von Landminen und die Betreuung von Minenopfern. Auch um Strahlengeschädigte der Tschernobyl-Katastrophe kümmert sich der Verein. Im Mittelpunkt vieler Aktionen stehen Bedürftige aus Vietnam, Laos, Kambodscha, Kuba, Belarus, Mozambique, Na-

mibia, Rußland ..., aber auch ausgebeutete Kaffeefarmer aus Mittel- und Südamerika. „Fairer Handel!“ lautet hier die Forderung von SODI. Notstände in vielen anderen an dieser Stelle nicht aufgezählten Ländern befinden sich im Blickfeld der SODI-Freunde und der Gestalter ihres Solidaritätsmagazins, dessen Lektüre wir den RF-Lesern wärmstens empfehlen.

Wer SODI! Report beziehen will, wende sich bitte an Hans-Jürgen Ebert, Grevesmühlener Straße 16, 13059 Berlin. R. F.

## *Strategische Anleihen Scharons bei der Apartheid-Politik*

# Bantustans für Palästina

Seit dem durch den späteren israelischen Premierminister provozierten Beginn der zweiten Intifada (Ariel Scharon betrat am 28. September 2000 provokativ den für die Moslems heiligen Boden auf dem Jerusalemer Tempelberg, was die palästinensische Erhebung auslöste) lassen täglich Schlagzeilen über Terror und Vergeltung aufschrecken. Die Mehrheit der Israelis unterstützt offensichtlich Scharon und verurteilt und fürchtet die von Palästinensern ausgehenden Anschläge. Sie wünscht sich Frieden, worunter die meisten sich nur einen Sieg über die Palästinenser vorstellen können. Diese haben in ihren Augen alle israelischen Angebote abgelehnt und mit Terror und Gewalt erwidert. Verzweiflung, Trauer und Leid im palästinensischen Volk werden von den Israelis zu meist nicht wahrgenommen.

Scharon hat seit seinem Amtsantritt im Februar 2001 eine Eskalation der Gewalt bisher nicht bekannten Ausmaßes zu verantworten. Deshalb ist es aufschlußreich, die Sicht eines kompetenten und nicht unbeteiligten Kenners der israelischen Politik auf Scharons Vorstellungen und Absichten zu erfahren. Avi Primor, führender israelischer Diplomat, 1993 bis 1999 Botschafter seines Staates in der Bundesrepublik, und heute Vizepräsident der Universität von Tel Aviv, geht in der Hamburger „Die Zeit“ (2. 10. 2002) der Frage nach, welche Strategie Scharon verfolgt. Er widerspricht der Meinung der offensichtlich wenigen Gegner Scharons, die diesem vorwerfen, „er habe keine Strategie, sondern nur eine Taktik. Er kämpfe mit allen Mitteln gegen den Terror, aber was später mit den Palästinensern geschehen solle, wisse er nicht.“

Dem entgegnet Primor: „Ariel Scharon hat aber sehr wohl eine Strategie. Eine Strategie, die er sorgfältig durchsetzt, seitdem er an die Macht gekommen ist. Es ist ihm recht, daß fast keiner darauf achtet, so vermeidet er kritische Fragen und muß sich der öffentlichen Meinung nicht stellen. Gewiß, Scharon läßt palästinensische Städte nicht nur erobern, die Truppen werden auch wieder abgezogen – manchmal mehrmals. Doch bei genauerer Betrachtung ergibt sich durchaus eine Konstante: Seit diese Regierung im Amt ist, werden die Städte der Palästinenser belagert. Fast zwei Jahre schon leben sie in diesem Zustand, und die Belagerung wird immer härter, immer unerbitlicher. Zudem werden die palästinensischen Behörden systematisch untergraben. Die palästinensische Autonomiebehörde, die dank der Osloer Verträge entstanden ist, wird schrittweise zermürbt. Warum schrittweise? Warum wird sie nicht ganz zerstört? Warum nicht ein Ende mit Schrecken statt eines Schreckens ohne Ende? Weil die derzeitige amerikanische Regierung Bush es nicht zuläßt. Zwar unterstützt sie Scharon bedingungslos, man kann sogar sagen, mit Überzeugung. Den-

noch ist Washington dagegen, daß Scharon die palästinensische Autonomiebehörde brutal zerschlägt. Der Grund: Es würde die öffentliche Meinung in den arabischen Staaten aufwühlen, und das wäre zu gefährlich für die proamerikanischen Regime in der Region. Allerdings bezeichnete der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die besetzten Gebiete erst vor kurzem als so called – sogenannte – besetzte Gebiete. Übersetzt heißt das: Scharon kann in diesen Gebieten tun, was er will, aber er muß vorsichtig und schrittweise vorgehen.“

Um die Antwort auf die Frage zu finden, wohin dieses Vorgehen der derzeitigen israelischen Regierung führen soll, muß der Blick zurück in die späten sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts gerichtet werden. Nach Israels Aggression gegen seine arabischen Nachbarn vom Juni 1967 sah es sich mit einer widersprüchlichen Situation konfrontiert. Einerseits brachte die Okkupation arabischer Territorien scheinbar größere Sicherheit. Andererseits nahm die internationale Position des jüdischen Staates, zumindest zeitweilig, beträchtlichen Schaden. So verhängte z. B. Frankreich, bis dahin wichtigster Waffenlieferant Israels, ein Waffenlieferungsverbot. In dieser Lage erhielt das Verhältnis zu Südafrika zunehmende Bedeutung, dem Land, das selbst wegen seiner rassistischen Politik von der UNO mit Sanktionen belegt war, aber gleichzeitig in großem Umfang Waffen aus Frankreich bezog. In den siebziger und achtziger Jahren, als die meisten der heutigen Spitzenpolitiker Israels bereits für die Verteidigungspolitik verantwortlich oder mit ihr verbunden waren, wurde Südafrika zum zweitwichtigsten Bündnispartner Israels nach den USA. Die Achse Tel Aviv-Pretoria war stabil bis zum Ende der Apartheid.

Avi Primor war in den achtziger Jahren Leiter der Afrika-Abteilung im israelischen Außenministerium. Er engagierte sich persönlich, u. a. gegenüber US-Außenstaatssekretär Eagleburger im Frühjahr 1983, für den Ausbau der Beziehungen zu Südafrika, „dem Staat der weißen Minderheit, versteht sich“ (so Primor). Im zitierten Beitrag räumt er ein, daß „das Apartheidssystem an sich“ für Israel auf Grund der eigenen Geschichte und Entwicklung nicht akzeptabel wäre. Dies voraussetzend bringt er aber seine Überlegungen dann auf den Punkt: „Ein Element der südafrikanischen Rassenpolitik allerdings ließe sich womöglich übertragen. Es imponiert manchen israelischen Politikern bis heute: die Politik der Bantustans, der Homelands. Das Ziel der Weißen in Südafrika war es, das ganze Land für sich zu behalten, ohne der schwarzen Mehrheit Gleichberechtigung und Bürgerrechte zu gewähren. Dafür erklärten sie kleine Enklaven mit wenigen Bewohnern zu unabhängigen Territorien und ernannten die schwarze Bevölkerung, die überwiegend weit von diesen Fle-

cken entfernt lebte, automatisch und willkürlich zu deren Bürgern. Die solcherart umzingelten Enklaven konnten natürlich nicht anders regiert werden als durch Kollaborateure. Für ein Leben in echter Unabhängigkeit fehlten ihnen alle Mittel. Und die Millionen Menschen, die zu Bürgern dieser „Länder“ erklärt wurden, wußten davon so gut wie nichts. Man kann sagen, als unabhängige Gebilde waren diese Enklaven reine Fiktion.

Auch manche Politiker des Likud und des rechten Lagers, die heute in Israel überwiegend die Politik bestimmen, wollen die besetzten Gebiete für sich behalten. Sie glauben an die Ideologie, der zufolge diese Gebiete Kernland der biblischen Königreiche des Jüdischen Volkes sind und allein Israel gehören. Dies sei, sagen sie, eine göttliche Verheißung, weshalb kein Israel das Recht habe, auf diese Gebiete zu verzichten. Das Dilemma ist nur: Wie soll man diese Gebiete annektieren, ohne der palästinensischen Bevölkerung gleichzeitig volle Bürgerrechte zu gewähren? Denn wenn die Palästinenser allesamt israelische Pässe bekämen, wäre das – schon aus demographischen Gründen – das Ende des jüdischen Staates.

Scharon hat mehrfach erklärt, er werde als erster Premierminister in der Geschichte den Palästinensern einen Staat gewähren. Dafür werde er „schmerzhafte Kompromisse“ in Kauf nehmen. Der Exgeneral und Kriegsheld meint, was er sagt. Nicht die besetzten Gebiete wird er als „Palästinenserstaat“ anerkennen – sondern die belagerten Städte, diese Enklaven, in denen Gemeinderäte aus Kollaborateuren die Bevölkerung mit dem elementar Notwendigen versorgen. Auf diese winzigen Gebiete wird er offiziell verzichten, auch wenn sie sich in dem biblischen Kernland befinden. Der Rest der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten wird zu Bürgern dieser Enklaven.“

Primor stellt abschließend die Frage, ob eine solche „Lösung“ im 21. Jahrhundert realisierbar ist. Die Antwort läßt er offen. Die Entwicklung in Südafrika zeigt, daß die „Homerule“ in den Bantustans, die Einrichtung der „Homelands“, nicht das Ende der Apartheid markierte, sondern sie zementieren sollte. Das schlug fehl.

Eine Lösung des Nahostkonflikts muß Frieden bringen – gerechten Frieden ohne Okkupation. Sie ist nur möglich mit den Palästinensern – nicht ohne sie und keinesfalls gegen ihren Willen, genauso wenig wie gegen den Willen der Mehrheit des israelischen Volkes.

Scharons Strategie folgt kolonialen Standardmodellen, wie sie die Briten in Indien und die Weißen in Südafrika und Rhodesien vorgegeben haben. Die Palästinenser sollen wie die schwarzen Südafrikaner in den Homelands Ausländer im eigenen Land sein. Diese Lösung ist nicht friedensstauglich und hat keine Zukunft.

**Bernd Fischer**



## ANC-Präsident kam mit antikommunistischen Tönen nicht durch

# Dreierallianz behauptete sich

Südafrikas Präsident Thabo Mbeki, zugleich Vorsitzender des seit 1994 regierenden Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), ist ein Renegat der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP). 1991 hat der Nachfolger Nelson Mandelas im höchsten Staatsamt der Republik die Partei zusammen mit einer Gruppe einflußreicher, zur schwarzen Bourgeoisie driftender ANC-Politiker, die heute allesamt Spitzenpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen, verlassen. Mbeki, der den ANC in der „politischen Mitte“ ansiedeln will, ist inzwischen immer akzentuierter auf antikommunistischen Kurs gegangen. Der Präsident bemühte sich seit seinem Amtsantritt darum, das Fundament des Sieges der Anti-Apartheid-Kräfte – die Dreierallianz aus ANC, SACP und der mächtigen, zwei Millionen Mitglieder (40 % aller Beschäftigten des Landes) umfassenden Gewerkschaftszentrale COSATU – zu sprengen. Mbekis Ziel ist in erster Linie die Vertreibung der gegenwärtig in etlichen Ministerien etablierten Kommunisten, die auch in Leitungsfunktionen des politisch und sozial heterogenen, eher zum bürgerlichen Lager tendierenden ANC und in den Spitzengremien der COSATU personell gut verankert sind. Gewerkschaftspräsident Willie Madisha gehört z. B. dem ZK der SACP an.

Im Vorfeld der 51. Nationalkonferenz des ANC – sie tagte vom 16. bis 20. Dezember 2002 in Stellenbosch bei Kapstadt – verschärfte Mbeki den antikommunistischen Ton, wobei er die Führer der SACP – insbesondere ihren stellvertretenden Generalsekretär und Parteitheoretiker Jeremy Cronin – als „Ultralinke“ attackierte, deren Widerstand gegen das noch unter Mandela mit dem südafrikanischen Kapital und imperialistischen Kreisen ausgehandelte Strukturanpassungsmodell GEAR und die auf gleicher Linie liegende Neue Partnerschaft für Afrikanische Entwicklung (NEPAD) nicht mehr geduldet werde. NEPAD soll der geschickt taktierenden südafrikanischen Großbourgeoisie, in deren Reihen unterdessen auch „geeignete“ Schwarze als „Partner“ aufgestiegen sind, die Führungsrolle in ganz Afrika sichern und so den Einfluß der USA und der EU verstärken.

Mbekis Auftrag besteht augenscheinlich darin, die Ära des kommunistischen Mitregierens zu beenden, in der sich auch manche SACP-Funktionäre in die gutbezahlte Beamtenschaft der Ministerien und Verwaltungen eingliedern konnten, was bei einigen dazu führte, daß sie sich von ihren marxistischen Ursprüngen lösten. Obwohl er die Kommunisten und die COSATU am Vorabend der 51. Parteikonferenz, bei der es um die Orientierung des ANC für die nächsten fünf Jahre und Neuwahlen zu den Führungsgremien ging, in einer Sendung des staatlichen Fernsehens auf rüdeste Weise angriff, den Sozialismus

als für Südafrika ungeeignetes Modell abqualifizierte und seine Verfechter als „linke Sektierer“ für verzichtbar erklärte, mußte sich der Präsident und ANC-Vorsitzende davor hüten, den Bruch schon jetzt auf die Spitze zu treiben. Die Gründe lagen auf der Hand: Der immer noch äußerst einflußreiche Nelson Mandela – selbst kein Kommunist – hatte sich mehrfach mit Nachdruck für die Aufrechterhaltung der Dreierallianz ausgesprochen.

Dennoch verzichtete Mbeki in seinem politischen Bericht an die ANC-Konferenz nicht auf die These, „weder rechtsextreme Terroraktionen noch die linke Unterwanderung der Regierung“ würden toleriert. Die Basis des ANC und die überwiegend aus ihr kommenden 3 061 Delegierten „überhörten“ solche Worte und bekannten sich eindeutig zur Fortsetzung der Dreierallianz. Zwar wurde eine Reihe prominenter Rechter, darunter antikommunistische Scharfmacher, in die etwa 60köpfige Exekutive gewählt. Aber auch führende Kommunisten wie SACP-Vorsitzender und Polizeiminister Charles Nqakula, Generalsekretär Blade Nzimande und sein Stellvertreter Jeremy Cronin zogen wiederum in den Nationalen Exekutivrat (NEC) ein. Vertreter der COSATU, die ihre Hände in Lohnkämpfen gegenüber der ANC-Regierung freihaben möchte, bewarben sich diesmal nicht um Sitze im NEC.

Ein Auseinanderbrechen der Dreierallianz würde Südafrika, wo z. Z. noch eine Sondersituation herrscht, in ein gewöhnliches kapitalistisches Land verwandeln und den ANC zum Spielball imperialistischer Mächte machen. Das Ende der als „neue Demokratie“ bezeichneten Über-

gangsphase und gewisser positiver Veränderungen in den Sozialstrukturen wäre dann gekommen, auch wenn der nach wie vor Massenunterstützung genießende ANC weiter an der Regierung bleiben sollte. Diese Gefahren sahen und verstanden offensichtlich die Delegierten der 51. Nationalkonferenz.

Ohne Zweifel ist es das Ziel der rechten Kräfte um den in Stellenbosch als ANC-Vorsitzender bestätigten Mbeki, die vorrangig an der Hautfarbe orientierte große Sammlungspartei Südafrikas nach dem Muster der westeuropäischen Sozialdemokratie umzugestalten und für den Imperialismus kompatibel zu machen. Schon jetzt bekennt sich der ANC zu enger Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Internationale. Politische Beobachter gehen trotz des Weiterbestehens der Dreierallianz davon aus, daß deren Tage gezählt sein könnten. Käme es zu einem Bruch, dann würde die SACP, die seit den 50er Jahren mit den Geschicken des ANC und seiner Befreiungsarmee Umkhonto weSizwe auf das engste verbunden ist, hart getroffen werden. Ihr Spielraum wäre dann wesentlich enger. Erschwerend käme hinzu, daß die Partei schon heute in zwei Lager zerfällt. Auf der einen Seite befinden sich gutgestellte schwarze Ministerialbeamte und „Partner“ des Kapitals aus der „Black Empowerment“-Klasse, auf der anderen die kämpferischen proletarischen Elemente der kommunistisch geführten COSATU, die sich in letzter Zeit durch eine Reihe großer Streiks – vor allem gegen die Privatisierung von Staatsbetrieben – noch stärker profiliert hat.

**Eldridge R. Jackson, Johannesburg**



**Zur Enteignung der weißen Plantagenbesitzer in Simbabwe: „Wenn man mich meinen Boden nicht mehr bearbeiten läßt, wird das Land an Hunger zugrunde gehen!“**  
(Aus „Solidaire“, Brüssel)

## Frankreichs Marxisten-Leninisten vor dem 32. Parteitag der FKP

# Hues Kurs ist gescheitert

In ihrer jüngsten Ausgabe beschäftigt sich „Initiative Communiste“ (IC) – die Zweimonatsschrift der Koordination von Kommunisten für den revolutionären Fortbestand und die leninistische Wiedergeburt der FKP (CMC) – mit der Vorbereitung des zum Frühjahr einberufenen 32. Parteitags. Von ihm werden angesichts des innerparteilichen Kräfteverhältnisses zwar keine grundlegenden Kurskorrekturen, aber eine vorsichtige Distanzierung von Teilen der gescheiterten und total diskreditierten Mutations-Politik des bisherigen Nationalvorsitzenden Robert Hue erwartet. IC ist mit 740 Abonnenten und etwa 4000 Lesern die wohl größte, in jedem Falle aber informativste Publikation konsequenter Linker in der FKP. Die CMC gehört dem viele Organisationen und Gruppen von Anti-Hue-Kräften umfassenden Dachverband FNARC (Nationale Föderation der Vereinigungen für die Kommunistische Wiedergeburt) an und spielt dort eine integrierende Rolle. Sie besteht aus in der Partei verbliebenen Genossinnen und Genossen, verteidigt das marxistisch-leninistische Erbe des Gründungsparteitags von Tours (1920) und wirkt für die Zusammenführung aller Kommunisten, die solche bleiben wollen. Ihr Ziel ist es, der von den Parteigängern der Mutation (Umwandlung) verfolgten Linie zur Liquidierung der FKP massiven Widerstand entgegenzusetzen. Nüchtern und realistisch wendet sie sich gegen die in der Partei verbreitete Illusion, die jetzt – nach dem angekündigten Rücktritt Robert Hues – kleinlauter gewordenen Chefs des zentralen

Parteiparats zum „Eingeständnis ihrer Irrtümer“, vor allem der weiteren Sozialdemokratisierung der FKP im Zuge ihrer Beteiligung an der Regierung Jospin, bewegen zu können. Die CMC kritisiert jegliche „Abkapselung in kleinen Gruppen und die im Namen von Reinheit und ideologischer Härte angetretene antidialektische Flucht nach vorn“. Den Leninisten in der FKP gehe es um Prinzipienfestigkeit ohne Sektierertum und um Aktionseinheit ohne Aufgabe grundsätzlicher eigener Standpunkte. „Die totale Diskreditierung der Hues'schen Strategie prinzipienloser Öffnung und der Verwandlung der FKP in einen Satelliten der Sozialistischen Partei hat das Grollen zahlreicher Genossen in offenen Widerspruch verwandelt, was die Führer zum Zurückweichen veranlaßt“, schreibt IC. Sie hätten auf einmal ihre antikapitalistische Rhetorik verhärtet und „vergessene“ alte Werte wiederentdeckt. Doch das sei jedoch taktische Augenauswischerei. In dem von FNARC-Sekretär Vincent Flament unterzeichneten Artikel zum bevorstehenden 32. Parteitag der FKP ist die Rede davon, Robert Hue habe in jüngster Zeit eine eigene „Linksopposition“ ins Leben gerufen, die trotz blumenreicher Phrasen in allen entscheidenden Fragen mit dem Kurs der Mutation übereinstimme. All das solle glauben machen, der Parteispitze gehe es um die Vorbereitung „eines wirklich demokratischen Kongresses“. Was die FNARC betreffe, so werde sie im Vorfeld des 32. Parteitags und auf ihm selbst ihren Platz einnehmen. Gegenwärtig

sammle sie die 200 erforderlichen Delegierten-Unterschriften, um ihren eigenen Resolutionsentwurf „Wir sind die Kommunistische Partei“ als alternativen Text einbringen zu können. Bei allem Optimismus über die veränderte Stimmung in der FKP habe die FNARC nicht die Vorstellung, daß es reale Möglichkeiten gebe, auf dem Kongreß bereits die Mehrheit für sich zu gewinnen. Alles hänge von der Art und den Inhalten des Auftretens der eigenen Delegierten ab. Man dürfe sich nicht mit halber Kritik zufrieden geben, müsse die Mutation an ihrer Wurzel attackieren und den Antisowjetismus ihrer Verfechter bloßstellen. „Unsere Parole lautet: Die FKP – das sind wir, die Kommunisten, und wir überlassen sie nicht den Liquidatoren der Mutation!“, stellte Vincent Flament fest. Bei allem Grund zum Vertrauen in die eigenen Kräfte dürfe man aber nicht die Fähigkeit des gescheiterten Apparats zu Winkelzügen und Manövern unterschätzen. Das sei die einzige Stärke, die er noch besitze. Die FNARC setze sich ohne jede Rechthaberei und ohne das Bestreben, anderen Beteiligten ihre Einschätzungen aufzuzwingen, für den Zusammenschluß breitestmöglicher Kräfte ein, wobei sie die Hauptaspekte ihres Handelns nicht preisgeben: den Kampf gegen die Kriminalisierung des Kommunismus, für den Sozialismus und das Erbe von Tours. Sie verteidige zugleich mit dem Sozialismus auch die nationale Unabhängigkeit.

**Claude Lapidier, Paris**

## „Europäische Linkspartei“ oder revolutionäre Parteien in jedem Land?

# Das Konzept Bertinottis

Am 6. Dezember 2002 erörterte die UZ Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Schaffung einer „Europäischen Linkspartei“. Der mehr als halbseitige Beitrag bezog sich auf die Beratung von Linksparteien nach dem Europäischen Sozialforum in Florenz, an der aus Deutschland DKP und PDS teilnahmen. Er gab vor allem Positionen der italienischen Partei der Kommunistischen Neugründung (Rifondazione Comunista – PRC) wieder. Autor Hugo Braun legte, wie es in der Überschrift hieß, „Hoffnungen, Zweifel und andere Gedanken zu einem notwendigen politischen Schritt“ dar. Neben sicher aufzugreifenden Anregungen enthielt der Artikel theoretische Defizite, auch sachliche Unrichtigkeiten. Der Standpunkt der PRC wurde recht einseitig abgehandelt, der mögliche Beitrag der DKP auf die Parteitagsrede Heinz Stehrs von 2000 gestützt, als ob es seitdem keine tiefgreifenden Einschnitte gegeben hätte. In erforderlicher Kürze einige wenige Anmerkungen. Daß der PRC-Vorsitzende Bertinotti als Generalsekretär vorgestellt wurde, war sicher ein harmloser Lapsus. Schwerwiegender ist es hingegen, wenn Hugo Braun die innerhalb der Berlusconi-Regierung in offenen und verdeckten For-

men vor sich gehende Faschisierung, wie in großbürgerlichen Medien üblich, lediglich als „rechte Variante“ einordnet. Politisch bedenklich auch, wenn die italienische „linke Mitte“ einfach mit „Rot-Grün auf deutsch“ gleichgesetzt wird. Ohne den Rechtskurs dieser „linken Mitte“, der den Wahlsieg Berlusconi entscheidend begünstigte, auch nur im geringsten zu verharmlösen, muß darauf verwiesen werden, daß es erhebliche Unterschiede gibt. Die wichtigsten: Den Platz der untergegangenen klassischen Sozialdemokratie nimmt in Italien inzwischen die aus der IKP hervorgegangene Partei der „Demokratischen Linken“ (DS) ein. Sie erreichte bei den Wahlen 2001 rund 16 % der Stimmen. Die PRC schloß 1996 mit der „linken Mitte“ ein Wahlbündnis, unterstützte danach bis 1998 deren Regierung und hat den Linksdemokraten im April 2002 eine neue Aktionseinheit angetragen. Nun zum wichtigsten Fakt, den Hugo Braun unterschlägt. Bertinotti hat nach Florenz die Frage einer „Neustrukturierung der Linken“ in Gestalt der PRC (2001 entfielen auf sie 5 % der Wählerstimmen), anderer Kommunisten (worunter die PdCI, die sich 1998 von der PRC abspaltete, zu verstehen ist), der linken Basismehrheit der DS und

weiterer sozialer Gruppierungen der neuen Bewegungen gestellt. Diese neue Linke könnte bei den nächsten Wahlen 15 bis 20 % der Stimmen auf sich vereinigen. Das Konzept Bertinottis zeigt, daß die PRC zu Recht davon ausgeht, daß Grundlagen für eine größere linke Kraft zunächst einmal in jedem Land selbst geschaffen werden müssen, bevor die „Europäische Linkspartei“ auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Bei Unterschieden zeigt das Projekt des PRC-Vorsitzenden eine gewisse Nähe zu den auch vom „RotFuchs“ propagierten und geförderten Bestrebungen zur breitestmöglichen Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch. Nur so könnten eines Tages Voraussetzungen für eine revolutionäre sozialistische Partei mit wirklicher Massenbasis entstehen. Dafür wäre der Beitrag existierender kommunistischer Parteien von großer Bedeutung. Leider hat die DKP dazu keine Position bezogen, um nicht von Ablehnung oder Totschweigen zu sprechen. Wird deshalb Bertinottis Konzeption in Hugo Brauns UZ-Beitrag ausgeklammert? **Gerhard Feldbauer**

**KP der Türkei verteidigt ihre schwer errungene Legalität**

# Klage beim Verfassungsgericht

In der Türkei – einem NATO-Staat mit brutalem Polizei- und Armeeterror, überfüllten Gefängnissen für politische Kämpfer der Linken und anhaltender Kurdenverfolgung – behauptet sich seit September 2001 die KP der Türkei als legale und rasch an Einfluß gewinnende Kraft. Auf dem 6. Kongreß der Partei der Sozialistischen Macht (SIP) wurde – zur Verblüffung des herrschenden Regimes – überraschend deren Umwandlung in die Kommunistische Partei vollzogen.

Seitdem hat die KP große Fortschritte gemacht. Am 29. Oktober 2002, dem Nationalfeiertag der Republik, versammelten sich Zehntausende Türken und Kurden, überwiegend junge Arbeiter und Studen-

ten zur ersten genehmigten Wahlkundgebung der Kommunisten auf dem Kadikoy-Platz im Herzen Istanbuls.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1920 war die ursprüngliche TKP – auf dem Weg nach Ankara wurden die Teilnehmer des 1. Parteitags massakriert – durch tausend Feuer grausamer Verfolgung gegangen. Sie durchlebte viele Jahrzehnte illegaler oder halblegaler Existenz, mußte unter häufig wechselnden Namen an die Öffentlichkeit treten. Mehrere bis heute nicht überwundene Spaltungen trugen überdies zu den Schwierigkeiten der kommunistischen Bewegung in der Türkei bei.

Als sich die SIP zur KP der Türkei umwandelte, sah sich die neu formierte Par-

tei einschneidenden Beschränkungen ihrer legalen Möglichkeiten gegenüber. Bis heute wird nämlich Parteien, in deren Namen das Wort kommunistisch enthalten ist, die Beteiligung an Wahlen untersagt. Die KP der Türkei hat sich dem nicht gebeugt und ist in einer Kleinstadt bei Izmir – um ihren Spielraum zu testen – mit einer eigenen Liste aufgetreten. Ihr Anfangserfolg von 5 % ermutigte sie, sich auch bei den landesweiten Parlamentswahlen zu bewerben und gleichzeitig die Aufhebung des antikommunistischen Gesetzes beim türkischen Verfassungsgerichtshof zu beantragen.

**R. F.**

**Neue US-Briefmarke erinnert an Cesar Chavez**

## Führer des Agrarproletariats



Der Name Cesar Chavez ist nicht nur für das überwiegend aus Mexiko stammende Plantagen-Proletariat im Südwesten der USA Inbegriff des Mutes und der Treue zur Sache der Ausgebeuteten. Als überzeugter Anhänger der Gewaltlosigkeit kein Revolutionär, aber ein verlässlicher Anwalt der Interessen der Armen, stand Chavez viele Jahre an der Spitze des von ihm begründeten USA-Landarbeiterverbandes United Farmworkers. In den Bundesstaaten Kalifornien, Arizona, Colorado, New Mexico und Texas wird der Todestag von Cesar Chavez als offizieller Feiertag begangen. Jetzt hat sich auch die US-Postbehörde unter dem Druck der Gewerkschafts- und Bürgerrechtsbewegung des Landes dazu entschlossen, im April – zehn Jahre nach dem Ableben des verdienstvollen Arbeiterführers – eine Sondermarke herauszugeben. Die kommunistische New Yorker Wochenzeitung „People’s Weekly World“ begrüßte die Edition.

**R. F.**



# ¡Presente!

■ In einem überfüllten Krankenhaussaal von Santiago de Cuba verhandelt am 16. Oktober 1953 ein Militärtribunal gegen einen jungen Mann. Er ist angeklagt, mit bewaffneter Hand einen Überfall auf die Moncada-Kaserne verübt zu haben. Nach der Beweisaufnahme beantragt der Staatsanwalt lapidar, in einem einzigen Satz, den Beschuldigten wegen Verstoßes gegen die kubanische Verfassung zu sechsundzwanzig Jahren Freiheitsentzug zu verurteilen. Der Angeklagte ist Jurist und verteidigt sich in eigener Sache. Er erklärt, ein Satz sei kein ausreichender Grund, um einen Menschen für ein Vierteljahrhundert hinter Gitter zu bringen. Sodann eröffnet er ein mehrstündiges Plädoyer, das die anwesenden Juristen, die Militärs und die Journalisten gleichermaßen in seinen Bann zieht. Mit der Beredsamkeit eines Volkstribunen zeichnet er das Bild eines von der Batista-Diktatur unterdrückten, ausgeplünderten und in Unwissenheit gehaltenen Volkes und bekennt, sein – wenn auch fehlgeschlagener – Angriff auf die Moncada habe das Ziel gehabt, Kuba politisch und sozial zu befreien. Er skizziert das Programm einer Revolution: Bodenreform statt Großgrundbesitz, Demokratie statt Militärdiktatur, Schulen statt Kasernen, nationale Souveränität statt Bevormundung durch die USA.



Der Redner – Fidel Castro – hebt ein wenig die Stimme. „Und denen, die mich für einen Träumer halten, möchte ich einige Worte von Martí zitieren: ‚Der wahrhafte Mann sucht eher den Weg der Pflicht als den des Vorteils, und nur derjenige ist Realist, dessen Träume von heute die Gesetze von morgen sind!‘ „ Martí sei der intellektuelle Urheber des Anschlags vom 26. Juli 1953 auf die Moncada-Kaserne gewesen, verkündet er und setzt hinzu: „José Martí ist nicht tot, er lebt in seinem rebellischen Volk, in seinem würdigen Volk, das ihm ein treues Andenken bewahrt.“ Nicht nur in Kuba, sondern weltweit kennen und verehren auch heute noch viele den kubanischen Nationalhelden, Journalisten und Schriftsteller José Martí, der vor 150 Jahren, am 28. Januar 1853, in Havanna geboren wurde und am 19. Mai 1895

im Kampf gegen die Spanier fiel. Wegen seines Kampfes für die Unabhängigkeit Kubas ständig verfolgt, verbrachte er den größten Teil seines Lebens im Ausland und widmete sein gesamtes literarisches Schaffen, zahlreiche Gedichte und Aufsätze, seinem Vaterland und der Einheit der Länder Lateinamerikas gegenüber dem US-Imperialismus.

## BUCH-TIPS

- José Martí – Mit Feder und Machete. Gedichte, Prosaschriften, Tagebuchaufzeichnungen. Rütten & Loening, Berlin 1974, 266 S.  
- Kurt Schnelle: José Martí – Apostel des freien Amerika. Urania, Jena 1981, 128 S.  
- Josef Lawrezki: José Martí. Soldat mit Feder und Gewehr. Neues Leben, Berlin 1983, 320 S., zahlreiche Abbildungen

■ Der bulgarische Filmregisseur und -autor Slatan Dudow gehörte zu denjenigen, die die Anfangsjahre der DEFA maßgeblich mitprägten. Weniger bekannt ist hingegen, daß der in Zaribrod vor 100 Jahren (am 30. Januar 1903) geborene Künstler bereits an der Wiege des proletarischen Films der Weimarer Republik gestanden hatte. Dudow begann neunzehnjährig als Werkstudent in Berlin Theaterwissenschaften zu studieren. 1927 hospitierte er bei Fritz Lang. In den folgenden Jahren produzierte Dudow Reportagefilme, in denen er das Alltagsleben der Arbeiterklasse einzufangen suchte. Sie wurden zu Vorarbeiten für den wichtigsten proletarischen Film der Weimarer Republik: „Kuhle Wampe oder Wem gehört die Welt?“ (1932) Dieser Streifen schildert in mehreren, in sich geschlossenen Episoden das harte und entbehrungsreiche Leben der Arbeiterfrauen, den Alltag des Proletariats mit allen Sorgen, Freuden und Nöten. Im Gegensatz zu anderen Filmen ließ „Kuhle Wampe“ es jedoch nicht bei einfachen Schilderungen von Dumpfheit und Perspektivlosigkeit im Arbeitermilieu bewenden. Der Film zeigte vielmehr die Vitalität, die das Leid der Menschen nicht in Hoffnungslosigkeit erstarren läßt, sondern sie zu deren Überwindung befähigt.

Die revolutionäre Kraft des Films erkannten auch die Regierenden. Zuerst versuchte man, den Film durch die Zensur zu „entschärfen“, dann wurde er ganz verboten. Schließlich mußte der Film – begehrt von der kapitalistischen Presse – zugelassen und aufgeführt werden. Obwohl Slatan Dudow und seinen Mitarbeitern nichts von der Technik der UFA-Studios zur Verfügung stand, gelang ihnen ein Film, der in der Geschichte der Filmkunst einen festen Platz einnimmt und uns durch seinen mitreißenden Schwung bis heute zu begeistern vermag.

1971 erschien im Reclam-Verlag das Protokoll des Films mit 30 Fotos und einer umfassenden Dokumentation zu seiner Entstehungsgeschichte (Notizen der Mitarbeiter, Akten der Filmzensur, Proteste, Kritiken).

Karl-Eduard von Schnitzler schrieb anlässlich der DDR-Erstaufführung von „Kuhle Wampe“ 1958 im „Film Spiegel“: ... die Schauspieler „bieten eine wirkliche Ensembleleistung und haben gemeinsam mit Au-

tor, Regisseur, Komponist und Kameramann ein Werk geschaffen, auf das die deutsche Arbeiterklasse stolz sein kann und dem nach 26 Jahren wieder zu begegnen zutiefst beglückend ist“.

Die weiteren Filme Dudows (alle DEFA) sind: „Familie Benthin“ (1950), „Frauensicksale“ (1952), „Stärker als die Nacht“ (1954), „Der Hauptmann von Köln“ (1956) und „Verwirrung der Liebe“ (1959).

■ Am Abend des 2. Februar 1943 gab das sowjetische Informationsbüro (Sowinformbüro) in seiner Tagesabschlußmeldung bekannt:

„Am 2. Februar haben die Truppen der Donfront die vollständige Liquidierung der im Raum Stalingrad eingeschlossenen deutschfaschistischen Truppen beendet. Unsere Truppen brachen den Widerstand des nördlich Stalingrads eingekreisten Feindes und zwangen ihn, die Waffen zu strecken. Der letzte Widerstandsherd des Feindes im Raum Stalingrad wurde zerschmettert. Am 2. Februar 1943 endete die historische Schlacht bei Stalingrad mit einem vollständigen Sieg unserer Truppen.“

Die 200tägige Schlacht an der Wolga war ein Ereignis von weltgeschichtlichem Rang. Werner Hoppe hatte erst im September-„Rot-Fuchs“ (S. 11) an die Schlacht von Stalingrad und ihre bis heute fortwährenden Folgen erinnert. Mit ihrem Sieg erzwang die Rote Armee nicht nur an der sowjetisch-deutschen Front, sondern im Verlauf des gesamten zweiten Weltkrieges eine grundlegende Wende zugunsten der Antihitlerkoalition.

## BUCH-TIPS

- Stalingrad. Die ersten authentischen Berichte der russischen Generäle Rokossovski, Woronow, Telegin, Malinin sowie russ. Kriegsberichterstatte. Steinberg, Zürich 1945. 256 S.

- W. Grossmann: Stalingrad. Vlg. für fremdsprachige Literatur, Moskau 1946. 100 S.

- K. Simonow: Tage und Nächte. Roman. SWA, Berlin 1947. 364 S.

- V. Nekrassow: In den Schützengräben von Stalingrad. SWA, Berlin 1948. 308 S.

- N. Wirta: Die Stalingrader Schlacht. Ein Drehbuch. SWA, Berlin 1948. 176 S.

- E. Weinert: Memento Stalingrad. Ein Frontnotizbuch. Volk und Welt, Berlin 1951. 184 S.

- H. Bergschicker: Schlacht an der Wolga. Eine Chronik in Bildern. Verlag der Nation, Berlin 1960. Großformat, 224 S.

- G. Konowalow: Die Krupnows. Stalingrad-Roman. Volk und Welt, Berlin 1972. 438 S.

- Stalingrad. Lehren der Geschichte. Teilnehmer der Schlacht an der Wolga sagen aus ... Röderberg, Frankfurt a. M./Progreß, Moskau 1979. 500 S.

- E. Bekier: Als die Wolga brannte. Kinderbuchverlag, Berlin 1977. 120 S.

- H. Bentzien: Festung vor dem Strom. Ereignisse, Tatsachen, Zusammenhänge. Militärverlag der DDR, Berlin 1986. 176 S., Fotos

W. M.

## Leserbriefe an **RotFuchs**



In den meisten Haushalten rings um die Erde erfolgt die unmerklich vollführte televisionäre Vivisektion der Gehirne. Durch Auge und Ohr wird mit modernster Fernchirurgie Denkkörperchen für Denkkörperchen schmerzlos amputiert, bis die Schädeldecke Grabgewölbe über den Leichnamen von Verstand und Vernunft ist. Wenn ich außerhalb meines in der Ära spätkapitalistischer Restauration geschmolzenen Freundeskreises herumhorche, höre ich aus den Äußerungen die Masse wieder dicht vor dem Abgrund, an dessen Rand sie 1914 und 1939 schon einmal teils gelockt, teils geschoben, teils getreten worden ist. Hat man es wieder so weit gebracht? Läßt sich der dritte weltkriegsgerische Ausbruch der Konflikte in den Konkurrenzkämpfen nun globaler Mächte um Rohstoffgebiete und Absatzmärkte, um Maximalprofit und die größeren Anteile an ihm nicht länger hegemonär von Ausgleich zu Ausgleich vertagen? Nur: Die Hochrüstung mit Waffen zur totalen Ausrottung läßt, wenn sie losgelassen, auf Erden keinen Grashalm mehr grünen, geschweige denn ein Menschenkind atmen.

**Karl Mundstock, Berlin**

Eigentlich unglaublich, daß ihnen das immer wieder gelingt ...  
Deinem Urgroßvater haben sie erzählt:  
Gegen den Erbfeind! Für das Vaterland!  
Und er hat das tatsächlich geglaubt.  
Was hat er gekriegt?  
Granatsplitter in Beine  
Und Kopp vor Verdun.  
Deinem Großvater sagten sie:  
Gegen die slawischen Horden!  
Für die abendländische Kultur!  
Er hat das wirklich geglaubt.  
Was hat er gekriegt?  
Bauchschuß und  
einen verrückten Kopp vor Stalingrad.  
Deinem Vater erzählen sie jetzt:  
Gegen die Völkermörder! Für die  
Menschenrechte!  
Für den Frieden! Unglaublich – er glaubt's.  
Was er wohl kriegt?  
Und wo wird das sein – diesmal?

Da wir vermutlich am Vorabend eines neuen Krieges stehen, habe ich das Gedicht von Franz Josef Degenhardt meinen Zeilen vorangestellt. Seit dem Krieg gegen Afghanistan habe ich keine Ruhe mehr und bin entweder ständig auf Vortragsreisen oder mit Artikelschreiben beschäftigt. (...) Euch allen wünsche ich ein schönes neues Jahr, hoffentlich ohne Krieg.

**Dr. Matin und Christine Baraki, Marburg**

Der „RotFuchs“ ist mir seit 1998 (seit meiner Haftzeit, die vom Juli 1997 bis zum 15. Juni 1999 dauerte) bis heute ein treuer solidarischer Begleiter. Ich bedanke mich für diese wertvolle Unterstützung und wünsche dem Redaktionskollektiv weitere Erfolge. Sollte es Interessenten für meinen in der dokumentarischen Schriftenreihe des Solidaritätskomitees als Heft 16 erschienenen Bericht „Ich stehe zu meiner Biographie als Offizier der Grenztruppen der DDR“ geben, dann kann diese Publikation unter den Telefonnummern 030/9 27 83 79 (Postler) oder 030/9 93 60 68 (Engst) bestellt werden. Preis: 2,50 € plus Porto.

**Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt**

Nein, die DKP ist gewiß noch keine Partei, die sich gesamtdeutsch nennen dürfte. Aber auch Deutschland ist noch nicht ein Land: 17 % Arbeitslose im Osten gegenüber 9 % im Westen, verschiedene Einkommenstarife für gleiche Berufe, Nichterfüllung von Abmachungen des sogenannten Einigungsvertrags (der ja schon ein ungleicher Vertrag war, aber doch immerhin ein Vertrag, der eingehalten werden mußte) ...

Für die bürgerlichen Parteien ist die andauernde Teilung kein Problem. Sie kamen als Eroberer, und wer sich ihnen anschließt, unterwirft sich ihrer Denkweise, weil er zu den Eroberern gehören möchte. Die CDU ist keine andere geworden, weil die ehemalige FDJlerin Angela Merkel ihr vorsteht.

Für Kommunisten ist das etwas anderes. Sie stehen in Opposition zum Kapitalismus und haben den Sozialismus als ihr politisches Ziel. Aber im Westen haben sie diesen Kampf als Abwehr gegen Ausbeutung und Imperialismus geführt, im Osten als Kampf für den Aufbau des Sozialismus. Das sind zwei sehr verschiedene Erfahrungen im Umgang mit historischen Tendenzen und Widersprüchen. Da kann nicht die eine Seite die andere aufsaugen, sie müssen sich ergänzen und befruchten und von einander lernen.

Nun leben wir, nach der Niederlage des Sozialismus, in einer brutal kapitalistischen Gesellschaft. Wie man sich in dieser Situation als Minderheit behauptet und versucht, Einfluß zu gewinnen, haben wir westdeutschen Kommunisten in mehr als 50 Jahren Nachkriegszeit geübt. Worüber man konkret zu sprechen hat, wenn man den Menschen nun erklären will, warum der Sozialismus die bessere Gesellschaft ist – das haben uns die ostdeutschen Genossen voraus. Ohne ein Bild, das wir von den Schritten zum Sozialismus und vom Beginn seines Aufbaus entwerfen, werden wir keine Massen mobilisieren.

Viele DDR-Bürger haben ihre kommunistische Perspektive nicht verloren; aber sie sind ratlos, wo sie sich politisch einbringen können. Sie könnten ihre politische Heimat in der DKP haben. Die Parteien Max Reimanns und Walter Ulbrichts haben sich nie als zwei Parteien verstanden.

Ich begreife, daß die geringe Repräsentation ostdeutscher Genossen im PV der DKP abweisend wirkt. Ich habe ja auf dem Parteitag auch nachdrücklich für die Wahl der ostdeutschen Kandidaten votiert. Aber noch sind weit mehr als 90 % der Mitglieder der DKP in Westdeutschland zu Hause. Würden die Genossinnen und Genossen im Osten sich in größerer Zahl organisieren, stiege auch ihr Anteil und ihr Einfluß in den Parteigremien. Westdeutsche Kommunisten haben 40 Jahre lang Diffamierung, Verfolgung, Berufsverbote und Gefängnis auf sich genommen, weil sie die DDR verteidigten und sich mit den Genossen in ihr solidarisierten. Wer will daran zweifeln, daß die große Masse der westdeutschen Kommunisten glücklich wäre, mit den ostdeutschen Genossen, wenn schon nicht in einem sozialistischen Staat, so doch in einer kommunistischen Partei, vereint zu sein?!

**Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Heinz Holz,  
San Abbondio, Schweiz**

In Düsseldorf habe ich am 16. Parteitag der DKP als Delegierter teilgenommen. Die wärmenden Worte der Solidarität vieler westdeutscher Delegierter für die bestimmte nicht gerade leichte Arbeit der Genossen im Osten taten mir gut. Doch mit nur zwei ostdeutschen Mitgliedern im neuen PV werden sich die den Osten betreffenden Beschlüsse des Parteitags schwer

umsetzen lassen. Der Stärkung der DKP im Osten wurde damit kein guter Dienst erwiesen. Viele Parteiorganisationen in Ostdeutschland kommen sich, gelinde gesagt, regelrecht verarscht vor, eben wie das 5. Rad am Wagen. Es fällt mir auch schwer, das den Genossen meiner Parteigruppe zu erklären. (...) Daß es in Düsseldorf zu keinem Beschluß über eine marxistisch-leninistische Handlungsorientierung gekommen ist, zeigt, in welchem Zustand sich die DKP befindet. Ihn müssen wir – Osis und Wessis gemeinsam – überwinden.

**Rolf Weinhold, Vorsitzender der  
DKP-Gruppe Hoyerswerda**

Mit der Nr. 59 des RF ist der Redaktion wieder eine besonders gute Ausgabe gelungen. Mich haben die Beiträge von Frank Mühlfeldt (S. 4), Klaus Steiniger (S. 11) und Dieter Itzerott (S. 12) angeregt, alle drei Artikel gedanklich unter einem Motto zusammenzufassen: Zurückdenken (Erinnern) – Nachdenken – Weiterdenken. Das alles auf dem unerschütterlichen Fundament des Marxismus-Leninismus.

Als Delegierter des 16. DKP-Parteitags habe ich den Artikel von Konrad Strehl (S. 5) für zutreffend; analytisch gäbe es allerdings noch mehr zu sagen. Ich hatte den Eindruck, Teile des PV und auch der Delegierten des Parteitages (vermutlich nicht die Mehrheit) aus den alten Ländern wollen uns Genossen aus dem Osten eigentlich gar nicht haben: „Noch nicht gesamtdeutsch“ ist mir da einfach zu wenig.

Mit großer Freude habe ich die Notiz über einen bulgarischen Berufskollegen, den Genossen Ratscho Ratschew, gelesen. Grüße an ihn! Nun hat man sich in Leipzig so viel Mühe gegeben und keine Kosten gescheut, um die Erinnerung an Georgi Dimitroff auszulöschen, aber (hurra!) seine Söhne und Enkel leben und sind bereit zu kämpfen.

**OMR Dr. med. Günther Lange,  
Neuenhagen**

Liebe Mitglieder der Redaktion, im Namen von Cottbusser Lesern wünschen wir Eurer kämpferischen, streitbaren Zeitschrift weiter eine erfolgreiche Arbeit zur Verteidigung linker Politik und zur Einigung aller Linkskräfte. Für das Neue Jahr weitere Fortschritte auch bei der Entwicklung des Fördervereins.

**Werner Walde, Kurt Winter, Cottbus**

(...) Ihr habt wiederholt „RotFuchs“-Lesern geholfen, mit dem Revolutionären Freundschaftsbund (RFB) bzw. mit mir Verbindung aufzunehmen. Dafür danke ich der Redaktion.

Der Leserbrief des Genossen Karl Mundstock im November-„RotFuchs“ hat mich sehr berührt. Ich möchte mit ihm in Kontakt treten.

Ich wünsche sehr, daß wir – „RotFuchs“ und RFB – uns künftig nach besten Kräften unterstützen und begleiten. Ich denke und fühle, daß wir in der gleichen Reihe stehen. Ich wünsche Euch viel Kraft für weiteres erfolgreiches Wirken.

**Gerd Hommel, Vorsitzender des  
RFB, Dresden**

Vor den Wahlen, die angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse ohnehin nicht viel bewirken, wird das Volk von allen Seiten mit Unmengen von Drucksachen übersättigt. Und was geschieht jetzt, wo wir kurz vor dem Beginn eines neuen Krieges stehen? Ist vor dem Krieg denn etwa weniger als vor Wahlen? Wo bleibt ein flammender, Herz und Verstand gleichermaßen

ergreifender Aufruf zum Handeln und zur Entlarvung derer, die dabei sind, uns in einen verbrecherischen Angriffskrieg zu verwickeln? Er müßte jeden Haushalt, jede Familie erreichen, so wie es vor der Wahl x-mal der Fall war. Wer macht dem Volk die Rechnung auf, was alles für Gesundheit, Bildung, Kultur und Soziales getan werden könnte mit dem Geld, das diese Regierung für grundgesetzwidrige Auslandseinsätze der Bundeswehr und die vorerst indirekte Unterstützung von Bushs völkerrechtswidrigem Irak-Krieg verschleudert? Wer macht denen Mut, die zwar gegen den Krieg, aber z. T. noch zögerlich sind, indem er ihnen überzeugend beweist, daß und warum Widerstand not tut und rechtens ist, daß ziviler Ungehorsam Bürgerrecht und Bürgerpflicht ist? Wer stellt jene öffentlich an den Pranger, die sich durch unterlassene oder falsche Nachrichtengebung und Berichterstattung zu Komplizen jener machen, die Unglück über unser Volk bringen? (...) Für Bier und Zahnpasta kann in jeder Zeitung unbegrenzt geworben werden. Auch für den Frieden?

**Gerhard Wetzel, Berlin**

Ich bedaure sehr, daß ich an der Lesersammlung des „RotFuchs“ aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen kann. Deshalb möchte ich auf diesem Wege allen Gesinnungsgenossen solidarische Grüße senden. Meine Bitte: Streitet vor allem leidenschaftlich darüber, was getan werden kann und getan werden muß, um – so weit wie möglich – zur Einheit aller linken Kräfte beizutragen. Sie allein wäre – weltweit betrachtet – die Gewähr für eine Wende zum Besseren. Möge uns das Jahr 2003 auf diesem Wege voranbringen.

**Dr. Gerhard Lier, Leipzig**

Auf einer Busfahrt nach Sizilien wurde mir von einem Mitreisenden der Oktober-„RotFuchs“ geschenkt. Zu Hause bin ich ziemlich spät wieder auf ihn gestoßen und habe ihn mit steigendem Interesse gelesen. Ich dachte schon, eine so klare und eindeutige Sprachregelung gebe es nicht mehr, aber im „RotFuchs“ finde ich sie. Ich lese zwar das immer opportunistischer werdende ND und die „Mitteilungen ...“, die recht zurückhaltend sind, aber das alles sagt mir nicht recht zu. Der „RotFuchs“ ist da anscheinend von anderem Kaliber, und das macht ihn sympathisch.

Meine Anfrage: Ist es möglich, den „RotFuchs“ zu beziehen, ohne Mitglied in einer Organisation oder des Vereins zu werden? Ich möchte mich vorerst nicht mehr binden. (...)

**Jörgen Hofmann, Lassin**

*Bemerkung der Redaktion*

*Jeder, der den „RotFuchs“ lesen möchte, kann ihn von unserem Vertrieb erhalten, ohne Mitglied des Vereins zu sein oder einer Organisation anzugehören.*

Klasse! Einfach Klasse! Mit einem wiederum guten Heft beschließt Ihr das Jahr 2002. Ohne einen Artikel besonders hervorzuheben – ob Itzerotts „Erfahrungen eines l. Kreissekretärs“, Hacks' Laudatio für Noll oder die internationalen Berichte – einfach gut. Wir wünschen Euch und uns für 2003 viel Schaffenskraft und weiterhin Mut.

**Rosl und Dieter Hesse, Recklinghausen**

Den „RotFuchs“ entdeckt zu haben (dank der ND-Anzeige) – das war eine Labsal, als hätte ein halbverdurstetes Kamel endlich eine Oase erreicht. Das heißt nicht (um im Bilde zu bleiben), daß mir unbedingt je-

der Tropfen schmeckt, aber jeder erfrischt, weckt Lebensgeister und macht Mut zu neuen Taten. Und genau die haben wir nötig, denn wir Alten sterben nun mal aus, müssen aber doch noch so viel Erfahrung wie möglich an die heranwachsenden Jungen weitergeben. Wo kann ich mich da einbringen?

Als ehemaligen Staatsbürgerkunde- und Geschichtslehrer bewegen mich naturgemäß jene Beiträge, die mit der Geschichte des Sozialismus im allgemeinen und der von DDR und SED im besonderen zusammenhängen. Manchmal unterliegen wir ja auch der Gefahr, bei aller notwendigen Wahrheit und Klarheit diese Geschichte in unserer Selbstreflexion etwas zu verklären. Davor ist auch der „RotFuchs“ nicht gefeit (wie ich aus diesem oder jenem Beitrag herauszulesen meine). Das Entscheidende müßte aber doch sein, aus den historischen Erfahrungen den Blick intensiver in die Zukunft zu richten und in diesem Sinne Schlüsse zu ziehen, Handlungsimpulse zu setzen, taktische und strategische Orientierungen nach vorn anzubieten und zur Diskussion zu stellen. Ich weiß, wie schwer das ist, aber in dieser Hinsicht ist mir der RF in seiner Wirkung noch entwicklungsbedürftig.

Das ergibt sich aus dem mehrfach vorgebrachten Hauptziel des Fördervereins, sich auf politische Bildung zu konzentrieren. Politische Bildung – für wen? Für uns? Natürlich, sicher auch, aber nur? Für andere? Welche? Wie kommen wir mit welchen Bildungsangeboten in die Öffentlichkeit, in die Breite und Tiefe ernstzunehmender Diskussionen um gesellschaftliche Alternativen? Wir sind keine Partei, auch keine Organisation – wir sind ein eingetragener Verein, der aber vielleicht gerade deshalb politische Bildungsangebote transportieren und fruchtbar machen kann. Oder überschätze ich da unsere Möglichkeiten?

Das hängt natürlich damit zusammen, Ideen, Programme und Aktionen von Sozialisten und Kommunisten zu bündeln. „Teile und herrsche!“, das war immer die wirksame Taktik der Ausbeuterklassen. Die mochten sich historisch noch so uneins sein, aber in der Unterdrückung der Volksmassen waren sie sich immer einig. Und heute? Niemand ist untereinander so zerstritten wie die Linken. Wie wollen wir so jemals den Kapitalismus überwinden? Läge nicht hier eines unserer wichtigsten Bildungsangebote? Für uns selbst und andere aus der Geschichte lernend, die Gegenwart analysierend und in die Zukunft denkend dazu beizutragen, daß viele linke Kräfte ihre Potenzen vereinen und sich dabei erfolgreich auf eine wirklich revolutionäre Überwindung des Kapitalismus und seiner Gebrechen vorbereiten.

**Georg Dorn, Berlin**

Ich bin seit 1999 „RotFuchs“-Leser und das mit wachsender Begeisterung. Seit 2001 gehöre ich auch dem Förderverein an. Vor kurzem bin ich in Braunschweig der DKP beigetreten. Ich hoffe, daß ich im Kreisverband neue Mitstreiter für den „RotFuchs“ gewinnen kann. Zunächst gilt es allerdings, alle Kräfte gegen den bevorstehenden Irak-Krieg der US-Imperialisten zu mobilisieren. Dies geschieht hier in einem breiten Friedensbündnis, in dem die DKP gut vertreten ist.

Ich werde am 8. Februar zur Leserkonferenz kommen.

**Lutz Müller, Braunschweig**

Seit einigen Monaten beziehe und lese ich den „RotFuchs“. Angeregt wurde ich durch Eure Anzeige im ND. Vielleicht interessiert

es Euch, welche Füchse Ihr in den Weinberg gelockt habt. 25 Jahre war ich Militärjournalist in Marineuniform, dann ein Jahrzehnt Chefredakteur der Zeitschrift des Nationalrats der Nationalen Front. Schließlich war ich nach der „Wende“ bis zur Rente als kommunaler Gartenarbeiter Angehöriger der Klasse, die nun nicht mehr als die führende bezeichnet werden konnte. Aus maritimer Sicht finde ich den Begriff „Wende“ für den Vorgang, den Ihr stets Konterrevolution nennt, durchaus nicht unpassend, bedeutet er doch „auf Gegenkurs gehen“.

In der Dezember-Ausgabe des RF haben es mir, ohne andere geringzuschätzen, drei Beiträge besonders angetan. Das sind erstens „Was brachte der XVI. Parteitag?“ von Rolf Berthold. (...) Er gibt mir mit seiner ausführlichen fairen Information, die auch Schwierigkeiten und zu bekämpfende Fehlentwicklungen nicht verschweigt, sie aber richtig einordnet, eine wertvolle Hilfe. Zweitens „Jahrtausendflut im Elbtal“ von Dr.-Ing. Hans Köckeritz. Die Information, daß die Hochwasserschutzanlage Gottleuba aus Trinkwasser-Profitgründen nicht genügend geleert war, habe ich sonst nirgendwo erfahren. Auch meinem Köpenicker Freund, einst Ingenieur für Wasserwirtschaft, war sie neu. Drittens und ganz besonders: „Erfahrungen eines l. Kreissekretärs“ von Dieter Itzerott. Wie spricht mir dieser Genosse aus dem Herzen! Als ein ehemaliger Berufskollege in der Wende in den tränenreichen Klageruf einstimmte „Ach, wie hat man uns betrogen!“, bin ich ihm grob in die Parade gefahren: Als alte Hasen im Journalismus haben wir doch gewußt, was für Mist gebaut wurde. Und doch haben wir oft genug daraus Kuchen gebacken und uns selbst beschwichtigt, so manches Mal – durch die Hintertür – Schönfärberei und bürokratisch-zentralistische Tendenzen, von denen Genosse Itzerott schreibt, unterlaufen zu haben. Daß der Klassengegner jeden unserer Fehler gnadenlos zur Unterwühlung des Sozialismus ausnutzen würde, das haben wir schon seit Lenins Zeiten gewußt. Ob es unsere Enkel besser ausfechten?

Um nicht nur zu lesen, sondern auch zu hören, wie andere lädierte Füchse darüber denken, habe ich mir vorgenommen, am 8. Februar zur Leserkonferenz zu kommen.

**Martin Küster, Berlin**

Nachdem ich im Januar 1999 nach über 50 Jahren Mitgliedschaft in der Partei die PDS verließ, brach für mich die politische Arbeit mehr oder weniger plötzlich ab, und mir gingen viele Informationen und eine gewisse politische Heimat verloren. Da ich nun seit einigen Monaten Leser des RF bin, ist das Vakuum wieder ausgefüllt, habe ich doch mit seinen Inhalten gleichgesinntes Gedankengut gefunden. Unter anderem werden im RF die Gründe für mein Ausscheiden aus der PDS bestätigt. Ich konnte mich einfach mit ihrer Politik nicht mehr identifizieren. Die rigorose Abkehr von marxistisch-leninistischen Prinzipien, die Anbiederei bei der SPD, das Sich-Einrichten in der bürgerlichen Gesellschaft, das Mitregieren im kapitalistischen Staat (besonders bei uns in M-V), die Entschuldigung für die sogenannten Mauertoten und die „Zwangsvereinigung“ (die ich ganz anders erlebte), mit einem Wort, die fortschreitende Sozialdemokratisierung – all das war einfach zuviel für mich.

Leider lassen mein Alter und mein Gesundheitszustand eine erneute politische Aktivität nicht mehr zu. Aber ich erfreue mich am RF und diskutiere darüber in der Familie, mit Freunden und Gleichgesinnten.

**Hellmut Schmidt, Stralsund**

Das „Porträt“, das Dieter Krüger von Roland Claus gezeichnet hat, stimmt. Wir beurteilen seine Haltung und sein Auftreten ähnlich. Er ist ein Blender! Ich habe ihm während eines seiner Auftritte einmal zugerufen: „Mehr Respekt!“, als er sich herblassend zur Arbeit älterer Genossen ausließ. Wir beide hatten miteinander so manche Schwierigkeiten. Und meine Frau war zu seiner Zeit in Halle Stadtschulrätin. (...)

Ich übersende Euch die neueste Ausgabe unserer Zeitung „Harzlaut“. Vielleicht interessiert es Euch, was in unserem Regionalblatt zur Lage der PDS in Sachsen-Anhalt von unseren Mitgliedern diskutiert wird.

**Wolfgang Ahrens, Ballenstedt**

Im Jahresrückblick der Medien konnte man noch einmal die Grausamkeiten von Erfurt sehen. Eigentlich reicht dieses Ereignis aus, die Überlegenheit sozialistischer Verhältnisse zu dokumentieren. Erfurt – so etwas kann nur in einer kranken bürgerlichen Gesellschaft gedeihen! In der DDR wäre „Erfurt“ undenkbar gewesen.

**Dieter Bartsch, Berlin**

Prof. Ruges im RF bereits rezensierter Beitrag „Als Lenin nur noch Gemüse züchten wollte“ (ND v. 7. 11. 02) inspirierte auch mich zu einigen ganz neuen Gedanken über die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Sie war das Willkürunternehmen eines gewissen Wladimir Iljitsch Lenin, angeregt durch einen „blinden“ Karl Marx. Dieser Lenin und seine „wenig gebildeten Bolschewiki“ hätten die Revolution gar nicht erst beginnen sollen.

Frieden für alle, Verstaatlichung der Banken, Produktionsmittel in die Hände der Arbeiter, Land an die Bauern – diese Forderungen wollte Lenin sofort durchsetzen; konterrevolutionäre inländische Banden und ausländische Interventen aus gut zehn Ländern waren damit nicht so ganz einverstanden – sie überzogen das Land mit einem mehrjährigen Bürgerkrieg, den Lenin und einige Rotarmisten dann doch siegreich beenden konnten. Lenin und sein „Helfershelfer“ Trotzki, immer mit der Pistole in der Faust, hatten jeden einzelnen von ihnen zum Kämpfen gezwungen.

Sozialisten, Kommunisten, Befreiungskämpfer vieler Länder wären besser nie gegen die Bourgeoisie angetreten – die Gründung weiterer kommunistischer Parteien und der beginnende antikoloniale Kampf waren also vollkommen sinnlos.

Die faschistischen Eroberer wurden von der Roten Armee vernichtend geschlagen – nicht etwa, weil sozialistische Industrialisierung und Kollektivierung die Voraussetzungen dafür geschaffen hatten, weil große Heerführer nachgewachsen waren und der Heroismus des Volkes keine Grenzen kannte. Nein: „Dampfwalze voran!“, hieß die Parole.

Sozialistisches Lager und Warschauer Vertrag waren bestenfalls sowjetische Spielwiesen, aber keineswegs Bündnisse sozialistischer Partner, die dem Rüstungs- und Kriegsstreben der NATO einige Jahrzehnte Grenzen setzen konnten.

Heute sollten z. B. die chinesische KP und Fidel Castro mit seinen Kubanern am besten die roten Fahnen sofort vor dem Weltpolizisten USA niederlegen, damit sie erfahren, wie dessen Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte tatsächlich aussehen. Nicht kapitalistische Gesellschaft, manipulierte Massen und fanatisierte Einzeltäter sind brutal, sondern die „Gesellschaft“ ist es.

Fazit: Der Kampf gegen den modernen Imperialismus, also gegen unsichere, ungerechte, unsittliche und unmenschliche Lebensverhältnisse, ist eigentlich zwecklos.

Damit das alles aber wirklich jeder glaubt, sei's – nach Prof. Ruge – so begründet: Die Welt, in der die Eigentümer von Produktionsmitteln das Sagen haben, ist doch die beste aller Welten und daher ewig. Denn: „Der Eigner ist dem Philanthropen voraus“.

**Heinz Tellbach, Suhl**

Zu Beginn des Feldzuges gegen die UdSSR am 22. Juni 1941 teilte der „Führer“ dem deutschen Volk per Wochenschau kurz mit: „Man braucht nur die Tür der Sowjetunion einzutreten, dann fällt sie wie ein Kartenhaus zusammen.“ Dazu wurden Bilder von faschistischen Frontberichterstatern gezeigt, auf denen man deutsche Soldaten sehen konnte, die russische Haustüren mit ihren Stiefeln eintraten.

Das war der Beginn des offiziell deklarierten Vernichtungskampfes der „nordischen Herrenrasse“ gegen die „minderwertigen“ Slawen, das „jüdisch-bolschewistische Untermenschentum“, wie Hitler formulierte. Solche einprägsamen Verkürzungen werden auch heute gewählt und dürfen von einer bald zu erwartenden neuen Kriegsberichterstattung ebenfalls verwendet werden. Denn zur Manipulierung gewählte Schlagworte haften länger als große Artikel.

**Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf**

Heute habe ich den neuen „RotFuchs“ bekommen und bin begeistert über die guten Themen. Kein Zurückhalten, sondern überall klare Worte!

Als Bayer habe ich festgestellt, daß es gewisse Unterschiede zwischen Kommunisten aus dem Osten und dem Westen Deutschlands gibt. Mit denen aus dem Osten konnte ich bisher sehr gut diskutieren, und sie verstanden mich auch. Im Westen ist das oft anders. Die Zeitung „RotFuchs“ ist eine Wohltat! Können Sie mir unverbindlich Materialien über den Förderverein zusenden?

**Jürgen Eckmann, Ingolstadt**

Kontakt habe ich hauptsächlich mit Mitgliedern von Vereinigungen, denen ich lieber bin als „Politiker“, und die jetzt darüber staunen, daß Politiker wie Ihr mich unterstützen. Daher ließ ich für Menschen, die sich gerade erst zu interessieren beginnen, ein etwas ergänztes Inhaltsverzeichnis Eurer Dezember-Ausgabe sowie einige Artikel und meinen von Euch abgedruckten Leserbrief kopieren, da durch Streß und Überstunden Strapazierte sich oft nicht die Zeit auch nur zum Durchblättern einer 32 Seiten langen Druckschrift nehmen. Ein Verein schrieb dazu in seiner Veröffentlichungsreihe: „So tut uns wohl und ermuntert uns ein Mitglied wie Karl-Fritz Zillmann, der uns mit seinen guten Worten zu einem ausbeutungsfreien Anfang im Kleinen den Rücken stärkt.“

Gewisse Bedenken habe ich hinsichtlich des Leserbriefs von Manfred Wulf aus Glauchau. (...) Ich erlebe durchaus überzeugende Gespräche mit jungen Leuten. Diese dürfen aber nicht von oben herab geführt werden. Für heute Aktuelles geht unsere Jugend, vor allem die linke, durchaus gern auf die Straße, und man muß wohl mehr als auf Empfänglichkeit und Interesse für Vergangenes darauf achten, daß es angesichts ihrer Empörung nicht zu Gewalttätigkeiten auch von Linken kommt. (...) Aktionen gegen Rechtsextreme, die oft auch Proletarier sind, erinnern mich bisweilen an

die „Kriege“, die wir Jugendlichen kurz vor der Nazi-Herrschaft unter den Namen von verschiedenen Indianerstämmen führten, und von denen der auch für den „RotFuchs“ tätige Karl Mundstock in seinem Buch „Ali und die Bande vom Lauseplatz“ kurz erwähnt, daß kommunistische Jugendliche sich um ihre Gewinnung bemühten. Als am 9. 11. 89 die Westgrenze geöffnet wurde, hatte ich nur Interesse für Weintrauben und persönliches Kennenlernen der gut auffindbaren Örtlichkeiten von „Ali und die Bande vom Lauseplatz“.

Wenn meine Kraft nicht zum Marschieren bei Demos reicht, dann wenigstens zu Kundgebungen. Und da ich durch einen 1998 erlittenen Schlaganfall gewisse Sprachschwierigkeiten habe, gleiche ich das durch aussagekräftige Umhängeplakate aus.

**Karl-Fritz Zillmann, Freiberg**

Ich möchte mich bei all jenen bedanken, die es durch ihre aufopferungsvolle Tätigkeit ermöglichen, daß uns der „RotFuchs“ und die interessanten Veranstaltungen des Fördervereins wichtige Erkenntnisse über die wahren Zusammenhänge in der heutigen Gesellschaft vermitteln. (...) Ich habe heute eine Spende von 100 € überwiesen, damit der „RotFuchs“ all seinen Lesern und Mitstreitern auch weiterhin ein unverzichtbarer Kraftspender bleibt.

**Paul Fiedler, Berlin**

(...) Es wird keine positiven Veränderungen geben, wenn die Parteien, die sich kommunistisch nennen, nicht zusammenfinden. Es gibt aus meiner Sicht nur eine kommunistische Richtung und das ist die marxistisch-leninistische. (...) Die einzigen, die jetzt noch helfen können, sind die Kommunisten mit ihrem Wissen. Da ein großer Teil unserer Menschen gleichgültig geworden ist, bitte ich Euch: Verlaßt Euch nicht auf die Mehrheit!

**Peter Leder, Dresden**

Vor einiger Zeit gab es im Radio Brandenburg Interviews mit Hörern, die gefragt wurden: „Was hätten Sie als Bundeskanzler gefordert?“, um aus der Misere, insbesondere der Arbeitslosigkeit herauszukommen? Man hörte allerlei Antworten, aber keineswegs die einzig richtige, die da hätte lauten müssen: Die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum! Wenn sie jemand gegeben hätte, wäre sie vermutlich nicht gesendet worden, denn das „demokratische“ System der BRD kennt natürlich seine Grenzen und Tabus. Dabei ist nichts schlimmer, als den Kapitalismus infrage zu stellen.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**



Wir laden noch einmal alle  
Freunde und Sympathisanten zur

## 2. Zentralen Leserkonferenz

herzlich ein.  
Sie findet am Sonnabend,  
dem **8. Februar 2003**,  
ab 10.00 Uhr im Saal 2  
des Hauses am  
Köllnischen Park 6-7  
in Berlin-Mitte  
(ehem. Parteihochschule) statt.

**Verkehrsverbindungen:** U-Bahnlinie 2 bis  
Märkisches Museum, U-Bahnlinie 8 bis Heinrich-  
Heine-Straße, S-Bahn bis Jannowitzbrücke

Am Freitag,  
dem **24. Januar 2003**,  
um 16.30 Uhr,  
liest und debattiert  
die Poetin

## Gisela Steineckert

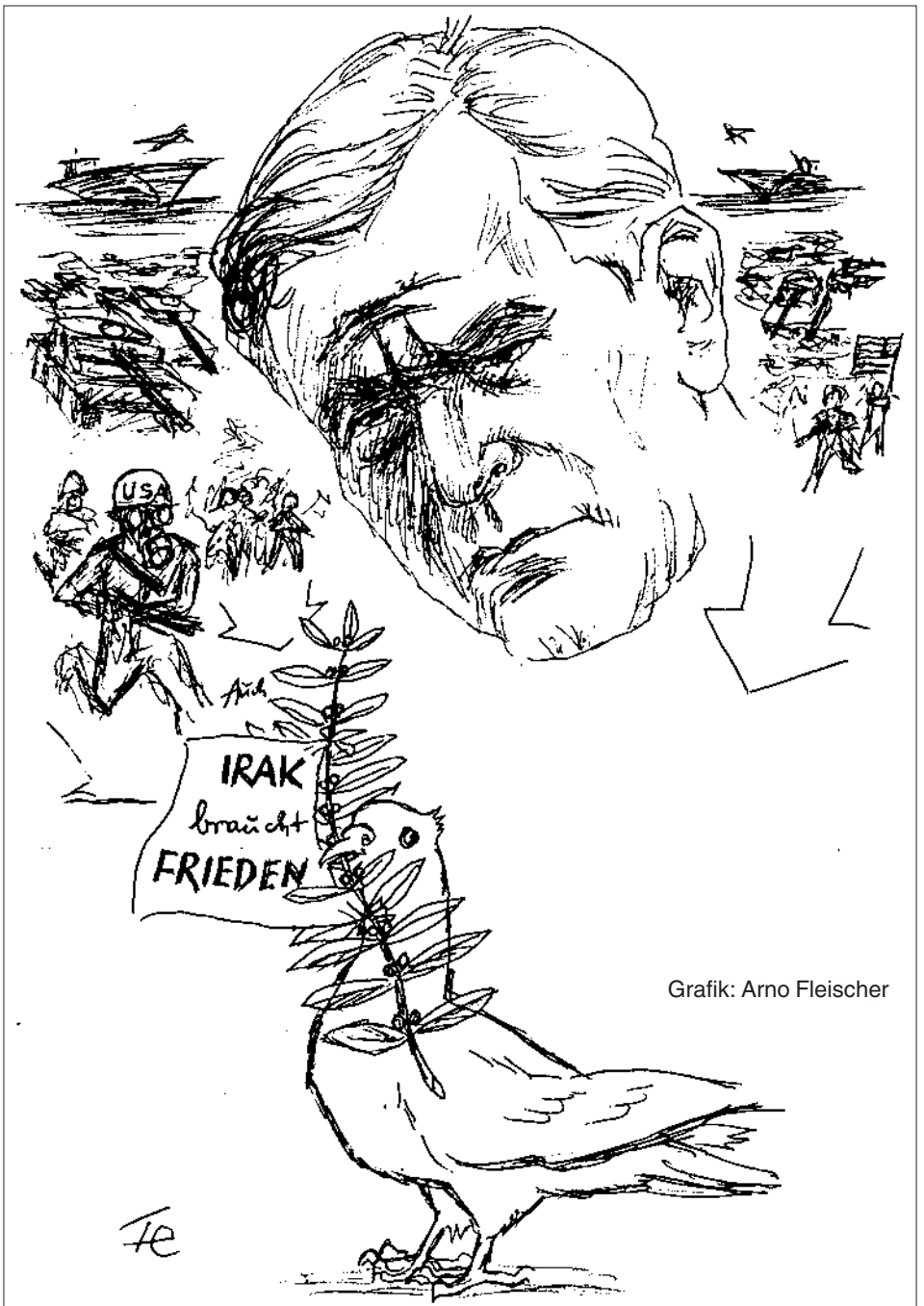
im Berliner  
„RotFuchs“-Kessel  
(VS-Begegnungsstätte  
Torstr. 203-205).

Am Freitag,  
dem **21. Februar 2003**,  
spricht Botschafter a. D.

## Rolf Berthold

am gleichen Ort und  
zur gleichen Zeit  
über die Ergebnisse  
des XVI. Parteitags  
der KP Chinas.

Stuhlgeld: 1 Euro



Grafik: Arno Fleischer

## Der namhafte DDR-Schriftsteller Gerhard Bengsch

– u. a. Drehbuchautor von „Krupp und Krause“ und geistiger Vater von „Prünzke & Prott“  
– ist am Freitag, dem **21. März 2003**, um **16.30 Uhr**, in der **Torstraße** zu Gast. Er wird  
sein gerade erschienenenes neuestes Buch „**Geisterstunde**“ vorstellen. Wir  
freuen uns auf das amüsante und vielversprechende Gespräch

## IMPRESSUM

**Gegründet im Februar 1998**  
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost  
der Deutschen Kommunistischen Partei

### Herausgeber:

RotFuchs-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
Tel. 030/561 3404, Fax 030/56493965

(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle  
Post zu richten ist)

**Layout:** Egon Schanser

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

**E-Mail-Adresse:** rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist der 5. eines Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

### Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki  
Rolf Berthold  
Isolda Bohler (Valencia)  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Dr. sc. Gerhard Feldbauer  
Bernd Fischer  
Walter Florath  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Dr. sc. Kurt Gossweiler  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Werner Hoppe

Dieter Itzerott  
Gerda Klabuhn  
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Wolfgang Metzger  
Dr. Annemarie Mühlefeldt  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Dr. Norbert Pauligk  
Rainer Rupp  
Fritz Teppich  
Herbert Thomas  
Dr.-Ing. Peter Tichauer  
Stefan Warynski, (Warschau)

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs  
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220160759

### Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer  
Heinz Herresbach  
SHAHAR  
**Internet-Redakteurin:**  
Iris Rudolph  
**Webmaster der Vereinsseite:**  
Dr. Hartwig Strohschein  
**Versand und Vertrieb:**  
Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin  
Telefon 030/6545634  
arminneumann@web.de  
Marianne Ahrens  
Sonja Brendel, Bruni Büdler,  
Bernd Koletzki